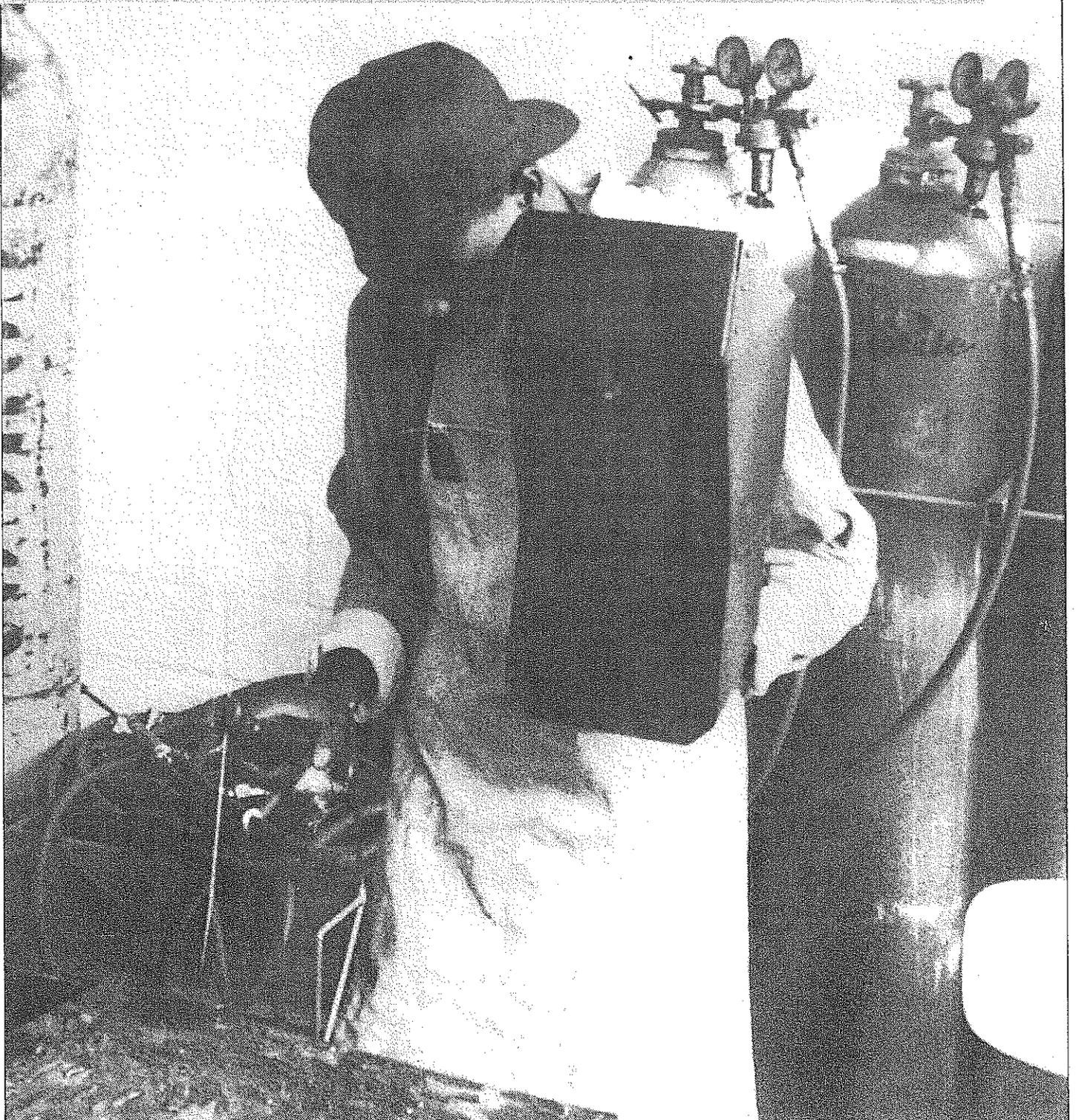


1993 11

NAH & FERN

**Ein Material- und Informationsdienst
für Ökumenische Ausländerarbeit**

- *Ausländer der DDR – eine „Altlast“?*
- *Situation der ehemaligen Vertragsarbeitnehmer*
- *Zur Lage in den Herkunftsländern*
- *Situation der Rückkehrer*
- *Interkulturelle Woche 1992*
- *„Weißer Ring“ hilft Gewaltopfern*
- *Wichtige Adressen (Rechtsanwälte)*



Die Angst

Angst wird heute von allen Nichtdeutschen, die hier eine Zuflucht gefunden haben, aber auch von denen, die von Natur aus benachteiligt und schwächer als die anderen sind, groß geschrieben. Vor wem haben sie alle diese große Angst?

Vor Menschen wie Ihnen, vor denen sie eigentlich keine Angst zu haben bräuchten, sondern Respekt und Toleranz erwarten könnten, vor der Gewaltbereitschaft, die nichts aufbaut, sondern die Menschheit selbst zerstört.

Wir haben sogar Angst, einkaufen zu gehen in den öffentlichen Verkaufsstellen, weil wir angebrüllt werden. Meine Tochter, die fünf Monate alt ist, versteht zwar noch nichts von der Angst und auch nichts vom Ausländer-Sein, aber sie wurde schon in ihrem Kinderwagen mit Parolen „Ausländer raus“ angebrüllt. Eine Frau, die anders aussehende Kinder hat, unterrichtete mich, daß sie eine anonyme Briefdrohung bekommen habe, sie solle mit ihren schwarzen Kindern verschwinden. Sie fragte mich aber, wohin sie gehen soll, da sie deutsche Staatsbürgerin ist (ihr Mann ist vor zwei Jahren tödlich verunglückt). Wer soll noch alles raus?

Ich möchte mich bei allen Menschen bedanken, die nicht wegschauen, wenn ihre schwächeren nebenstehenden Mitmenschen angegriffen werden, für ihren Mut bedanken, den sie aufbringen trotz aller schlimmen Ereignisse gegen Ausländer. Das ist das Zeichen des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Ausländern, ein Zeichen von Toleranz.

Adelino

(Ein Text zum Friedensgebet am 29. August 1992 in Suhl)

Sind Ausländer aus der ehemaligen DDR jetzt eine „Altlast“ für uns?

Nein, eine Last sind sie für uns wirklich nicht; und eine „Altlast“ – um diese unschöne Neuvokabel zu gebrauchen – erst recht nicht!

Nein – auch sie gehören zu der einen Menschheit wie wir. Auch sie sind unsere Schwestern und Brüder in Christus – ganz gleich, ob sie einer Religion angehören oder nicht; ganz gleich welcher.

Ursprünglich kamen sie zu uns, um ein Studium zu absolvieren oder einen Beruf zu erlernen, was zu Hause nicht möglich war, und um danach wieder zurückzukehren und das Erlernte in den Dienst des Heimatlandes zu stellen. Oder sie kamen, was Gastarbeiter anbetrifft, durch staatlich gelenkte Verträge für eine befristete Zeit, in der sie als Billiglohnkräfte in Teilbereichen der Wirtschaft ausgenutzt wurden – nach Ablauf der Zeit ging es wieder nach Hause, und mit dem Erarbeiteten konnten sie ihre Familien unterstützen.

Nun hat sich vieles geändert, und für diese Ausländer in der Regel zum Ungünstigeren – sowohl hier als auch dort. Wie sollen sie noch die Welt verstehen? Sie hatten ihre Heimatländer als Freunde verlassen, und sie wurden bei uns weitgehend als Freunde aufgenommen. Nun werden sie bei uns zunehmend feindlich angesehen, und kommen sie nach Hause, ist es oft nicht viel anders. Der Beruf, den so mancher Hochschulabsolvent in jahrelangem, hartem Studium hier erworben hatte, wird zu Hause nicht mehr gebraucht oder kann nicht bezahlt werden, es gibt keine Stellen. Die Verträge von Gastarbeitern sind plötzlich gegenstandslos geworden, es gibt keine berufliche Reintegration im Heimatland, es gibt kaum eine Aussicht, eine berufliche Existenz dort aufbauen zu können. Das Los der Familien hat sich oft durch Kriege und sozialökonomische Krisen erheblich verschlechtert.

Dabei ist das oft völlig verschobene Lohngefüge in dem ungerechten Weltwirtschaftssystem, das in Nord-Süd-Richtung besteht, einmal ins Auge zu fassen. Ein Arzt im staatlichen Gesundheitswesen Ugandas beispielsweise verdient nach offiziellen Angaben umgerechnet 15,- DM pro Monat (!) – als Student in Deutschland hatte er vielleicht ein Stipendium von 500,- DM. In anderen Bereichen sieht es ähnlich aus. Dabei wartet oft auf so manchen Hochschulabsolventen, wenn er nach Afrika zurückkommt, eine große Verwandtschaft bzw. Großfamilie in der Hoffnung, daß er sie durch seinen erlernten Beruf finanziell unterstützen könne. Es ist doch dann oft zu verständlich, daß manche Angehörige von den Heimatländern aus in letzter Zeit zunehmend ihre Söhne und Töchter bitten: Bleibt in Europa so lange wie möglich, und wenn ihr irgendeinen Job als Billiglohnarbeiter oder Strassenhändler macht – mit dem Wenigen, was ihr bekommt, könnt ihr uns viel besser unterstützen, als wenn ihr nach Hause kommt – hier ist alles viel schlechter geworden! Welch ein schlimmes Schicksal! Was haben aber diese Verschlechterungen dort mit uns zu tun, wird oft gefragt. Eigentlich sehr viel. Es gibt ganz offensichtliche Zusammenhänge. Erst vor wenigen Jahren sagte uns ein Pfarrer aus Brasilien, wenn er die niedrigen Kaffeepreise in Deutschland sehe, müsse er sehr an die Tausenden von Bauern und Landarbeiterfamilien denken, die jetzt durch den Verfall der Kaffeepreise auf dem Weltmarkt in seinem Heimatland in Not und Elend stürzen würden. Wie muß das wirklich auf so manche Afrikaner und andere Ausländer aus den Tropen innerlich wirken, wenn sie

sehen, wie billig Kaffee, Bananen und sonstige Südfrüchte bei uns sind, und sich dabei erinnern, in welcher Armut und Not oft diejenigen Menschen zu Hause leben müssen, die diese Früchte in harter Arbeit anbauen?

Wie sehr Not und Elend, Mißwirtschaft und Hunger, Krankheit und Tod in diesen Ländern mit unseren Ländern in der nördlichen Hemisphäre zusammenhängen, läßt sich auch durch Fragen erahnen wie: Wer arbeitet wirtschaftlich mit den oft bestechlichen, privilegierten Oberschichten in diesen Ländern zusammen, wodurch eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung verhindert wird, Armut fortbesteht, Menschenrechtsverletzungen andauern können? Wer liefert Waffen in großem Umfang in diese Länder, wodurch die arme Bevölkerung oft so entsetzlich bluten muß? Wer verursacht am meisten die globalen Umweltprobleme, unter denen auch immer mehr die Menschen in diesen Ländern mitleiden haben? Was für ein schlimmes Schicksal haben erst diejenigen Ausländer, die wegen ihres aufrichtigen und mutigen Eintretens für Verbesserungen im Heimatland politisch verfolgt, gefoltert, sogar getötet werden!!

Natürlich wäre auch ich viel mehr für ein Deutschland, in dem es nicht so viele Ausländer, nicht so viele ausländische Entwurzelte, Verfolgte, Notleidende, Hoffnungssuchende und „moderne Sklaven“ gäbe wie jetzt, sondern für ein Deutschland, das Ausländer ebenso zahlreich als willkommenen Touristen besuchen könnten wie Deutsche deren Heimatländer. Das kann aber nicht erreicht werden, indem man die Ausländer, die jetzt bei uns sind, gewaltsam nach Hause treibt, wo Mißstände, Niedergang, Folter, Krieg und Tod auf sie warten; sondern indem die Hemmnisse für eine Rückkehr, die Ursachen für ein Hierbleiben müssen beseitigt werden; anders: indem geholfen wird, daß die Menschen dort ebenso gut leben können wie die meisten Menschen hier bei uns. Möge Gott uns die klare Sicht, den Mut und die Kraft geben, immer mehr, zumindest hier bei uns, dafür einzutreten – für die „Eine Welt für alle“ – wo und in welcher Form auch immer.

Natürlich dürfen nicht alle Ausländer in einen Topf geworfen werden – wie auch Deutsche nicht. Es halten sich ja auch von unserem deutschen Volk nicht nur die besten Vertreter im Ausland auf. Denken wir nur einmal an die „Hütchenspieler“, die jetzt oft wie Marktschreier die Innenstadt besiedeln, sich an der Schaulust und Spielsucht deutscher und anderer Bevölkerungsgruppen bereichern und dabei nur so mit 50- und 100-Markscheinen um sich werfen: diese sind wirklich keine „Altlast“ – wenn schon, dann eher eine „Neulast“ für uns. Auch sie sind unsere Brüder. Es wäre jedoch geradezu paradox und grotesk, wenn die durch deren aufdringliches Auftreten hervorgerufene Ausländerfeindlichkeit mit auf diejenigen Ausländer übertragen würde, die vor der Wende zu uns gekommen waren, um durch großen Fleiß einen nützlichen Beruf zu erlernen und um danach in Ehrlichkeit und harter Arbeit im Heimatland ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Nein, eine Altlast sind unsere Ausländer von damals wirklich nicht. Es sind Mitmenschen, die unseres christlichen Verständnisses, unseres christlichen Mitgefühls und – wo nötig – unserer christlichen Hilfe im besonderen Maße bedürfen, um den rechten Weg zu finden in dieser Welt, die so sehr von Glanz und Elend geprägt ist.

Dr. Stefan Schubert, Leipzig

	Seite
Kommentar	3
Thema	
Ausländische Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR	4
Ausländische Studierende	5
Illegale Vietnamesen	7
Rechtliche Situation	12
Bleiberecht – ja oder nein?	14
Fachkräfteprogramme (AGEF)	15
Berichte	
Vietnams Rückkehr nach Asien	16
Lage in Maputo	19
Initiativen	21
Dokumentation	23
Der besondere Tip	23
Material-/Buchtips	25
Wichtige Adressen	27
Nachrichten	28
Interkulturelle Woche	29



Berliner Missionswerk, Referat Ausländerarbeit, Georgenkirchstr. 70, O-1017 Berlin, Tel. 4283 220

Leipziger Mission, Ausländerbeauftragter, Paul-List-Str. 19 O-7010 Leipzig, Tel. 32 60 47

EKD-Kirchenamt, Außenstelle Berlin, Referat Ausländerfragen, Auguststr. 80, O-1040 Berlin, Tel. 2886 115

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, Auguststr. 80, O-1040 Berlin, Tel. 2 88 60

Spenden für die Zeitschrift bitte auf folgende Konten (ca. 3,50 DM zuzüglich Portokosten):

Für das Berliner Missionswerk bei der Berliner Volksbank eG, BLZ 100 900 00, Konto-Nr. 13036004, Verwendungszweck 3701 N & F (1702 Ausländerarbeit allg., 1701 Soforthilfefonds).

Für die Leipziger Mission bei der LKG Dresden, BLZ 850 951 64, Konto-Nr. 100870029.

Für die EKD: BLZ 250 60 701, Konto-Nr. 660 000, Verwendungszweck VW 0001-06.

Redaktionskreis: Dagmar Henke (BMW), Dieter Braun (LM), Klaus Pritzkeleit (EKD, ACK)

V. i. S. d. P.: Direktor Hans Luther (BMW)

Redaktion: Uta Amme, Dagmar Henke (verantw.), Insa Kolschen (Bild), Christiane Weißenhagen

Layout, Satz und Druck: Ingrid Augustin & Partner KG, Berlin

Zur Situation der ausländischen Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR

Die Thüringer Landesregierung will keine Initiative für eine Rechtsänderung ergreifen, die den ausländischen Arbeitnehmern aus DDR-Regierungsabkommen ein Dauerbleiberecht in der Bundesrepublik einräumen würde.

Ende September beschloß das Thüringer Kabinett, denjenigen Vertragsarbeitern, deren Aufenthaltserlaubnis bereits abgelaufen ist, eine Duldung bis Ende Januar 1993 zu erteilen. Die Duldung, so die Erläuterung aus dem Thüringer Innenministerium, sollte lediglich dazu dienen, ordnungsgemäß die Ausreise vorzubereiten. Sollte es bei dieser Entscheidung bleiben, müßten bis Ende 1994, wenn die Aufenthaltserlaubnis der zuletzt 1989 mit einem Fünfjahresvertrag ins Land gekommenen Vietnamesen und Mocambiquaner abgelaufen ist, diese Ausländer Deutschland verlassen haben. Zwar bleibt immerhin offen, ob das Land Thüringen einer Bleiberechtsregelung zustimmen würde, wenn andere Bundesländer die Initiative dazu ergreifen. Aber die Chancen für den betroffenen Personenkreis, einen Daueraufenthalt zu erreichen, stehen schlecht. Damit ließ die Thüringer Landesregierung das Votum ihres Ausländerbeauftragten unberücksichtigt, der sich, wie auch Sozialverbände, Kirchen, Gewerkschaften, zahlreiche Initiativgruppen und die Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten gegen eine zwangsweise Rückführung von Bleibewilligten in Länder wie Vietnam und Mocambique ausgesprochen und für ihre Integration in die deutsche Gesellschaft eingesetzt hatte.

Was war vorausgegangen?

Im Jahr der Wende lebten rund 60.000 Vietnamesen und 30.000 Mocambiquaner in aller Regel mit Fünfjahresarbeitsverträgen in der DDR. Sie waren auf Grund von Regierungsabkommen als Arbeitskräfte in die DDR vermittelt worden, wurden in Wohnheimen untergebracht (5 m² Wohnfläche pro Person) und vor allem im Schichtsystem auf Arbeitsplätzen eingesetzt, für die keine deutschen Arbeitnehmer zu bekommen waren. Mit dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft wurden die ausländischen Arbeitnehmer in vielen Branchen nicht mehr gebraucht. Die letzte DDR-Regierung bot denen, deren Verträge noch nicht abgelaufen waren, eine Rückkehrhilfe in Form von

drei Monatsgehältern sowie die Übernahme der Flugkosten an. Davon haben zahlreiche, vor allem verheiratete Arbeitnehmer Gebrauch gemacht.

Den Hiergebliebenen wurde, anknüpfend an den Einigungsvertrag, eine Aufenthaltserlaubnis bis zum Ende der ursprünglichen Vertragsdauer zuerkannt. Seither versuchen die meisten der rund 20.000 noch hiergebliebenen Vertragsarbeitnehmer – in der Mehrzahl Vietnamesen – in der Bundesrepublik Fuß zu fassen.

Nachdem sie den Untergang der DDR und der anderen sozialistischen Diktaturen des ehemaligen Ostblocks miterlebt haben, sehen sich vor allem viele Vietnamesen nicht mehr in der Lage, sich mit dem Regime ihres Heimatlandes politisch zu arrangieren. Im Falle Mocambiques blockiert der Bürgerkrieg und die furchtbare Hungersnot den Rückkehrwillen der Hiergebliebenen in ihr Heimatland. Das ursprüngliche Ziel der Vertragsarbeiter, sich durch Arbeit in der DDR die Grundlage für eine bescheidene Existenz im Heimatland aufzubauen, wurde durch vorzeitige Kündigungen und Abdrängen ins soziale Abseits für die meisten nicht erreicht. Inzwischen zehren die gestiegenen Lebenshaltungskosten (z. B. die Wohnheimmieten) vielfach die Einkünfte auf, und es bleiben keine Rücklagen, um im Heimatland wirtschaftlich wieder Fuß zu fassen. Von den Heimatländern können Rückkehrer keine Förderung erwarten, da man ihnen erklärt, ihre Chance im Ausland gehabt zu haben. Politisch müssen sie sogar damit rechnen, mit Argwohn angesehen zu werden, da sie die Erfahrung der Freiheit und die Denkmuster westlicher Demokratie mitbringen. Das soziale Abseits hierzulande ist durch die befristete Aufenthaltsgenehmigung mitbedingt, die die Betroffenen nicht zu einem Neuanfang stimuliert.

Betriebe und Arbeitsämter sind auf Grund des befristeten Aufenthaltsrechts kaum motiviert, diesen Ausländern Berufschancen zu geben, obwohl ursprünglich vorgesehen war, daß ihnen auch Umschulungsmaßnahmen

offenzustehen hätten. Andererseits liegen dem Thüringer Landtag Petitionen von Betrieben vor, die ihre ausländischen Arbeiter über die ursprüngliche Vertragsdauer hinaus weiterbeschäftigen wollen. Sie müssen sie dennoch entlassen, da das Thüringer Innenministerium diese Petitionen durchweg abschlägig bescheidet.

Unterdessen müssen die Betroffenen obendrein eine Diffamierungskampagne über sich ergehen lassen. In einem Beitrag für den Rheinischen Merkur (Nr. 34 vom 21. 8. 1992) behauptete der Autor Paul Kaiser allen Ernstes, die 60.000 Vietnamesen, die in die DDR gekommen waren, seien alles „privilegierte Söhne und Töchter von Staatssozialisten“. Diese Argumentation wird auch von leitenden Beamten des Thüringer Innenministeriums aufgegriffen und als billiges Alibi benutzt, um sich von vornherein gegen eine Rechtsänderung zugunsten der Ausländer zu stellen. Wer – wie der Autor dieser Zeilen – seit Jahren engen beruflichen und persönlichen Kontakt zu den Vietnamesen hat, hat im Gegensatz zu Vorurteilstransporteurs zumindest gelernt, bei der politischen Beurteilung von Menschen zu differenzieren.

So sind die ausländischen Vertragsarbeitnehmer – wie es die Bundesbeauftragte für Ausländerfragen Cornelia Schmalz-Jacobsen in einem Kommentar formuliert hat – mit der deutschen Einigung in eine Falle geraten: Sie können eigentlich nicht vor und nicht zurück.

Trotz unzähliger Appelle derjenigen, die in der praktischen Ausländerarbeit stehen und daher eine „Hautnähe“ zum Problem haben, hat sich noch keiner unter den verantwortlichen Politikern gefunden, der bereit wäre, dieser im Grunde genommen lächerlich kleinen Zahl an ausländischen Mitbürgern eine Lebensperspektive zu eröffnen. Ob es wirklich nur daran liegt, daß Ausländer kein Wählerpotential darstellen? Allerdings wird der Umgang mit den ehemaligen DDR-Vertragsarbeitnehmern mancherorts als Indikator für die Noch-Humanität einer Gesellschaft angesehen, die immer stärker von Ausländerhaß und rechtsextremistischen Einstellungen geprägt ist.

Hoffnungsvoll stimmt das nicht.

Eckehard Peters
Ausländerbeauftragter
Thüringen/Landesregierung

diese Beratungsmöglichkeiten werden intensiv genutzt und in vielen Fällen kann wirksame Hilfe geleistet werden.

Doch werden diese Beratungsmöglichkeiten natürlich nur von den Studenten genutzt, die das zur Lösung ihrer individuellen Probleme auch tatsächlich wünschen, und bei weitem nicht alle ausländischen Studenten an der Universität fühlen sich vom Studentenrat und dem Referat Ausländische Studierende vertreten. Das sind normale Erscheinungen, die an sich keiner besonderen Erwähnung bedürften. Generell zu gering ist aber die Einsicht unter den ausländischen Studierenden ausgeprägt, daß sie sich als Gruppe an der Universität eine eigene Lobby schaffen und selbst zur Lösung ihrer speziellen Probleme aktiv werden müssen.

Auch der Zusammenhalt in den ehemaligen nationalen Gruppen, so sie überhaupt noch existieren, ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Neben der Möglichkeit der Interessenvertretung geht dadurch aber auch ein wichtiges Verbindungsglied zum Heimatland und zur Bewahrung nationaler Identität verloren.

Die ausländischen Studierenden werden von den vielfältigen Veränderungen an der Universität genauso betroffen wie ihre deutschen Kommilitonen. Bei deren Bewältigung stehen sie aber häufig vor einer ungleich schwierigeren Situation als diese, wenn sie sich als Ausländer z. B. in der Wirtschaft oder in Krankenhäusern Praktikumsplätze suchen müssen. Ausgesprochen hilfreich ist es dagegen, daß die Mietverträge für Ausländer in den Studentenwohnheimen in der Regel problemlos verlängert werden und somit zumindestens die Unterbringung aller ausländischen Studenten vom Studentenwerk zu erschwinglichen Preisen gesichert wird.

Hoch anzuerkennen ist ebenfalls, daß das Stipendium der ausländischen Studenten und Aspiranten, die vor dem 3. 10. 1990 mit der Ausbildung begonnen und Stipendium von der Regierung der DDR, der Gewerkschaft o. a. Stellen bekommen haben, vom Deutschen Akademischen Austauschdienst übernommen worden ist. Das betraf etwa 12.000 Personen in den neuen Bundesländern. Mittlerweile ist offensichtlich auch für die Studenten, deren Stipendium früher von der SED gezahlt wurde, eine Lösung gefunden worden.

Gedanken zur Situation ausländischer Studierender in Leipzig

Seit vielen Monaten wird bundesweit eine ausgiebige Diskussion über das „Ausländerproblem“ und über die Ausländerpolitik in der Bundesrepublik geführt. Frappierend ist, daß dabei Ausländer fast ausschließlich mit Asylbewerbern gleichgesetzt und andere Gruppen von Ausländern kaum oder gar nicht beachtet werden.

So spielen in der öffentlichen Diskussion um Ausländer in Deutschland auch die über 50.000 ausländischen Studenten keine Rolle. Gerade diese Gruppe von Ausländern hat einerseits eine relativ starke Spezifik, die sich in der meist begrenzten Zeitdauer ihres Aufenthaltes, in seiner Zweckbindung an Studium oder Fortbildung u. a. Merkmalen äußert. Andererseits sind auch sie von Erscheinungen des Fremdenhasses betroffen. Genau wie die ungeliebten Asylbewerber sind ausländische Studierende in der Öffentlichkeit Diskriminierungen, Beschimpfungen und tätlichen Angriffen ausgesetzt.

Trotzdem sind sie in einer vergleichsweise besseren Situation. Das Klima an der Universität ist zwar nicht mehr so ausschließlich wie früher, aber immer noch weitgehend ausländers-

freundlich. Die Sicherheit der Ausländer auf dem Gelände der Universität ist relativ groß; außerdem verfügen sie über gute Sprachkenntnisse und soziale Kontakte als Möglichkeiten der Konfliktbewältigung.

Besonders positiv an der Universität Leipzig, die über einen recht großen Anteil an ausländischen Studierenden und Aspiranten verfügt, ist, daß es für sie mehrere Ansprechpartner in Problemsituationen gibt. Neben dem Akademischen Auslandsamt hat die Universität einen eigenen Ausländerbeauftragten. Im Studentenrat gibt es ein spezielles Referat Ausländische Studierende. Außerhalb der Administration der Universität steht auch die Beratungsstelle der Deutsch-Ausländischen Studiengesellschaft e.V. bei der Lösung individueller Probleme zur Verfügung. Alle

Somit konnten alle ausländischen Studierenden, die in der DDR unter den damaligen Bedingungen ihr Studium aufgenommen hatten, dieses ohne größere finanzielle Probleme fortsetzen bzw. beenden. Das war eine Entscheidung von entwicklungspolitischem Rang, da die Masse unserer ausländischen Studenten traditionell aus den ärmsten der Entwicklungsländer kam. Die Ausbildung zahlreicher Ärzte, Veterinärmediziner, Landwirte, Ökonomen u. a. Fachleute war ein Beitrag zur inneren Entwicklung vieler dieser Länder.

Diese entwicklungspolitische Komponente wird weiter eine Rolle spielen, sie wird sich aber modifizieren hinsichtlich des Spektrums der Länder, aus denen Studenten nach Leipzig kommen, und auch der sozialen Schichten, denen diese angehören. Da Studenten aus Entwicklungsländern einschließlich Osteuropa als Nicht-EG-Bürger keine Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik erhalten, haben sie keine gesetzliche Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt in Deutschland selbst zu verdienen. Somit können Bürger aus diesen Ländergruppen nur bei uns studieren, wenn ihre Regierungen oder Familien dies finanzieren können.

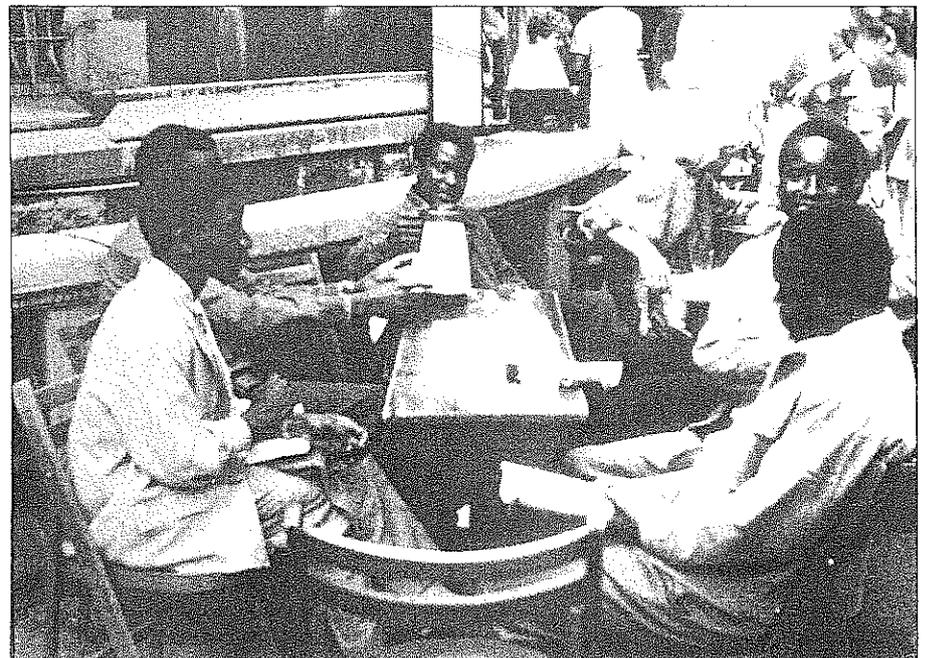
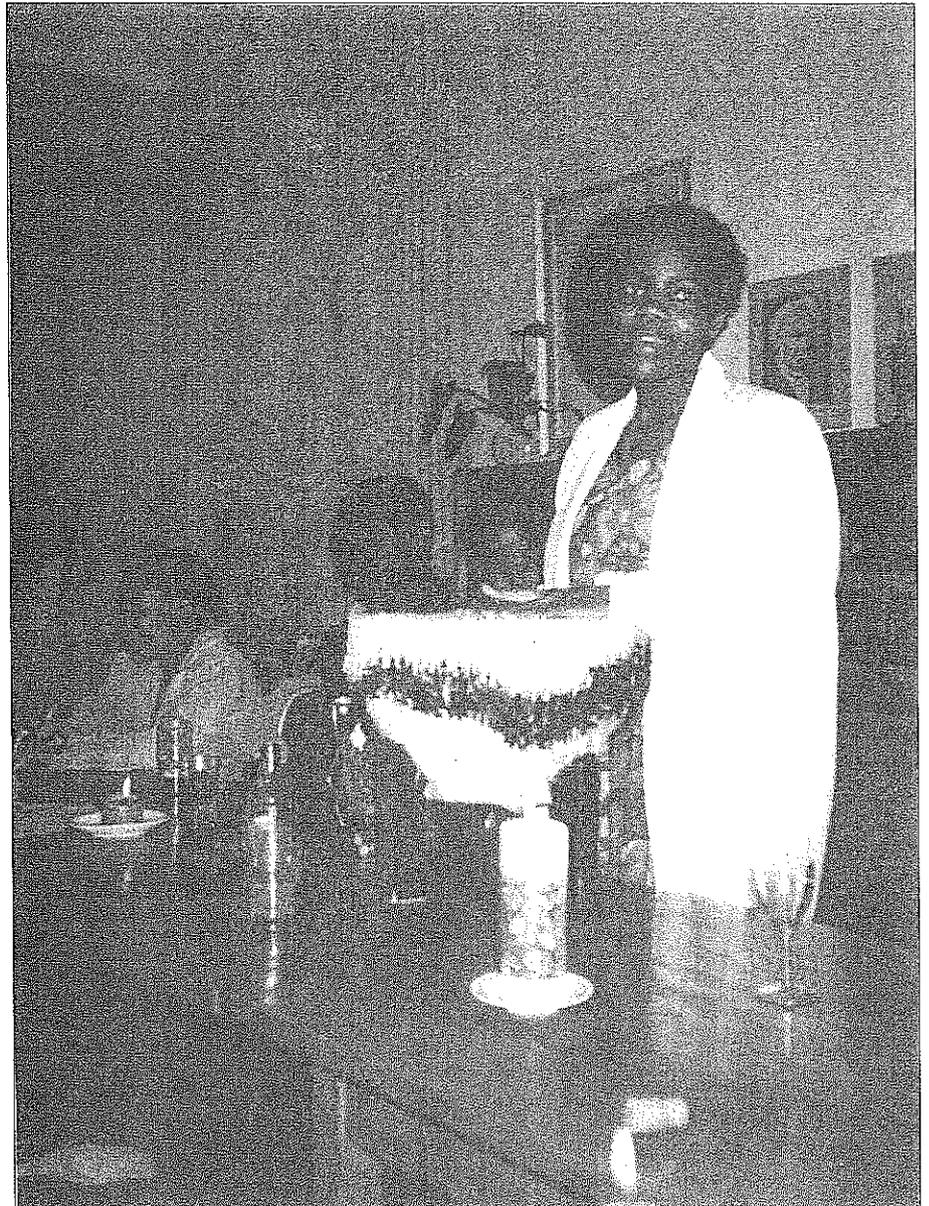
Sowohl angesichts der entwicklungspolitischen Erfordernisse in der Welt als auch angesichts des Ideals eines gleichen Zugangs aller Menschen zu Bildung ist das ein unbefriedigender Rückschritt. Deutlich im Steigen begriffen ist dagegen die Zahl westeuropäischer Studenten.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß jede einzelne der Beratungsstellen gerade für Ausländer in Leipzig hilfreich und notwendig ist. In der täglichen Arbeit zeigt sich aber immer wieder, daß die Spielräume gerade für freie Träger recht eng sind und in einer Reihe von Fragen Entscheidungen auf der Ebene der Länder und des Bundes notwendig sind. M. E. ist auch die Eindämmung der grassierenden Fremdenfeindlichkeit und das Durchsetzen größerer gegenseitiger Toleranz maßgeblich an einen spürbaren wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung gerade in den neuen Bundesländern gebunden.

Dr. Jürgen Zschalich/Leipzig

Leipzig, zur Woche des ausländischen Mitbürgers

Fotos: Dieter Braun



Zur Situation der sich illegal in Deutschland aufhaltenden Vietnamesen

Wohl jeder weiß, daß im Osten Deutschlands eine Anzahl vietnamesischer Bewohner leben. Gemeinhin neigt man zu der Ansicht, daß diese Menschen von der DDR-Regierung ins Land geholt wurden, um hier in den Betrieben einer Tätigkeit nachzugehen.

Diese Ansicht ist bei einem Teil dieser Menschen zutreffend, kaum Beachtung findet jene Gruppe von Vietnamesen, die sich in Deutschland aufhält, ohne im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung zu sein.

Es handelt sich hierbei um Menschen, die entweder legal als Besucher in Deutschland einreisten (mit Touristenvisa) oder illegal, häufig „mit Hilfe“ von Schlepperorganisationen über Polen oder die Tschechoslowakei, einreisten. Viele dieser Menschen stellten danach einen Asylantrag.

Welche Beweggründe haben diese Menschen für ihr Kommen?

Diese sind zumeist in den Lebensbedingungen in Vietnam sowie in dessen politischem System angesiedelt.

Aber auch die deutschen Behörden tragen mit ihrer Verwaltungspraxis ihr Scherfflein dazu bei. Ein Großteil dieser Menschen wird geradezu in die Illegalität gedrängt.

Die Möglichkeiten dieser Menschen, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sind stark eingeschränkt, weil ihnen die Arbeitssuche im Bundesgebiet weitestgehend oder völlig versagt ist. Da ihnen die Ausübung gewerblicher Tätigkeiten erst recht versagt ist, bleiben ihnen häufig nur, von der Sozialhilfe abgesehen, illegale Geschäfte zur Finanzierung ihres Lebensunterhaltes und zur Bezahlung ihrer Schleißer. Dabei darf nicht übersehen werden, daß viele ihren Aufenthalt in Deutschland als nur vorübergehend betrachten und vorhaben, finanzielle oder materielle Werte in die Heimat zu ihren Familien zu bringen.

Um die Situation dieser Menschen besser zu verstehen, muß man sich die Lebensumstände in Vietnam genauer vor Augen führen. Vietnam ist das drittärmste Land der Welt. Das Pro-Kopf-Jahreseinkommen liegt bei unter 150 \$. Ein „soziales Netz“, analog dem westeuropäischer Länder, ist dort unbekannt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 30 % der Bevölkerung. Hier wurde noch zu den optimistischsten Schätzungen gegriffen, andere liegen weit darüber. Die Kriegsfolgen sind vor

allem aus Gründen jahrelanger Mißwirtschaft noch nicht überwunden.

Politisch ist das Land zu den letzten Staaten mit kommunistischer Einparteienherrschaft zu zählen. Das Wegbrechen der osteuropäischen Märkte, aufgrund des Zusammenbruchs des RGW (COMECON), hat die vietnamesische Wirtschaft schwer getroffen. Wenn auch ein von vielen prognostizierter Zusammenbruch der Wirtschaft ausblieb, so wurden doch die Ergebnisse der Wirtschaftsreformen weitgehend kompensiert. Mit Ausnahme derjenigen Folgen auf sozialem Gebiet, welche vor allem den weniger bemittelten Vietnamesen schwer zu schaffen machen. So werden seit einiger Zeit Schulgebühren erhoben und auch der Arztbesuch muß bezahlt werden. Nicht zu vergessen ist auch die dort allgegenwärtige Korruption, die dazu führt, daß selbstverständlichste Leistungen oder Zugeständnisse der Behörden bezahlt werden müssen. Diese Ämter stellen in Vietnam Behörde, Gericht und so eine Art Distriktparlament in einem dar. Gewaltenteilung auf den unteren Ebenen des vietnamesischen Staates ist de facto unbekannt. Die Möglichkeiten, sich gegen willkürliche Entscheidungen der örtlichen Volkskomitees zur Wehr zu setzen (einen Rechtsweg zu beschreiten), sind zumeist begrenzt. Zudem werden die Mitglieder des Volkskomitees von der KP gestellt, Überschneidungen mit Parteifunktionen sind die Regel.

Die meisten der nicht arbeitslosen Vietnamesen schlagen sich mit mehreren Jobs durch.

Die Infrastruktur Vietnams ist sehr schlecht entwickelt, zudem tritt hier auch ein krasser Gegensatz zwischen Stadt und Land zutage. Auch im Zeitraum der „Doi Moi“, den seit 1986, aber nur sehr langsam vorankommenden Wirtschaftsreformen (Vietnam hat bis heute kein geordnetes Finanz- und Bankenwesen), gelang es dem Lande nicht, relevante Mittel in den Neuaufbau der Infrastruktur zu lenken.

Das gleiche trifft auch auf die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität zu. In vielen ländlichen Gegenden sind diese Dinge durchaus keine Selbstverständlichkeit, aber auch in den Städten treten häufig Engpässe auf.

Das größte Problem stellt jedoch für viele Leute dortzulande die Perspektivlosigkeit dar.

Im Zuge der massiven Entindustrialisierung der Ex-DDR kehrten viele vietnamesische Vertragsarbeiter in ihre Heimat zurück. Sie waren in Deutschland mit ca. 3000 Mark „abgefunden“ worden, viele wurden auch durch ihre Betriebe um ihr Geld geprellt. Sie brachten auch Informationen aus Deutschland mit in ihre Heimat. Nun sind die ostdeutschen Lebensverhältnisse sicher auch als „schwierig“ zu bezeichnen, aber verglichen mit den Verhältnissen in Vietnam nehmen sie sich geradezu paradiesisch aus. Zudem waren viele Rückkehrer nicht allzulange Zeit in der Ex-DDR, so daß einer unkritischen Sicht auf Deutschland Tür und Tor geöffnet war. Auch viele vietnamesische Vertragsarbeiternehmer in der CSFR, Bulgarien und der GUS erfuhren von der Einführung der D-Mark in der DDR.

Ab Mitte 1990 kamen verstärkt Vietnamesen aus Osteuropa nach Ostdeutschland, zunächst in der Regel als Besucher. Viele Rückkehrer nach Vietnam waren von der Realität in Vietnam enttäuscht und kamen ab Anfang/Mitte 1991 nach Ostdeutschland zurück. Eine große Rolle spielte dabei auch der Umstand, daß die Wiedereinreisenden Bekannte aus Heimatorten, mitunter sogar Verwandte vor Ort haben.

Auch gab es schon zu Zeiten der alten DDR eine Vielzahl von Kontakten der Vertragsarbeiternehmer zu Vietnamesen, die in Osteuropa arbeiteten.

Jetzt, seit Mitte 1991, machen sich auch viele „auf eigene Faust“ auf den Weg nach Deutschland. In der Regel sehen sich diese Menschen durch wirtschaftliche Notlagen zu ihrem langen Weg nach Deutschland gezwungen.

Bei den ehemaligen Vertragsarbeitern, die zurückkamen, spielten vor allem Reintegrationsprobleme eine große Rolle. Im Gegensatz zu den vollmundigen Versprechungen der Bundesregierung, Vietnam großzügige Reintegrationshilfen für freiwillige Rückkehrer zur Verfügung zu stellen, ist in

der Praxis, bis auf eine Vertragsunterzeichnung, wenig geschehen. Lediglich Abschiebungen könnte dieser eine Vertrag Tür und Tor öffnen, da er dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als „Beweis“ dienen könnte, daß asylsuchenden Vietnamesen in ihrer Heimat keine politisch motivierte Verfolgung droht.

Illegale Geschäfte der illegalen vietnamesischen Einwanderer und Besucher dienen den Behörden oft als Vorwand, um nach Ausweisungsgründen zu suchen. Am meisten in der Öffentlichkeit bekannt ist wohl die Problematik des illegalen Handels mit unverzollten Zigaretten.

Der Staat beschränkte sich bei der Bekämpfung dieser Form von Kriminalität lediglich auf Repressivmaßnahmen, welche das besondere soziale Umfeld dieser Menschen völlig unberücksichtigt ließ. In der letzten Zeit kam es dabei zu einer ganzen Reihe von Rechtsbeugungen seitens der ermittelnden Behörden. Dies ist mittlerweile gerichtsnotorisch. Auch wurden die Interessen vieler Unbeteiligter beschädigt. Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehle, häufige Argumentation mit „Gefahr im Verzug“ sowie die Anwendung unverhältnismäßiger Mittel haben sich rapide gehäuft. Außerdem hat das Zeigen unverhältnismäßiger Härte seitens der Polizei dazu geführt, daß die organisierten Kriminellen aufrüsteten. Selten schafft es die Polizei, in die mittleren und oberen Ebenen der Hierarchie des Vertriebs

unverzollter Zigaretten vorzustoßen. Ebenfalls festzustellen ist, daß mittlerweile auch Bürger anderer Staaten und Deutsche sich in allen Ebenen dieses Geschäftes beteiligen.

Besonders diskriminiert unter den illegalen Einwanderern sind die alleinstehenden Frauen. Aufgrund ihrer schon in der Heimat unterprivilegierten Stellung in der Gesellschaft ist ihr Schutz vor Repressionen besonders gering. Die Statistik festgenommener Vietnamesen weist einen überdurchschnittlichen Anteil an weiblichen Personen aus. Auch werden diese zuerst Opfer rechtsradikaler Ausschreitungen, sexueller Belästigungen oder anderweitiger krimineller Handlungen (auch durch ihre eigenen Landsleute).

Hier an dieser Stelle möchte ich noch einmal erläutern, weshalb es den meisten Vietnamesen verwehrt ist, auf legalem Weg nach Deutschland zu kommen und hier „normal“ zu leben.

Vietnam ist ein sogenannter „Negativ“-Staat, d. h. seine Bürger sind visapflichtig. Die Einreise nach Deutschland muß vom Heimatland aus in einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beantragt werden und ist nur möglich durch Einladung Dritter in Deutschland Lebender. Das Visum wird unter Ausschluß der Möglichkeit der Familienzusammenführung erteilt, und dies nur mit Zustimmung der zuständigen Ausländerbehörde. Erwerbstätigkeit ist innerhalb des Besuchszeitraumes ausgeschlossen, deshalb muß sich auch der Einladende verpflichten,

für den Unterhalt des Eingeladenen während dieses Besuches aufzukommen. Diese Bestimmungen gelten auch bei der Einreise aus einem Drittland, so z. B. ÖSFR oder Bulgarien.

Hier äußert sich ein grundlegender Mangel in der deutschen Gesetzgebung: die fehlende Möglichkeit, legal einzuwandern. So werden viele in geradezu aussichtslose Asylverfahren gedrängt. (Die Anerkennungsquote bei asylsuchenden Vietnamesen lag in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres bei 0,4 %, insgesamt 20 Personen.)

Dieser Mißstand wird durch das de-facto-Verbot des Familiennachzuges noch verschärft.

Lösungsansätze zu dieser Problematik sind auch im Rahmen der derzeitigen Rechtslage durchaus gegeben. Dazu muß sich jedoch bei den politisch Verantwortlichen die Einsicht durchsetzen, daß sich dieses Problem nicht durch Abschiebungen lösen läßt. Im Zusammenhang mit der Lösung des Problems Aufenthalt der Ex-DDR-Vertragsarbeitnehmer in Deutschland ließe sich durch eine Stichtagsregelung im Zusammenhang mit einer Veränderung der Arbeitsaufenthaltsverordnung dieser Problematik die Spitze nehmen. Soches wäre schon aus Gründen der Humanität geboten, würde aber auch der politischen wie der Rechtskultur durchaus nützen.

Magnar Hirschberger

Ausländer und Ausländerinnen in Chemnitz

Beschreibungen, Analysen zur Situation der Ausländer und Ausländerinnen in den fünf neuen Bundesländern gibt es viele, und sicher sind sie sich in vielen Zügen sehr ähnlich. So ist die Lage in Chemnitz vergleichbar mit anderen großen Städten, insbesondere hier in Sachsen. Auch wir haben einen Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung von nur etwa 2 %. Wohl liegt dies noch über dem Durchschnitt anderer großer Städte.

Auch bei uns setzt sich die Zahl von 6.000 Ausländerinnen und Ausländern, davon 2.000 ehemaligen Arbeitnehmern der Regierungsabkommen, aus

vorrangig Vietnamesen, wenigen Mocambiquanern, Angolanern, Deutschverheirateten, Angehörigen der sowjetischen Truppen und sowjetischen Betriebsangehörigen der „Wismut“ zusammen. Letztendlich gehören noch 300 bis 400 ausländische Studenten der TU Chemnitz dazu.

Auch in Chemnitz werden die Interessen der Regierungsabkommensarbeitnehmer und -arbeitnehmerinnen, insbesondere das Bleiberecht, von zwei Vereinen durch Unterstützung bei unzähligen Widersprüchen und Begleitung zu Behörden vertreten.

Ein Großteil der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen hat sich in der „Wahlheimatstadt“ etabliert, lebt in eigenen Wohnungen, viele betreiben kleine Geschäfte, insbesondere Gemüsehändler, Handel mit kunstgewerblichen Gegenständen und Textilien.

Ein geringer Teil lebt noch in einem städtischen Wohnheim. Nicht verhehlen wollen wir, daß es dort immense Probleme durch Schwarzhandel, kleinkriminelle Delikte, Entsolidarisierung und einfach intolerantes Verhalten gibt.

Die Situation in Chemnitz wollen wir anhand von Berichten verdeutlichen, welche Sozialarbeiter schrieben, die mit Ausländern leben und arbeiten:

Die meisten, ja man kann sagen alle Vietnamesen in Chemnitz sind arbeitslos. Sie sind trotz Kündigung aus den ehemaligen DDR-Betrieben in Deutschland geblieben und hoffen für sich auf ein schönes Leben in dem nun reichen kapitalistischen Deutschland, denn sie wissen, wären sie nach Vietnam zurückgekehrt, stünden sie wie viele andere Landsleute auch vor Arbeitslosigkeit und Armut. Sie wissen

auch, daß viele Landsleute, darunter auch diejenigen, welche aus der DDR zurückgekehrt sind, ihr letztes Geld ausgeben, um in Gefahr und Risiko nach den westlichen Ländern kommen zu können. Warum nun zurückgehen, wenn man das Glück hat, schon hierzusein?

Bei der Umstellung der DDR-Aufenthaltstitel in die neuen BRD-Aufenthaltstitel bekommen sie meist in Abhängigkeit von der Aufenthaltszeit nur eine Aufenthaltsbewilligung, also können sie nur bis zur ursprünglich vorgesehenen Aufenthaltsdauer in Deutschland bleiben. Bei einigen ist dieser Termin bereits abgelaufen, bei vielen in wenigen Monaten. Für alle steht fest, sie wollen nicht nach Vietnam zurück. Mit aller Macht wollen sie hierbleiben, wenn nötig, auch in der Illegalität. Sie wollen arbeiten und Geld verdienen, um dadurch Familienangehörige in Vietnam unterstützen zu können.

Aber wer stellt schon einen Ausländer mit einer kurzen Aufenthaltsgenehmigung ein? Also, was machen, um zu Geld zu kommen? Handeln auf den Straßen, auch manchmal mit unverzollten Waren, Hauptsache: zu Geld kommen. Deshalb haben viele Vietnamesen in Chemnitz beim Gewerbeamt eine Reisegewerbekarte beantragt. Viele verkaufen Textilien und Gemüse, Handeln mit Gemüse ist hart – früh aufstehen und beim Großhandel einkaufen. Die Waren müssen noch am gleichen Tag verkauft werden – kaum jemand hat Lagerraum, und frisch muß es sein. Dieses Geschäft ist wetterbedingt. Wer geht schon bei schlechtem Wetter auf die Straßen, um einzukaufen? Dennoch üben viele dieses Geschäft aus, denn mit Fleiß kann man einiges erreichen. Fleißig den ganzen Tag die Zeit mit dem Verkauf zu vertreiben und 50,- DM dadurch zu verdienen, ist besser, als den ganzen Tag zu Hause zu sitzen und womöglich Geld auszugeben durch Trinken und und und... Sie müssen auf die Straßen, ohne zu wollen, denn Ausländerfeindlichkeit ist auch in Chemnitz nicht zu verleugnen. Ein paar unfreundliche Worte oder auch Schimpfen – so ist der ganze Tag verdorben, denn sie sind auch Menschen, die akzeptiert werden möchten.

Und als nächstes das Wohnungsproblem. Viele wissen, sie müssen aus dem Wohnheim ausziehen und in der Stadt eine Wohnung beziehen – erst

dann haben sie eine Chance, hier länger bleiben zu können, und so haben sich schon viele eine Wohnung besorgt, gleichgültig, wie schlecht der Zustand ist. In der Tat sieht es so aus, daß in den Stadtvierteln, wo die meisten Häuser abbruchreif sind, viele Vietnamesen leben. Doch darüber

Seit 1979 arbeiteten Jugendliche aus Mocambique in der DDR. Sie kamen, um hier einen Beruf und viele neue Dinge zu lernen. Damit wollten sie beim Aufbau ihres Landes nützlich sein.

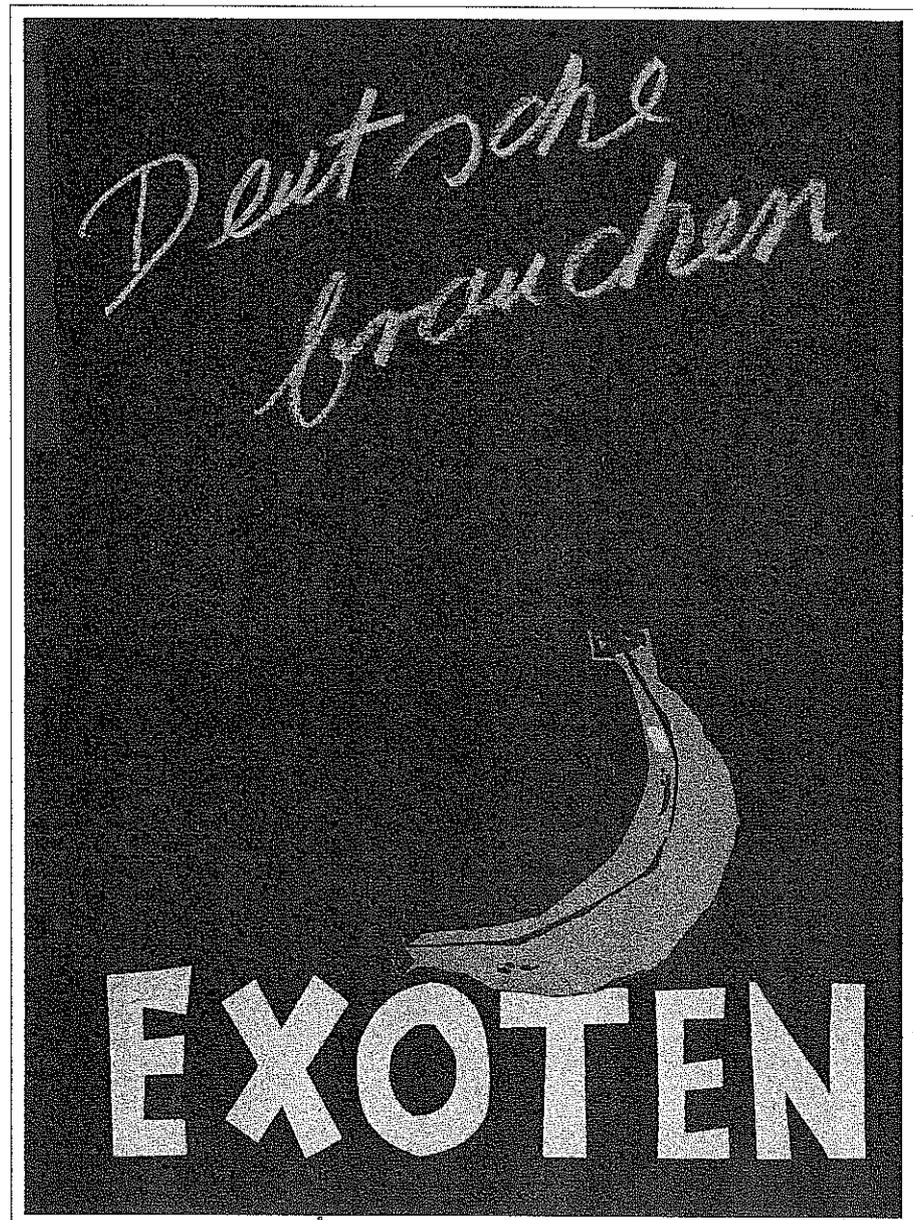
In der DDR kam die Wende. Mit der Wende verloren viele deutsche und ausländische Arbeiter ihre Beschäftigung. Die meisten ausländischen Vertragsarbeitnehmer gingen zurück in ihre Heimat. Einige jedoch sind aus

machen sie sich jetzt noch keine Gedanken, denn im Moment ist der Aufenthaltsstatus das Wichtigste. Ist das geklärt, und sie können hierbleiben, dann wird ihr Leben wieder Alltag. Jeder weiß, was er am Tag zu machen hat.

Doan Quog Khanh

den verschiedensten Gründen hiergeblieben, unter ihnen auch junge Leute aus Mocambique wie mein Freund Mario.

Mario kam als Zwanzigjähriger im September 1981 in die DDR. Er erlernte in Glauchau den Beruf des Textilfacharbeiters. Mario erfüllte seine Aufgabe stets zur vollsten Zufriedenheit – so seine Beurteilungen. Auf Wunsch des Betriebes wurde das Arbeitsverhältnis



Postkarte zur Aktion „Grafik gegen Ausländerhaß“.

Zu beziehen: c/o Willi Hölzel, Luxemburger Straße 72, 5000 Köln 1

(Thora Köster)

immer wieder verlängert, bis am 31. 12. 1991 der Betrieb liquidiert wurde. Mario hatte sich nach zehnjährigem Aufenthalt an das Leben hier gewöhnt und ist dageblieben.

Mario ging, wie viele andere auch, in die alten Bundesländer auf Arbeitssuche. Im Mai 1992 fand er Arbeit bei Mainz in einer Firma als Lagerarbeiter mit einem Stundenlohn von 8,- DM. Die Entfernung von der Betriebsunterkunft bis zur Arbeit und zurück betrug 45km. Die Fahrtkosten (täglich 25,- DM) mußte er selbst tragen, ebenfalls die Fahrtkosten von Zweigbetrieb zu Zweigbetrieb sowie alle zwei Wochen mit der Eisenbahn Mainz – Chemnitz und zurück (140,- DM). Da die Nebenkosten zu hoch waren, mußte er diese Arbeit aufgeben – wieder arbeitslos. Im September fand Mario Arbeit bei einer Baufirma in Chemnitz als Bauhelfer. Es gefällt ihm, und er ist zufrieden.

Mario bewohnt eine Zweiraum-Wohnung. Er wird von seinen Mitbe-

wohnern im Haus sehr geschätzt. Seine Nachbarin, eine ältere Dame, sagte mir, daß sie alle sehr froh darüber sind, daß ein so freundlicher und hilfsbereiter junger Mann bei ihnen im Haus wohnt. Mario hilft im Haus, wo er gebraucht wird. „Mario“, ruft eine Frau, „lauf nicht weg, wir haben noch nicht Kaffee getrunken.“ Ein Mitbewohner kommt und gibt gute Ratschläge, wo er die Dusche hinsetzen kann. Eine andere Person sagt: „Du darfst deine Tür nicht immer unverschlossen lassen, wenn du weggehst.“ Man kann hier wohl von guten Beziehungen sprechen.

Jedoch auch die Schattenseiten seines Lebens wollen wir nicht vergessen. Mario hat Angst, auf die Straße zu gehen. Nachts geht er sowieso nicht mehr weg – es ist zu unsicher für einen Farbigen auf unseren Straßen. Aber auch am Tag überlegt er gut, wann und wohin er geht, um Konfrontationen zu vermeiden.

Johannes Schwarzc

überall soziale Mißstände; es gibt überhaupt keine Ordnung oder wirksame Gesetzmäßigkeit.

Die jetzigen sozialen Verhältnisse und die Angst vor der Zukunft der nächsten Jahrzehnte haben viele ehemalige Vertragsarbeitnehmer dazu gezwungen, nach Deutschland zurückzukommen.

Dort drüben ist man trotz Beleidigungen doch immerhin in jeder Hinsicht frei; es läßt sich tausendmal unbeschwerter und sicherer leben als hier.

Die vietnamesische Polizei hat mir die Freiheit noch nicht zurückgegeben, d. h. man behält meinen Paß ein und händigt mir nicht ein einziges Personaldokument aus.

In Saigon stand ich 20 Tage unter Hausarrest, ich wurde vom Aufklärungsdienst vernommen, und dann kam ich zur Polizei für Kulturschutz.

Ich bin aber nicht die einzige, die Schwierigkeiten von der Polizei zu Hause bekommt. Die Schnüffler passen ganz streng auf die Leute auf, die schon mal in einem kapitalistischen Land waren. Denn diese Leute, besonders die aus Deutschland Zurückgekehrten erzählen, bewußt oder unbewußt, über ihre Erlebnisse im Ausland, über die Wende in der ehemaligen DDR und besonders über die neue Gesellschaft, in der sie lebten, über die die Staats- und Parteiführung in Vietnam bis heute immer noch versuchen, ein schlechtes Bild zu verbreiten. Ich muß mich nun langsam an solche Begriffe, die ich lange Zeit „vermißte“, wie: Genosse, Parteibeschlüsse, Klassenfeind usw. usf. gewöhnen. Du kannst Dir ja vorstellen, wie schwer es ist.

Ich habe vor kurzem eine unserer Freundinnen besucht. Sie erzählte mir, daß ihr Kind zur Zeit drogensüchtig ist, wie viele Kinder in seinem Alter. Ferner sagte sie, daß viele junge Mädchen Prostituierte geworden sind, um Geld zu verdienen.

Es ist jetzt nicht gut für diejenigen, die schon mal in Deutschland waren. Die Kriminalität ist auch scharf auf diesen Personenkreis gerichtet.

Ich bitte Dich deshalb sehr darum, alles zu versuchen, in Deutschland zu bleiben, damit unsere Kinder eine bessere Zukunft haben können. Ich habe große Angst davor, daß sie in einer Gesellschaft leben müssen, wie in unserer jetzigen...

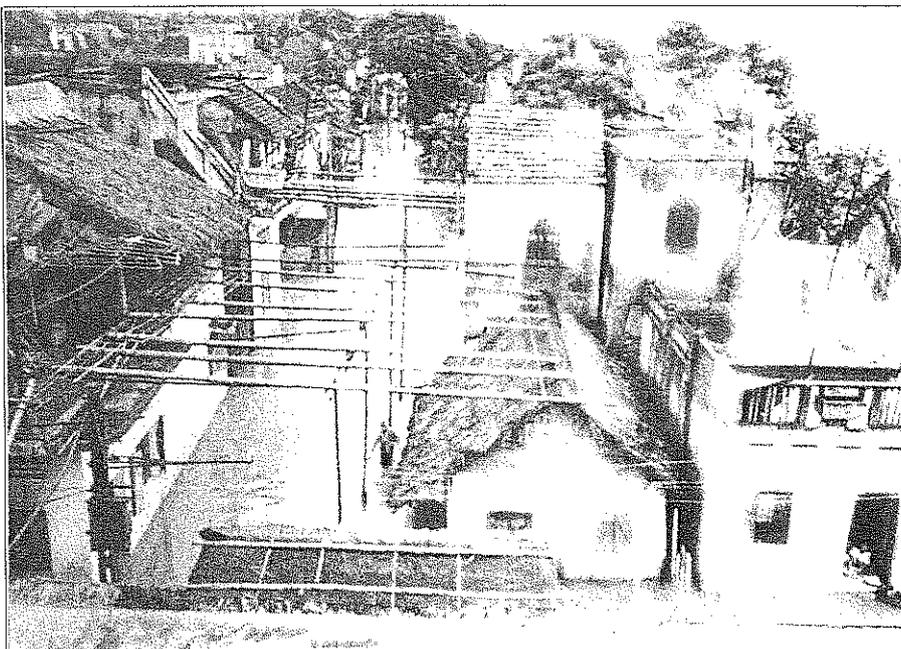
(Die Verfasserin möchte anonym bleiben)

Auszug aus einem Brief einer nach Vietnam zurückgekehrten Vertragsarbeitnehmerin

Meine Liebe,

seit dem Moment, als ich ganz niedergeschlagen im Flugzeug saß, bedauere ich immer mehr, viel zu streng zu Dir und Deinen Kindern gewesen zu sein.

Die Heimat hat mich zwar wieder, aber ich fühle mich fehl am Platze, unsäglich elend und einsam. Mit dem Land ist es steil bergab gegangen,



Überschwemmung in der Hauptstadt Hanoi

Foto: Hai Bang

Kurze Zusammenfassung über den Vorfall NGUYEN MANH, den Geschädigten:

Geb.: 10. 10. 1963
Anschrift: Hilgenriedersiel 8
2984 Hagermarsch
Tätigkeit: Asylbewerber

Der Geschädigte befand sich am 10. 09. 1992 ca. um 19.30 Uhr an der Haltestelle 12 auf der Frankfurter Allee. Von hier wollte er zu seinem Freund nach Ahrensfelde mit der Straßenbahnlinie 12 fahren, um ihn zu besuchen.

Da kam ein junger Mann in Zivilkleidung. Er hat sich zuerst nicht als Polizist ausgewiesen.

Der Mann zog den Vietnamesen am Kragen, legte ihn auf den Bürgersteig. Danach sprühte der Polizist dem Geschädigten Reizgas in die Augen, um ihn mit Handschellen festzunehmen. Der Vietnamesen wurde dann in einen Polizeiwagen gebracht. Der Polizist zog dann den Vietnamesen aus dem Wagen und **schlug ihn mit den Fäusten in die Augen.**

Der Geschädigte verlor sein Bewußtsein, und man hat ihm dann aus seiner Tasche noch **900,- DM** weggenommen. Ungefähr gegen 22.00 Uhr wurde der Vietnamesen in ein Polizeirevier (Polizeirevier Frankfurter Allee/ Ecke Möllendorfstraße) in der Nähe des Tatortes gebracht. Dort mußte er bis 2.00 Uhr bleiben und wurde danach nach West-Berlin in ein Gefängnis abtransportiert. Der Geschädigte mußte dort eine Nacht verbringen.

Am nächsten Morgen, dem 17. 09. 1992, brachte man den Vietnamesen in ein anderes Gefängnis. Nach der Untersuchung stellte die Polizei fest, daß der Asylbewerber unschuldig war. Er wurde um 9.00 Uhr entlassen. Während der ganzen Zeit, in der der Geschädigte festgehalten worden war, wurde ihm keine ärztliche Versorgung gewährt, trotz seiner Augenverletzung.

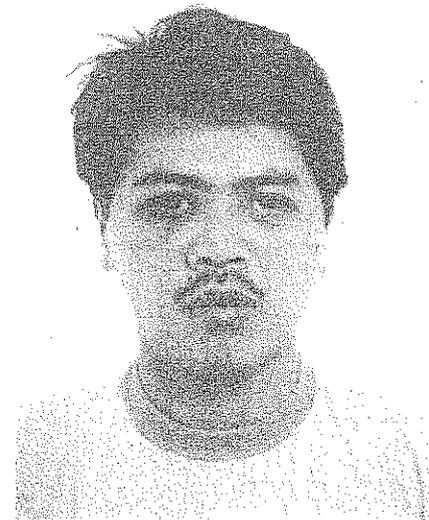
Außerdem bekam der Geschädigte weder zu essen noch zu trinken.

Es wurde ihm auch kein Einzugsprotokoll über die beschlagnahmten 900,- DM ausgehändigt.

Lt. gegenüber dem Beratungszentrum für ausländische Bürger gegebener Information seitens der Heimleitung des Asylbewerberheimes in Aurich, hat der geschädigte Bürger direkt vor seinem **erlaubten Urlaub** seine Sozialhilfe erhalten, so daß der bei ihm vorgefundene Geldbetrag durchaus erklärlich ist.

Für die Richtigkeit

Tamara Hentschel,
Beratungszentrum für Ausländische
Mitbürgerinnen, Berlin-Marzahn



Nguyen Manh, ein Vietnamesen, der willkürlich von der Polizei zusammengeschlagen wurde. Foto: Paßbild

jegliche Sprachvorbereitung kam. Das hochorganisierte und hilfsbereit aufgebaute Herder-Instituts-Lehrerkollektiv half mir damals, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Am 4. Oktober 1986 zog ich nach Tharandt (bei Dresden), um das eigentliche Studium in Angriff zu nehmen. Ich kann mich gut erinnern, daß ich im 1. Semester sehr freundlichen Kontakt hatte zu allen Studienkollegen. Sogar ein Studentenbetreuer wurde uns zur Seite gestellt. Doch die Studentenbetreuer, die meistens im FDJ-Auftrag handelten, waren gerade deswegen ein zwiespältige Sache. Ich fühlte mich manchmal beobachtet und ausgefragt. Nach dieser Zeit, ungefähr ab dem 2. Semester, war für mich umso deutlicher, daß ich ein Ausländer bin. Detaillierter heißt das, offizieller Respekt – persönliche Ausgeschlossenheit. In dieser Zeit heiratete ich und wurde Vater.

Wendezeit. Nicht nur eine Identitätskrise für DDR-Bürger, sondern auch für die Ausländer. Punkt. Der farbige Ausländer wurde ein „geborenes“ Problem. Unfreundlichkeit war plötzlich allgemein, auch Respektlosigkeit. Das alles spitzte sich zum „Asylanten-umgang“ zu. Das Ergebnis: Der ausländische Student war nun ein Asylant.

Beispiel: Rückfahrt.

Da die damaligen DDR-Verträge keine Gültigkeit mehr besitzen, entstanden Finanzierungsverantwortungsprobleme für die Rückfahrt unserer Familie. Niemand wollte uns eigentlich glauben, daß wir wirklich zurückfliegen wollten. Ein Kampf – Allein!

Ausnahmen sprengten den Gesamteindruck. Ich bedanke mich bei der „Evangelischen Mission Leipzig“. Mein besonderer Dank gilt Herrn Dieter Braun. Dieser ermöglichte es uns schließlich, nach Hause zu fliegen.

Zusammenfassend

Anfangs: Auf der Straße beachtet – offiziell, teilweise persönlich ausgeschlossen – katapultierte uns die „Wendezeit“ an den Straßengraben. Danach standen wir im Straßengraben, versteckten uns. Heute: Der Straßengraben wird mit Unkraut-ex gespritzt. Zum Glück machen beispielhafte Ausnahmen die Regel streitig!

Student aus Madagaskar

Situation heute – Bericht eines Betroffenen

Am 05. 09. 85 kam ich zum Zwecke meines Forstwirtschaftsstudiums in die damalige DDR. Vorerst erhielt ich ein Jahr Sprachvorbereitung im Herder-Institut in Leipzig. Ich möchte darauf

hinweisen, daß ich erstmals in einem europäischen Land war. Damals hatte ich gerade wegen der deutschen Sprache Zweifel, ob ich das Studium auch wirklich schaffen könnte, da ich ohne

Bericht

Mein Name ist Noa, und ich komme aus Sambia. 1984 bin ich in die DDR gekommen, um eine Ausbildung als Technologe für Melioration zu absolvieren. Die Ausbildung entsprach nicht dem, was man uns gesagt hatte. Deshalb hatte ich 1987 Schwierigkeiten, eine Arbeit in meiner Heimat zu finden. Im Dezember 1988 kehrte ich wieder in die DDR zurück, weil ich eine deutsche Frau heiraten wollte. Seit dieser Zeit lebe ich mit meiner Ehefrau und einem Kind in Leipzig.

Ich habe nun einen unbefristeten Aufenthalt in Deutschland. Auch in der DDR hatte ich Schwierigkeiten, eine Arbeit zu finden, weil meine Ausbildung, die ich hier erhalten hatte, nicht anerkannt wurde. Das war ein Grund, weshalb ich ein Studium an der Universität Leipzig aufnahm. Ich wurde 1990 an dem Institut für tropische Landwirtschaft immatrikuliert. Vom September 1990 bis Dezember 1990 erhielt ich ein Stipendium nach dem damals fortgeltenden DDR-Recht. Am 1. 1. 1991 trat das BAföG auch in den neuen Bundesländern in Kraft. Da die staatliche Förderung der Ausbildung von Studenten

von diesem Zeitpunkt an ausschließlich nach Maßgabe des BAföG fortgeführt würde, waren Leistungen auf Grund des außer Kraft getretenen DDR-Stipendienrechts nicht mehr möglich. Infolgedessen wurde auch die Stipendienzahlung an mich eingestellt. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß ich die für eine Förderung von Ausländern nach dem BAföG vorgegebenen Voraussetzungen nicht erfülle. Ich habe bei vielen Stiftungen versucht, ein Stipendium zu bekommen, aber alle lehnen meinen Antrag ab. Ich finde mein Studium sehr wichtig, so daß ich es nicht aufgeben möchte. Finanziell sieht es bei uns nicht gut aus. Meine Frau wurde arbeitslos und sie macht jetzt gerade ihre Umschulung und sie verdient nicht viel. Sozialhilfe bekommen wir auch nicht, mit der Begründung, daß man keine Sozialhilfe an Studenten bezahlt.

So kann man sagen, daß es keinen Grund gibt, jeden Ausländer, der hier lebt, zu beneiden und zu glauben, daß es ihm zu gut geht. Wir haben ebenfalls, wie viele Deutsche auch, große Angst vor der Gewalt auf der Straße.

Zur rechtlichen Situation der Arbeitnehmer aus den Regierungsabkommen

wie lang noch wird unsere Abwesenheit geduldet, keiner bemerkt, wie schwarz wir angefüllt sind

Wolfgang Hilbig

Finden die Arbeitnehmer aus den Regierungsabkommen in diesen Versen eines Dichters, der einst im Ostteil Deutschlands lebte, einen Trost?

Die Zeit hat sich zugespitzt. Die Tage vergehen. Sie sind gezählt. Ca. 20.000 Arbeitnehmer aus Regierungsabkommen der ehemaligen DDR mit Angola, Cuba, Mosambik, Vietnam erwarten täglich eine politische Entscheidung über ihr Bleiben oder ihren Weggang aus Deutschland nach dem Ablauf ihrer „ursprünglich vorgesehenen Vertragsdauer“. Von dieser Entscheidung sind alle weiteren ihr Leben bestimmenden Schritte abhängig. Zur Auswahl stehen:

- die Fortsetzung ihres Lebens in Deutschland mit erneutem Integrationswillen und neuen Intergationsmöglichkeiten
- oder
- Rückkehr in die Heimat mit schlechten Aussichten, daraus resultierende Ohnmacht gegenüber der Chancenlosigkeit einer erfolgreichen „Reintegration“
- Asylbegehren und das Leben in der Illegalität nach dessen Scheitern
- der direkte Gang in die „Unterwelt“, in die Illegalität, ohne erst einen Asylantrag zu stellen.

Bis zu diesem Zeitpunkt wurde seitens der Betroffenen alles für ihr Bleiberecht getan: Wahrnehmung der verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten (Widersprüche und Klagen gegen die Umwandlung ihrer Aufenthaltsgenehmigung in eine Aufenthaltsbewilligung), Demonstrationen, Petitionen, Bemühungen um Erwerbstätigkeit, Unterkunft . . . als Voraussetzung für die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen. Verschiedene gesellschaftliche Kräfte setzen sich mit großem Engagement für das Bleiberecht der Arbeitnehmer aus Regierungsabkom-

Willensbekundung von Bürgerschaft und Senat der Hansestadt Rostock

Die Bürgerschaft und der Senat der Hansestadt Rostock ersuchen den Bundestag und die Bundesregierung, eine politische und humanitäre Entscheidung zu treffen, den noch verbliebenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die auf der Basis von Regierungsabkommen zur Arbeit in die ehemalige DDR gekommen sind, auf der Grundlage des Ausländergesetzes (d. h., soweit sie sich in die Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland durch Annahme von Sprache, Ausbildung etc. integrieren sowie sich rechtstreu verhalten) die Möglichkeit für einen längeren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, mit der Möglichkeit der Verfestigung dieses Aufenthaltes zu gewähren.

Eine solche Entscheidung sollte unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Situation in ihren Heimatländern humanitäres Anliegen der Bundesrepublik Deutschland sein.

Der Landtag und die Landesregierung werden ersucht, sich an einer entsprechenden Bundesratsinitiative zu beteiligen.

Die Willensbekundung wurde am 25. 05. 1992 vom Senat und am 05. 06. 1992 von der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock mit einer übergroßen Mehrheit von Stimmen aus allen Fraktionen angenommen.

Für die Richtigkeit:



Dr. Wolfgang Richter
Ausländerbeauftragter
der Hansestadt Rostock

men ein: Beschluß der Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten, Aufruf der Bischöfe, Anträge der verschiedenen Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen der Bundesländer, Proteste, Schreiben, Petitionen und Resolutionen verschiedener Vereine und Organisationen, Pressekonferenzen, für das Bleiberrecht sprechende Gutachten von Rechtsexperten, positive Äußerungen einiger verantwortlicher Politiker. . .

Das zentrale Anliegen der Bemühungen ist die Änderung der Arbeitsaufenthaltsverordnung (AAV) und das Treffen von die Integration fördernden Maßnahmen für diese Gruppe von Ausländern.

Trotz der Ungewißheit über das Ergebnis dieser zu erwartenden Entscheidung sind die ersten Erfolge der genannten Bemühungen folgende:

1. Die Mauer des Schweigens, die Annahme, das Problem der ArbeitnehmerInnen aus den Regierungsabkommen sei als erledigt zu betrachten, wurden aufgehoben. Die verantwortlichen Politiker und die zuständigen Stellen müssen das Bleiberrecht für die o. g. Ausländergruppe als ein zu lösendes Problem zur Kenntnis nehmen.

2. Aussetzung der Abschiebung von Inhabern einer abgelaufenen Aufenthaltserlaubnis bis zur Erreichung einer endgültigen Regelung der Problematik.

Trotz dieses Fortschritts ist jetzt die Angst vor dem Scheitern realer als zuvor.

Im Schriftverkehr des Bundesministeriums des Innern wird des öfteren zum Ausdruck gebracht, daß man keinen Anlaß für „eine günstigere Lösung – insbesondere ein Bleiberrecht auf Dauer“ sehe.

In der zweiten und „letztmaligen“ Anordnung über den Abschiebestopp für Arbeitnehmer aus Regierungsabkommen vom Thüringer Innenministerium sind folgende Zeilen zu lesen: „Den Ausreisepflichtigen soll damit die Gelegenheit gegeben werden, die Heimkehr und Wiedereingliederung gründlich vorzubereiten und insbesondere die mit einzelnen Staaten bestehenden Abkommen über Rückkehr- und Wiedereingliederungshilfen effektiver zu nutzen.“

Mit der Urteilsbegründung, daß vietnamesische Rückkehrer mit „beachtlicher Wahrscheinlichkeit“ nicht mit einer Bestrafung in ihrem Heimatland

zu rechnen haben, wurde vor kurzem der Abschiebestopp für ehemalige Arbeitnehmer aus Regierungsabkommen vom 9. Senat des Bundesverwaltungsgerichts aufgehoben. In diesem Sinne ist das am 9. Juni abgeschlossene Abkommen zwischen der Regierung der BRD und der Regierung der SRV über Finanzierungshilfen zur Existenzgründung und beruflichen Eingliederung von Fachkräften der SRV ein Ding, das Gutes will, aber in der Tat Böses schafft.

Viele Ausländerbehörden schicken VietnamesInnen schon einige Monate vor dem Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung die Ausreiseaufforderung und Abschiebungsandrohung. Reisepässe wurden eingezogen.

Im Gegensatz zu den Versprechen des Verfassers des neuen Ausländergesetzes:

- Rechtssicherheit und Erwartungssicherheit für Ausländer in der BRD;
- Zuerkennung von Rechtsansprüchen soweit wie möglich;
- eine weltoffene und liberale Ausländerpolitik für die Bundesrepublik; wird in zahlreichen Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes, vor allem in den Übergangsvorschriften sowie in deren Anwendungspraxis der staatliche Wille zum Ausdruck gebracht, nicht nur die zukünftige Zuwanderung von AusländerInnen aus Nicht-EG-Staaten konsequent zu begrenzen, sondern auch die Zahl der noch in Deutschland lebenden AusländerInnen zu verringern. Die Erfahrungen, die in der alten BRD in den 60er Jahren mit ausländischen Arbeitskräften gemacht wurden, werden heute genutzt, um den ArbeitnehmerInnen aus Regierungsabkommen den Weg zum Daueraufenthalt in Deutschland abzuschneiden. Inwiefern ist aber dieser Wille durchsetzbar, ohne die Prinzipien der Rechts- und Sozialstaatlichkeit und des Vertrauensschutzes preiszugeben?

In diesem Zusammenhang und zum Verständnis der erwähnten Problematik möchte ich hier einiges zur rechtlichen Situation der Arbeitnehmer aus Regierungsabkommen bemerken.

Die Problematik des Aufenthaltsrechts der Arbeitnehmer aus Regierungsabkommen besteht im wesentlichen in der Überleitung von Aufenthaltstiteln nach dem Ausländergesetz DDR in neue, nach dem Ausländergesetz 90 gültige Titel.

Von der Wertigkeit her ist die „länger befristete Aufenthaltsgenehmi-

gung“ nach dem AusIG/DDR als „Aufenthaltserlaubnis“ nach dem AusIG 65/BRD anzusehen.

Abgesehen von der Ausnahme, daß ArbeitnehmerInnen aus Regierungsabkommen mit einem 8jährigen Aufenthalt eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder eine Aufenthaltsberechtigung gemäß § 11 Abs. 2 und 3 AAV zusteht, erhalten diejenigen mit einem kürzeren Aufenthalt an Stelle einer „länger befristeten Aufenthaltsgenehmigung“ ausschließlich eine „Aufenthaltserlaubnis“, die in der Regel bis zum Ablauf der ursprünglich vorgesehenen individuellen Arbeitsvertragsdauer befristet ist und eine dauerhafte Niederlassung ausschließt, da diese Art der Aufenthaltsgenehmigung von ihrem Rechtscharakter her zeitlich begrenzt und an einen bestimmten Zweck gebunden ist.

Diese Überführung der Aufenthaltstitel ist zumindest bei folgenden Gruppen von ArbeitnehmerInnen aus Regierungsabkommen fragwürdig:

a) Ausländische ArbeitnehmerInnen, die sich mehr als fünf Jahre und weniger als acht Jahre rechtmäßig und ununterbrochen im Bundesgebiet aufhalten

Für diese Gruppe von ArbeitnehmerInnen wurde ihre „länger befristete Aufenthaltsgenehmigung“ durch ein- oder mehrmalige Verlängerung verfestigt. Außerdem sind weitere Tatsachen für die Bestimmung ihrer Rechtsposition relevant. Erstens: Bereits vor dem Inkrafttreten des AusIG 90 wurde bei vielen von ihnen die Bindung des Aufenthaltsrechts an eine bestimmte Tätigkeit in einem genau bezeichneten Betrieb durch den Besitz einer Gewerbebescheinigung, durch die individuelle Beantragung des Ausscheidens aus dem Regierungsabkommen (rechtliche Möglichkeit nach dem Regierungsabkommen zwischen der DDR und der SRV), durch Asylantrag usw. aufgehoben. Zweitens: Die Auslegung, daß der Aufenthalt von ArbeitnehmerInnen auf der Grundlage von Regierungsabkommen von vornherein an eine begrenzte Zeit und einen bestimmten Zweck als Merkmale einer Aufenthaltserlaubnis gebunden sei, ist meiner Ansicht nach sehr zweifelhaft. Angesichts der Arbeitsteilung innerhalb des RGW und des chronischen Mangels an Arbeitskräften in der DDR-Wirtschaft, stellten sich die Regierungsabkommen mehr oder

weniger als dokumentierter Wille der Politiker zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern dar. Die Industriezweige und die Einsatzbetriebe der DDR hatten große Spielräume in Bezug auf die Bestimmung der Rahmenbedingungen zur konkreten Gestaltung des Aufenthaltes und des Berufslebens des einzelnen ausländischen Arbeitnehmers. Die langjährige Praxis des Einsatzes von ArbeitnehmerInnen in Regierungsabkommen bestätigt, daß eine Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung nach der gemäß Regierungsabkommen festgelegten Einsatzdauer für jeden/jede ArbeitnehmerIn möglich war. Die wichtigste und beinahe einzige Voraussetzung dafür war die Arbeitsfähigkeit. Es ging hier einfach um ökonomische Vorteile für den Staat DDR und für die Einsatzbetriebe, indem sie lieber die eingearbeiteten und in den Beruf und in das Betriebsleben integrierten Arbeitskräfte behielten als neue einzustellen. Außerdem war der Berufs- sowie der Betriebswechsel (z. B. Aufnahme eines Meisterstudiums) nicht unmöglich. Über den konkreten Gesetzestext der Regierungsabkommen hinaus entwickelte sich in deren Umsetzungspraxis ein „Gewohnheitsrecht“ oder ein Vertrauensprinzip, das den zeitlich begrenzten Aufenthaltsstatus und die Zweckgebundenheit des Aufenthaltes der ausländischen ArbeitnehmerInnen relativiert.

Man könnte also eher von der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AuslG 90 für diese Ausländergruppe ausgehen.

b) ArbeitnehmerInnen, die sich weniger als fünf Jahre im Bundesgebiet aufhalten

Die bis jetzt praktizierte Überleitung der Aufenthaltsrechte geht nur von § 11 Abs. 3 AAV aus und übersieht den Anspruch auf eine befristete Aufenthaltserlaubnis nach § 94 Abs. 3 Nr. 4 AuslG 90, der in diesem Fall analog anzuwenden ist und der den AusländerInnen zusteht, die ursprünglich auf der Grundlage von Regierungsabkommen in die DDR kamen, jetzt aber einen Aufenthalt ohne die ursprüngliche Zweckbindung im Sinne des § 15 AuslG 90 haben.

Die Gretchenfrage liegt hier in der Tatsache, daß mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis ein/eine AusländerIn den Daueraufenthalt erlangen kann, falls die Versagungsgründe nach §§ 7, 8 AuslG 90 nicht vorliegen, was die Aufenthaltserlaubnis nicht ermöglicht.

In diesem Zusammenhang ergibt sich die Notwendigkeit zu überprüfen, ob es Abweichungen der vorhandenen Verordnungen vom AuslG 90 sowie der bisherigen Rechtsanwendungspraxis von der gesetzlichen Ermächtigung gibt. Im Präzedenzfall der Rechtsprechung müssen auch die Besonderheiten des DDR-Ausländerrechts und Prinzipien der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes gebührend in Betracht gezogen werden.

Die unmenschliche Seite des Regierungsabkommens besteht in der Tatsache, daß die ArbeitnehmerInnen in jahrelanger Trennung von ihren Fa-

milien leben mußten, die dazu führte, daß viele Familien von ArbeitnehmerInnen in die Brüche gingen bzw. gehen. Für diese ArbeitnehmerInnen nun ist die Familienzusammenführung nach § 29 AuslG 90 keinesfalls ein Anspruch, sondern nur eine Ermessensfrage, was eine Einschränkung des Anspruchs auf Ehe- und Familienschutz nach Art. 6 GG bedeutet.

Die Ghettoisierung der ausländischen ArbeitnehmerInnen im Wohnheim bedeutete nicht nur die Isolierung von der sozialen Umwelt und die Deformierung der Möglichkeiten zur Entfaltung der Persönlichkeit, sondern sie wirkt sich im nachhinein auch negativ auf die Bewerbung um Einbürgerung aus. So heißt es in der Einbürgerungsrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom September 1991: „Ein Inlandsaufenthalt überwiegend unter Ausländern, z. B. in Ausländerwohnstätten, ist in der Regel nicht auf die Aufenthaltsdauer anzurechnen.“

Die in Gang gebrachte Umstrukturierung des Gerichtswesens und der Behörden in den neuen Bundesländern sowie die langen Zeiträume, die für Verwaltungsvorgänge benötigt werden, erschweren den Rechtsweg, und die im Aufbau befindlichen Rechtsberatungs- und Rechtshilfestellen können dem Bedarf an Rat und Unterstützung noch nicht gerecht werden.

Nguyen Trong Cu
Leipzig

Politische Situation in den neuen Bundesländern: Bleiberecht – ja oder nein?

Das Kabinett des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat als einziges der neuen Bundesländer in seiner Sitzung am 7. Oktober 1992 folgenden Beschluß gefaßt:

Mecklenburg-Vorpommern tritt dafür ein, daß der Aufenthalt der Werkvertragsarbeitnehmer, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in die frühere DDR eingereist sind, entsprechend der geltenden Rechtslage fristgemäß beendet wird. Eine nachträgliche Änderung der Rechtslage mit dem Ziel eines allgemeinen Bleiberechts für diese Personengruppe wird abgelehnt.

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Aufenthaltsrecht in Ausnahmefällen sollen beibehalten werden.

In Mecklenburg-Vorpommern wird deshalb kein genereller Abschiebestopp für Arbeitnehmer aus Regierungsabkommen verfügt.

In der Begründung für die Entscheidung des Innenministeriums von Mecklenburg-Vorpommern heißt es unter anderem:

Eine Verpflichtung zur „moralischen Wiedergutmachung“ auf Grund in der DDR erfolgter ungerechtfertigter Behandlung oder begangenen Unrechts ist nicht nachvollziehbar.

Gesicherte hiesige Erkenntnisse bestätigen nicht, daß diese Personen bewußt von der übrigen Bevölkerung abgeschottet wurden.

Die Vietnamesen waren in vergleichsweise gut ausgestatteten Wohnheimen untergebracht. Die Ausländer konnten sich ohne Einschränkungen bewegen und Kontakte zur Bevölkerung knüpfen, wofür es durchaus Beispiele gibt.

Die Vietnamesen waren als Auszubildende oder Arbeitnehmer in das Betriebsleben integriert.

Die Entlohnung erfolgte – wie bei Deutschen – entsprechend der Arbeitsleistung. Auf Grund des vielfach besonderen Fleißes zählten die Vietnamesen nicht selten zu den bestbezahlten Arbeitern. Es handelte sich keinesfalls um „billige Arbeitskräfte“.

Die Vietnamesen erhielten neben den üblichen noch besondere Zuwendungen aus den Sozialfonds der Betriebe.

Die Vertragsarbeitnehmer erfuhren die besondere Unterstützung und Förderung sowie den besonderen Schutz des Staates.

Es ist unzutreffend, daß Vietnamesinnen während der Vertragszeit zum Schwangerschaftsabbruch veranlaßt oder gar gezwungen worden sind.

Vielmehr war auf Wunsch der vietnamesischen Seite Vertragsbestandteil, daß im Falle einer Schwanger-

schaft eine Rückkehr ins Heimatland erfolgen sollte.

Daneben wurde schwangeren Vietnamesinnen von Seiten der DDR angeboten, wegen der besseren medizinischen Bedingungen hier zu entbinden und erst drei Wochen danach mit dem Kind auszureisen.

Wie allen Frauen in der ehemaligen DDR stand auch den Vietnamesinnen die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruches offen.

Dazu haben sich einige Vietnamesinnen entschlossen, um bis Vertragsende hierbleiben zu können.

Brief der Ausländerbeauftragten der neuen Bundesländer

An die
Innenminister und -senatoren
der Länder

17. November 1992

Sehr geehrte Herren,

Sie werden auf der Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder über die Frage des Aufenthaltsstatus der Arbeiter aus den Regierungsabkommen der ehemaligen DDR beraten.

Als Ausländerbeauftragte der neuen Länder wenden wir uns in großer Sorge um den inneren Frieden unserer Länder an Sie.

Bei einer Ablehnung der Umwandlung der Aufenthaltserlaubnis in eine Aufenthaltserlaubnis für diesen Personenkreis, der insgesamt nur etwa 15.000 Menschen umfaßt (lt. Aussage der vietnamesischen Botschaft Berlin vom 30. 9. 1992: 10.067 vietnamesische Arbeitnehmer), käme es in den neuen Ländern demnächst zur Abschiebung mehrerer tausend Menschen.

Gerade die – im Vergleich zu den alten Ländern wenigen – Ausländer, die schon mehrere Jahre hier leben und oft weitgehend integriert oder zumindest integrationswillig sind, müßten dann das Land verlassen. Das würde die insgesamt so dringend notwendigen Integrationsbemühungen hier empfindlich beeinträchtigen.

Darüber hinaus würden solche Abschiebungen ausländerfeindliche Stimmungen und Aktionen bestätigen und ihnen Vorschub leisten. Dies kann nicht im Interesse von Regierungen und Regierenden sein, die sich gerade

am 8. November 1992 in Berlin gemeinsam mit hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern für die Menschenwürde und gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit öffentlich bekannt haben.

Wir bitten Sie deshalb dringend, diesen erklärten Willen zu einem friedlichen Zusammenleben von Deutschen und Ausländern auch dadurch zu unterstreichen, daß Sie sich für eine Integration durch die Möglichkeit zur Aufenthaltsverfestigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Regierungsabkommen aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Almuth Berger

Ausländerbeauftragte
des Landes Brandenburg

Barbara John

Ausländerbeauftragte
des Senats von Berlin

Wolfgang Kupke

Ausländerbeauftragter
des Landes Sachsen-Anhalt

Eckehard Peters

Ausländerbeauftragter
des Landes Thüringen

Heiner Sandig

Ausländerbeauftragter
des Landes Sachsen

Fachkräfteprogramme (FKP) für ehemalige Kontraktarbeiter aus Mosambik, Angola und Vietnam

Jose ist im Herbst 1988 in die DDR gekommen. Bei der Anwerbung in Maputo, der Hauptstadt Mosambiks, hat man ihm gesagt, er würde dort arbeiten können und gleichzeitig eine Berufsausbildung erhalten. Auf dem Flughafen in Schönefeld wurde ein Teil der Gruppe ins Braunkohlenkombinat geschickt. Er kam ins Fleischkombinat nach D. Dort hat er gelernt, wie man am laufenden Band toten Schweinen Schwänze und Ohren abschneidet. Im Sommer 1990 war klar, daß seine Vertragszeit nicht eingehalten wird und durch den Betrieb vorzeitig beendet werden muß. Seine Zukunftsalternativen sind – mit 3000 DM Handgeld sofort nach Hause oder sich bis zum Ende des erlaubten Aufenthalts selbst einen Job suchen und durchhalten.

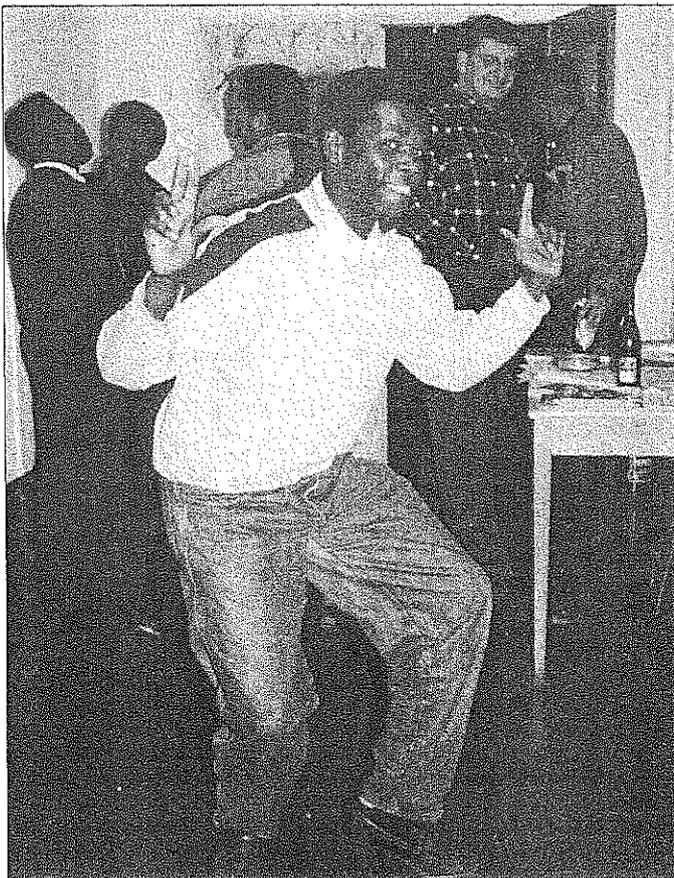
Dieses Beispiel beschreibt in etwa die Situation, wie sie sich für etwa 75.000 sogenannte Vertragsarbeitnehmer aus Mosambik, Vietnam und anderen Ländern darstellte im Jahr der Wiedervereinigung – verkürzt gesagt: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“

Neben der sogenannten „3000-Mark-Regelung“ gab es seitens der Bundesregierung nur die Bemühungen des BMZ, für die Betroffenen ein Fachkräfteprogramm zu installieren. Klar war von Anfang an, daß nur eine kleine Zahl von Teilnehmern realisierbar ist (geplant waren ca. 500), auch nicht alle die Zugangsvoraussetzungen erfüllen können und nach dem Willen des BMZ hauptsächlich in den Heimatländern Ausbildungsprogramme und Kreditmöglichkeiten geschaffen werden sollten. Im Sommer 1991 hat der Bundestag in seinem Nachtragshaushalt etwa 13 Mill. DM zusätzliche Mittel für 1991 und vier Folgejahre beschlossen (2,7 Mill. DM in Deutschland für 1991 und den anderen Teil in den Heimatländern).

Der Wunsch vieler Betroffener war aber die Fortsetzung ihres Aufenthalts in Deutschland, der durch die sogenannten Maßnahmen in keiner Weise unterstützt wurde.

Die Teilnahme an den Fachkräfteprogrammen ist an eine Rückkehrverpflichtung nach Abschluß der Ausbildung geknüpft. Viele haben (vor allem unter dem innenpolitischen Blickwinkel) diese Reintegrationsprogramme als Rückführungsprogramme oder Abschiebeprogramme gesehen. Fachkräfteprogramme aber sind von ihrem Ansatz und ihrer Wirkungsweise her entwicklungspolitische Instrumentarien und nicht geeignet, Ausländerprobleme in Deutschland zu lösen. Um so fataler wird die Situation, wenn ein deutsches Gericht das Zusatzprotokoll zum „Abkommen über die Reintegrationsmaßnahmen in Vietnam“ benutzt, um einen Abschiebestopp von Vietnamesen in Deutschland aufzuheben, wie unlängst geschehen.

Insgesamt haben wir eine heftige Diskussion und eine Vielzahl von Bewertungen erlebt, in denen deutlich wurde, daß viele etwas suchten, was in diesen Programmen ihrer Meinung nach enthalten sein sollte oder nicht enthalten sein sollte. Über den entwicklungspolitischen Ansatz, unter dem wir als Durchführungsorganisation angetreten sind, wollte eigentlich kaum einer mit uns reden. Und ob der richtig war oder nicht, wird sich letztendlich nicht in Deutschland entscheiden.



Heimat zurückkehren wollen.

Klaus Dünnhaupt

Bloß nicht den Mut und die Freude verlieren! Hier ein Mosambikaner in der Cabana in der Georgenkirchstraße.

Foto: Cabana

Das BMZ hat im Spätsommer beschlossen, die zusätzlichen Reintegrationsmaßnahmen für Mosambikaner, Angolaner und Vietnamesen in Deutschland ganz einzustellen. Die noch vorhandenen Bewerber sollen in ihre Heimatländer zurückkehren und sich dort in den anlaufenden Maßnahmen bewerben. So ist denn also dieses Problem gelöst!

Die Bilanz in Zahlen: Beworben haben sich etwa 400 Mosambikaner, 30 Angolaner und etwa 500 Vietnamesen. Eine Ausbildung haben 123 MosambikanerInnen und AngolanerInnen erhalten. Kein Vietnamesen hat am Programm teilgenommen – die 100 vietnamesischen Bewerber, die im Mai/ Juni mit ihren Ausbildungen beginnen wollten, sind seitens des zuständigen Referats des BMZ nicht mehr akzeptiert worden. Von den Absolventen (die letzten Ausbildungsgänge enden im April 1993) sind bis jetzt etwa 85 % in ihre Heimat zurückgekehrt.

Wir hoffen, daß sich in einem Land wie Deutschland auch weiterhin Menschen damit beschäftigen, Menschen bei dem Wunsch zu unterstützen, aus welchen Gründen auch immer, hier zu leben – und sich Menschen finden, die sie dabei unterstützen, wenn sie, aus welchen Gründen auch immer, in ihre

Vietnams Rückkehr nach Asien

Mit dem Beitritt Vietnams (und Laos's) zum „Vertrag zur Freundschaft und Zusammenarbeit“ des „Verbandes der Staaten Südostasiens“ ASEAN im Juli 1992 ist der Wechsel vom sozialistischen Lager ins kapitalistische Weltwirtschaftssystem auch formal vollzogen worden.

Der Annäherung hatte bisher die vietnamesische Besetzung Kambodschas entgegengestanden, die mit Vietnams Truppenabzug vom September 1989 und der Vereinbarung einer Friedensregelung durch die UNO vom Oktober 1991 von den Staaten in der Region als beendet betrachtet wird.

Das andere Hindernis waren 120.000 Flüchtlinge, die „boat people“ in den Lagern der Nachbarstaaten, die von Vietnam jetzt zurückgenommen werden.

Die aufstrebende Region Asien

Vietnam öffnet sich inmitten einer Wachstumsregion, wohl zutreffender gesagt, unterwirft sich Japans wirtschaftlicher Vorherrschaft in der Region, der Expansion der „Neuen Tiger“ Singapur, Hongkong, Taiwan und Süd-Korea und den aufstrebenden ASEAN-Staaten, für die Vietnams Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und ein Absatzmarkt von 65 Mio. Menschen interessant sind.

Vietnam paßt gut ins Konzept der regionalen Wirtschaftszone „ASEAN Free Trade Area“ (AFTA), die zum 1. Januar 1993 in Kraft tritt, vergleichbar mit dem EG-Binnenmarkt oder dem Zusammenschluß der USA, Kanadas und Mexikos zur „North American Free Trade Area“ (NAFTA). Das Land ist gut für arbeitsintensive Produktionen zu Billigstlöhnen und als „Flohmarkt“ für den Absatz von Massenkonsumgütern geeignet. Die Rolle, die Mittelmeerländer für die EG und Mexiko für die USA spielen, übernimmt Vietnam (und bald auch Kambodscha und Laos) für die ASEAN-Staaten, besonders Singapur, Malaysia und Thailand.

Aber im Augenblick der Beendigung der Ost-West-Spannungen und der Entwicklung einer wirtschaftlichen Kooperation in der Region meldet die chinesische Regierung den alten Führungsanspruch Chinas in Südostasien wieder an, manifestiert durch Gebietsansprüche auf den Spratly Archipel inmitten des Südchinesischen Meeres, und zwar wegen der Ölvorkommen. Der Archipel liegt von der chinesischen Insel Hainan doppelt so weit entfernt wie von Vietnam oder Malaysia, Brunei, den Philippinen und Taiwan, die alle Anspruch auf die Inselgruppe erheben.

Auf der ASEAN-Außenministerkonferenz im Juli 1992 in Manila traten daher die ökonomischen Kooperationsvorhaben zunächst wieder in den Hintergrund, zugunsten der alten Sicherheitsstrategie aus der Ost-West-Konfrontation, jedoch mit neuen Fronten. Der russische Außenminister Andrei Kosyrow bot den ASEAN-Staaten eine militärische Zusammenarbeit an, um im asiatisch-pazifischen Raum kein „Vakuum zu schaffen, das ein anderer füllt“. Moskau möchte die Stützpunkte in Vietnam, besonders den Marinestützpunkt Cam Ranh Bay, behalten. Im Einklang mit den ASEAN-Staaten bevorzugt Vietnam jedoch jetzt eine Präsenz der USA. Daher konnte US-Außenminister James Baker den ASEAN-Staaten trotz des Abzugs von US-Truppen von den Philippinen ein fröhliches „come back“ präsentieren, Seite an Seite mit Rußland, dem Nachfolgestaat des langjährigen Rivalen in der Region: „Unser Abzug von Clark und Subic Bay bedeutet, daß es keine dauernden US-Stützpunkte in Südostasien mehr geben wird. Aber diese Entwicklung hat nicht unser Interesse und unsere Verpflichtung für die Sicherheit der ASEAN verändert.“

Die Umstellung auf Privatwirtschaft und Auslandskapital

Die wirtschaftliche Schwäche der ehemaligen Sowjetunion, aber auch die politische Lockerung durch Perestrojka, im Gegensatz zu Vietnams „Doi Moi“ (Erneuerung) für eine Liberalisierung der Wirtschaft bei politischen Restriktionen, haben zu einer Entfremdung zwischen den Bruderstaaten geführt. Mit der Einstellung der jährlichen Hilfe von 1 Mrd. US-\$ und der Umstellung des Handels auf Weltmarktpreise und Devisenkurs seit dem 1. Januar 1991 ist der Warenaustausch

1991 von über 50 % auf 13 % gesunken. Trotzdem und deswegen stand Vietnam in Moskau 1991 mit 1,9 Mrd. US-\$ für gelieferte Produkte, wie Ölerzeugnisse, Kunstdünger, Stahl und Baumwolle, in der Kreide, aber mit 700 Mio. US-\$ bereits im kapitalistischen Westen. Der Bedarf an Devisen ist unermesslich. Ende 1991 reichten die knappen Devisen von 100 Mio. US-\$ gerade für die Importe für drei Wochen.

Daß die Wirtschaft 1991 nicht ganz zusammengebrochen ist und die Ablösung von der ehemaligen Sowjetunion so glimpflich verlief, ist auf die Umstellung auf privatwirtschaftliche Initiativen und Unternehmen zurückzuführen, die 1991 40 % der industriellen Produktion und fast 70 % des Handels bestritten. Reis, noch vor der Liberalisierung importiert, wurde zum Exportschlager, zu 90 % aus privatem Anbau.

Ohne soziale Abfederung schlug die Einführung des Marktmechanismus jedoch veheerend auf die Bevölkerung durch, vor allem auf Lohnabhängige und Arbeitslose. Subventionen für Dienstleistungen, wie Bildung und Gesundheitswesen, wurden über Nacht gestrichen, sie wurden dem Kräftespiel des Marktes überlassen, so daß kaum noch jemand dafür zahlen kann. Die Inflation stieg 1991 wieder auf 100 %. Die Lebenshaltungskosten werden nur zu 50 % aus regulären Einkommen abgedeckt. Ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung ist ohne Arbeit. Ohne die Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland, 1991 auf 300 Mio. US-\$ geschätzt, würden weite Kreise der Bevölkerung dem Hunger ausgesetzt sein.

Die Investitionen aus dem Ausland haben kaum eine Veränderung bewirkt. Taiwan, Hongkong und Frankreich brachten bis Ende 1991 das meiste Kapital für Investitionen ins Land, gefolgt von Australien und Rußland, insgesamt 1,2 Mrd. US-\$. Bis Ende des ersten Quartals 1992 waren insgesamt 2,8 Mrd. US-\$ für 397 Projekte bewilligt worden. Durch neue Anträge wird bis zum Ende 1992 ein Niveau in Höhe von 8,5 Mrd. US-\$ erwartet, jedoch zu 26 % für Hotels und Tourismus, 25 % für Agrarunternehmen, 24 % für Ölförderung und nur 12 % für industrielle Verarbeitung und Fertigung. Mit der Einführung liberaler Investitionsgesetze, die auch Joint Ventures mit privaten vietnamesischen Firmen gestat-

ten, strömt vor allem Kapital von chinesischen Investoren aus Taiwan und Hongkong ins Land, die in Vietnam eine Alternative zu Hongkong sehen, das 1997 an China zurückfällt. Viele Länder zögern noch aus Rücksicht auf das US-Embargo gegen Vietnam oder aus Angst vor einer Verstaatlichung, wenn die Wirtschaftsschwäche überwunden ist und die Parteiführung den verlängerten Übergang zum Sozialismus für beendet erklären sollte.

Die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung

Produzieren für den Export und Exportieren für harte Währung heißt die neue Devisen, ganz nach dem Konzept des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Integration in die internationale Arbeitsteilung. Seitdem im Mai 1991 alle Quoten für den Export, die Preisstruktur und der Wechselkurs freigegeben wurden, nahm der Export bis Ende 1991 gegenüber 1990 um 38 % auf 1,6 Mrd. US-\$ zu. Die Importe sanken in derselben Zeit aus Devisenmangel um 27 % auf 2,1 Mrd. US-\$. Rohöl machte 1991 ein Drittel des Exportes aus, bei einer um 50 % gesteigerten Förderung auf 3,9 Mio. t, zu vier Fünfteln nach Japan exportiert. Dem folgten 1 Mio. t Reis, für 150 Mio. US-\$, ein Rückgang gegenüber den beiden Vorjahren um ein Drittel der Menge und um 50 % an Devisen durch Preisverfall, wodurch Vietnam nach den USA, Thailand und Pakistan an vierter Stelle der Weltrangliste von Reisexporturen stand. Kohle, Fisch, Holz, Kaffee, Tee, einige Textilwaren und kunstgewerbliche Produkte, die früher in die Sowjetunion und nach Osteuropa geliefert wurden, finden jetzt hauptsächlich durch die Handelsschleuse von Singapur ihren Weg in den Weltmarkt. Die drei Haupthandelspartner Singapur, Japan und Hongkong steigerten im ersten Quartals 1992 ihren Umsatz mit Vietnam um weitere 25 % auf 425 Mio. US-\$ gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr.

Die Rolle, die Vietnam in der Arbeitsteilung der asiatischen Region spielen soll, wird in den Etagen der Konzerne in Singapur, Hongkong und Tokyo bestimmt: das Land hat gutausgebildete und sehr billige Arbeitskräfte, es liegt im Zentrum einer Wachstumsregion, und 65 Mio. Menschen, durch lange Befreiungskriege und rigorosen Sozialismus auf Entbehrung einge-

stellt, aber des Konsumverzichts überdrüssig, bilden einen ungeahnten Markt für den Absatz von Konsumgütern.

Nach den sozialen und ökologischen Auswirkungen des Umbaus der sozialistischen Wirtschaft zur Marktwirtschaft wird nicht gefragt, geschweige denn nach der Rolle der Betroffenen selbst in dem Prozeß.

Lohnkostenintensive Produktion von Bekleidung und Elektronik wird bereits aus den „Schwellenländern“ der Region, auch „Newly Industrialized Countries“ (NIC) genannt, mit steigendem Lohnniveau nach Vietnam verlagert. Die Regierung hat im Mai 1992 dem Druck ausländischer Unternehmer nachgegeben und die Minimallöhne für Facharbeiter von 50 US-\$ auf 35 – 20 US-\$ monatlich gesenkt, je nach Standort des Unternehmens. Sie beklagen Wettbewerbsnachteile, weil ihr Minimallohn über dem von einheimischen Betrieben lag, die in den seltensten Fällen ihre Minimallöhne einhalten und miserabel zahlen. Damit liegen die Löhne in Vietnam um ein Drittel bis zur Hälfte niedriger als in den südchinesischen Provinzen Guangxi und Guangdong.

In Saigon wurde bereits 1989 ein Interessenverband von privaten Unternehmern gegründet. Die Gründung von unabhängigen Gewerkschaften gilt jedoch unverändert als subversiv. Kritiker, auch innerhalb der Partei, fordern, daß die Fixierung auf Besitzstrukturen und Machtmonopole als Gütezeichen von Sozialismus aufgegeben wird und statt dessen demokratische Freiräume für die Bevölkerung eröffnet werden, um ein Gegengewicht zum vordringenden Kapitalismus zu schaffen, wie der greise Parteifunktionär Nguyen Khac Vien vor dem VII. Parteitag im Juni 1991 in einem offenen Brief an die Parteileitung schrieb: „Von dem Augenblick an, da die Marktwirtschaft regiert, wird Profit König und von Menschlichkeit keine Rede mehr sein . . . das Volk muß sich in einer demokratischen Front zusammenschließen, als Gegengewicht und zur Verteidigung von . . . sozialer Gerechtigkeit, um angemessene Bezahlung der Arbeiter zu garantieren, große soziale Ungleichheiten zu vermeiden, Erziehung und Gesundheit zu sichern und die Kultur zu verteidigen.“

Heinz Kotte
Josephienstraße 71 A
4630 Bochum 1

Liebe Freunde,

Maputo, 4. 10. 1992

soeben ist in Rom der Friedensvertrag zwischen Renamo und Frelimo unterzeichnet worden. Lange haben alle in Mosambik auf diesen Moment gewartet. Bis in die letzten Stunden war es unsicher, ob es tatsächlich zu diesem Akt kommen würde. Wir haben in den letzten Tagen Momente großer Spannung durchlebt. Eigentlich war die Vertragsunterzeichnung für den 1. 10. angekündigt. Aber schon in den Tagen davor tauchten ständig neue Fragen auf, die noch verhandelt werden sollten, so daß die Skepsis immer größer wurde. Als dann alle Verhandlungspartner und Vermittler, darunter die Präsidenten von Botswana und Zimbabwe, der kenianische Vizepräsident, die Außenminister von Südafrika und Italien, sowie zahlreiche andere in Rom versammelt waren, wurde die Zeremonie der Vertragsunterzeichnung immer wieder angekündigt und verschoben. Wir haben fast ständig Radio gehört und konnten es fast nicht glauben, daß dann heute mittag tatsächlich die Zeremonie übertragen wurde. Nun soll also Frieden herrschen in Mosambik! Es ist sicher nicht übertrieben, diesen Akt als einen der wichtigsten Augenblicke in der jüngsten mosambikanischen Geschichte zu bezeichnen. Aber trotzdem gibt es große Skepsis hier in Maputo und auch in anderen Städten. Der Krieg hat tiefe Wunden gerissen und das Land nicht nur infrastrukturell und wirtschaftlich zerstört. Das soziale Klima ist verseucht. Es ist schwer, in der gegenwärtigen Situation von Leuten einen selbstlosen Einsatz zu erwarten, um den Wiederaufbau des Landes voranzubringen. Aus anderen Ländern wissen wir auch, welche Probleme die Demobilisierung großer Armeen schafft. Die neue mosambikanische Armee soll aus 30.000 Mann bestehen. Auch hier werden tausende von Soldaten ins zivile Leben zurückkehren müssen, das sie kaum kennengelernt haben. Viele von ihnen haben durch ihre Waffen auch große Privilegien genossen, die sie nicht einfach werden aufgeben wollen. Das betrifft die Renamo ebenso wie die Regierungsarmee. Der Staat, durch die letzten Jahre moralisch und politisch in seiner Autorität schon geschwächt und in der jetzigen Situation vor neuen Machtproben, wird sein Machtmonopol, das er ja nie besessen hat, erst einmal durchsetzen müssen. Deshalb erwarten viele für das Land auch noch keine durchgreifenden Änderungen. Die Versöhnungsbereitschaft ist enorm, manchmal kaum verständlich, aber sie wird großen Belastungsproben ausgesetzt sein, wenn ein neuer Alltag gelebt werden soll. Alle rechnen mit einem Ansteigen der Kriminalität. Der Präsident selbst hat eine „Phase der Instabilität“ angekündigt, was immer das heißen mag. Das Friedensabkommen läßt auch noch viele Fragen offen. Innerhalb eines Jahres sollen freie Wahlen stattfinden, und Präsident Chissano hat die UNO eingeladen, Beobachter zu entsenden und bei der Vorbereitung der Wahlen behilflich zu sein. Die Renamo hat gefordert, die von ihr besetzten Territorien bis zu den Wahlen zu verwalten. Sie beansprucht 80 % des mosambikanischen Staatsgebietes. Die Regierung bestreitet dies. Es kann sicher sein, daß 80 % des Territoriums als unsicher gelten. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß sie unter Kontrolle der Renamo sind. Die Reaktion der UNITA in Angola, jetzt kurz vor den Wahlen, läßt uns ahnen, welche Probleme noch auf Mosambik zukommen werden bei der Umsetzung des Friedensabkommens, das ja außerdem noch erst einmal binnen 30 Tagen von den Beteiligten ratifiziert werden muß. Auf den Straßen ist es in Mosambik heute abend außerordentlich ruhig. Die Mosambikaner haben bisher die Erfahrung gemacht, daß ein Friedensschluß nicht unbedingt gleich Frieden bedeutet. Erst einmal wächst die Unsicherheit. Wir wollen mit einem vorsichtigen Optimismus in die Zukunft sehen, aber sicher ist, daß enorme Probleme zu bewältigen sind. Dabei wird Mosambik noch lange von ausländischer Hilfe abhängig sein, denn die Schäden sind kaum vorstellbar.

Aus einem Brief von Sigrid und Eckehard Fricke (Mosambik)

„Die Lage in Maputo normalisiert sich“

So kann man es auch ausdrücken, denn vor einigen Jahren, als Kriminalität hier noch ein Fremdwort war, hatte Maputo einen Sonderstatus unter den afrikanischen Hauptstädten. Mittlerweile unterscheidet sich die Situation wohl nicht mehr so sehr von der in Lusaka oder Nairobi. Nachrichten über Gewaltverbrechen beherrschen täglich die Schlagzeilen in der Zeitung. Ein Kommentator sprach nicht zu Unrecht vom „Krieg in der Stadt“.

Es gab tatsächlich Spekulationen, die von gezielten Aktionen zur „Destabilisierung der Stadt“ sprachen. Es sah manchmal wirklich aus, als wären es organisierte Aktionen. Die Kriminalität richtet sich nun – wie immer in solchen Situationen – nicht nur gegen die Reichen. Es sind vor allem die kleinen Leute, die darunter zu leiden haben. Sie haben dann begonnen, sich auf ebenso brutale Weise zur Wehr zu setzen. Ertappte Diebe oder bekannte Kriminelle, die auf frischer Tat ertappt worden sind, werden zu Tode geprügelt oder gesteinigt und dann verbrannt. Es gab Szenen, in denen die Polizei der aufgebrachten Menge Verhaftete übergab, die sie sofort lynchte. Die Polizei spielt dabei überhaupt eine dubiose Rolle. Die lächerlich niedrigen Gehälter haben die Korruption blühen lassen, so daß Polizisten ihre Waffen nachts an Gangster vermieten oder Verhaftete nach einigen Stunden wieder laufen lassen. Die haben dann nichts Besseres zu tun, als sich an denen zu rächen, die sie der Polizei ausgeliefert haben. So muß die Bevölkerung sich wirklich hilflos fühlen. Die massive

Reaktion, bei der wohl auch viele Unschuldige ums Leben gekommen sind, denn es verging kaum ein Tag ohne Nachrichten über einen weiteren Fall von Lynchjustiz, hat vorübergehend zu einem Absinken der Kriminalität in den Bairros geführt. Es wurde für viele kleine und größere Ganoven einfach zu gefährlich.

Aber nicht nur die wachsende Kriminalität macht den Menschen in Maputo das Leben schwer. In der letzten Zeit haben auch bewaffnete Überfälle in den Vorstädten Maputos wieder zugenommen. Viele sind getötet, verletzt oder verschleppt worden. Andere bleiben in ihren Häusern, weil sie Angst haben, daß Kriminelle die unsichere Lage ausnützen und in die Häuser einbrechen könnten. So schlafen sie Nacht für Nacht mit klopfendem Herzen, kaum vor zwei Uhr nachts. Es ist noch nicht einmal sehr weit außerhalb, ca. 10 – 15 km von uns entfernt. Das Militär scheint untätig zu bleiben, die Bevölkerung fühlt sich schutzlos. Manche spekulieren sogar, daß es marodierende Soldaten wären,

die unter dem Deckmantel des Krieges ihren mageren Sold aufbessern und keine Zeugen hinterlassen wollen.

In Maputo selbst hingegen scheint man in einer anderen Welt zu leben. Die Kriminalität ist Begleiterscheinung eines zunehmenden Wohlstands, der sich in den Händen weniger konzentriert. Die Entwicklung treibt perverse Blüten: Vor kurzem hat der Laden der Konsumgenossenschaft in Polana bei uns um die Ecke geschlossen, und statt dessen wurde ein neuer Laden eröffnet, der auch in einer der feinen Einkaufsstraßen europäischer Großstädte stehen könnte: Spirituosen nur vom Feinsten, im Schaufenster nichts als Remy Martin und Pommery, zu kaufen in nationaler Währung mit Preisen von über 100 DM pro Flasche, also etwa dem Vierfachen des derzeitigen monatlichen Mindestlohns. Restaurants sind keine Mangelware mehr. Die FNAC, unser Devisensupermarkt, wird voraussichtlich Ende des Jahres schließen. Gleichzeitig machen aber zahlreiche neue Supermärkte auf, die in nationaler Währung ebenfalls fast nur importierte Waren anbieten. Für Leute mit Geld wird das Leben leichter. Die sozialen Spannungen dagegen steigen ständig. Streiks, die es früher überhaupt nicht gegeben hat, sind zwar nicht an der Tagesordnung, aber sie sind auch keine Seltenheit mehr.

Die Situation der Rückkehrer

Kein Wunder auch, daß die „regressados“, die fast 16.000 Rückkehrer aus der ehemaligen DDR, die im Zuge der Vereinigung Deutschlands ihre Arbeitsplätze verloren und in ihre Heimat zurückkehren mußten, ihre Perspektiven in Mosambik vorwiegend pessimistisch einschätzen. Diesen Eindruck erhielten wir sowohl bei den „Zwangsheimkehrern“ des sogenannten Fachkräfteprogramms in Berlin, die wir in Maputo trafen, wie auch bei einigen anderen Rückkehrern, die schon länger wieder in Maputo leben. Die Zwischenheimkehrer absolvieren gegenwärtig einen sechsmonatigen Kurs in Ost-Deutschland, der ihnen bessere Re-Integrationschancen vermitteln soll und sich hauptsächlich auf kleinere Existenz-

gründungsprojekte in Mosambik konzentriert. Sie hatten die Chance bekommen, durch eigene Eindrücke und Kontakte in Maputo ihre Möglichkeiten und die Situation in ihrer Heimat, die sie ja meist über Jahre nicht mehr gesehen hatten, besser einschätzen zu können. Ihre erste Enttäuschung war die, daß in Mosambik bisher keine Programme existieren, die etwa auf den Förderkursen in Ost-Deutschland aufbauen und ihnen bei den zu erwartenden Anfangsproblemen Hilfestellung anbieten. Zwar wird von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zur Zeit ein Existenzförderungsprogramm vorbereitet, das mit staatlichen Partnern zusammenarbeitet, jedoch nicht speziell auf die Bedürfnisse der Rückkehrer ausgerichtet ist. Die hier geplanten Fördermaßnahmen sind zudem so gering, daß sich bei den „Zwischenheimkehrern“ der

Eindruck breit macht, daß sie bei ihrer Rückkehr eigentlich auf keinerlei Unterstützung zählen können. Außerdem sind sie geprägt von einer abgrundtiefen Skepsis gegenüber anderen Stellen, so daß sie ohnehin nicht an Programme glauben, die zusammen mit staatlichen Trägern durchgeführt werden.

Dies, zusammen mit der generellen Erfahrung und auch der Erwartung der „regressados“, daß der Staat für sie zuständig ist, ergibt eine schwierige Ausgangsbasis für solche Existenzförderungsprogramme. Eine Beispiel für diese Mischung aus Mißtrauen und Erwartungshaltung war wohl auch die kurz vor unserer Ankunft erlebte „manifestação dos regressados“, die in der Bevölkerung nicht gerade Sympathien für die Rückkehrer erzeugt haben wird und über die in der Wochenzeitschrift Tempo unter dem Titel „Für den Irrtum der Eltern zahlen die Söhne“ berichtet

wurde. An zwei Tagen hatten etwa 1500 Rückkehrer in Maputo und Beira gewalttätig demonstriert, Schaufenster eingeschlagen, Müllkübel ausgeschüttet und Autos umgestürzt und angezündet. Anlaß war das Gerücht, daß die deutsche der mosambikanischen Regierung 360 Millionen Dollar zur Entschädigung der vorzeitig aus ihrem Vertrag entlassenen Arbeiter in der ehemaligen DDR zur Verfügung gestellt habe. Die Demonstranten wollten wissen, wann dieses Geld ausgezahlt werde. Erklärungen von Staatsbediensteten, daß ein Mißverständnis vorliege und von beiden Regierungen lediglich ein Programm von vier Millionen Dollar zur Förderung von Existenzgründungen vorbereitet werde, wurden als behördlicher Versuch aufgefaßt, Zeit zu gewinnen, um das von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellte Geld „in den Taschen einiger Funktionäre verschwinden zu lassen“.

Aus einem Bericht von Klaus Ebeling (Mitarbeiter in der WFD-Geschäftsstelle und für Projekte im südlichen Afrika zuständig).

Ich komme aus Tansania und halte mich seit Oktober 1988 in Leipzig auf.

Bevor ich hierher kam, arbeitete ich im Nationalen Swahili-Rat von Tansania. Die Aufgabe dieses Rates ist die Standardisierung von Swahili, der Nationalsprache von Tansania.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, braucht der Rat Sprachwissenschaftler. Aus diesem Grund habe ich mich für eine weitere Bildung beworben.

Bis August 1994 werde ich an der Universität Leipzig Afrikanische Sprachwissenschaft studieren und auf diesem Gebiet promovieren. Zu Beginn meines Aufenthaltes erlernte ich am Herder-Institut ein Jahr lang die deutsche Sprache, absolvierte dann ein Zusatzstudium und schreibe jetzt an meiner Doktorarbeit.

Nach 10jähriger Arbeitstätigkeit in Dar es Salaam, der Hauptstadt von Tansania, suchte ich nach einer Weiterbildungsmöglichkeit und bewarb mich auf ein Angebot der damaligen DDR-Regierung, weil es hier – wie in anderen Industrieländern – gute und bekannte Lehrer, Bildungseinrichtungen und Bibliotheken gab.

Im Vergleich mit Tansania empfand ich die DDR als ein entwickeltes Land, mit gefüllten Geschäften, niedrigen

Maputo 25/1/1992 (1)
 Dieter Wör

Ich möchte dass diese Brief recht
 zeitig ankommt.

Ich möchte noch mal schreiben,
 Ich habe sogar oft mal geschrieben
 aber leider bekomme ich keine
 antwort, sicherlich mein Post kommt
 bei euch nicht an. Will ich noch mal
 über die situation in Mosambik
 berichten. Es ändert sich nicht bei
 mir, ich meine Politisch - Democra
 sch. Die Menschen werden immer noch
 auf offener strasse geschlachtet wie
 kamichan, aber darüber sagt keine was.
 Ich weiss es noch nicht was die International
 Roter Kreuz bei uns macht. Die gefängnis
 sind so voll und die leute bekommen
 kaum so essen, das wissen die verantwortlich
 ganz genau aber sagen nicht davon.
 Und nun nun eigene sache

Bitte wenden

Nun wir die in Deutschland
 warum, arbeit suchen. werden wir
 von special Einheiten geschlagen und mit
 Hundes polizeihunde gepörselt, Es wird
 sogar mit scharfe munitionen auf uns
 geschossen dazu gebe ich ein bild als beweis
 Es wird behauptet das wir für umruhe in der
 Stadt verantwortlich sind. Aber im wirtlich
 keit sind sicherheitsorganen.

Darum bitte ich euch noch mal
 helfen sie (muss, ich will
 unbedingt vom hier raus.
 Wenn es nun Politische ausl word
 ich sofort beantragen, aus
 Sicherheitsgrunden kann ich nicht
 hier machen

Ich bitte euch um verständnis

Ich wünsche euch glück gesundheits und
 ein friedliche neues Jahr 1992.

Warte auf eure antwort

Ern Carls

Lebenskosten und freundlichen Menschen. Aus heutiger Sicht war es vor allem auch eine Zeit, in der ich keine Schwierigkeiten hatte, weil ich in diesem Land Ausländer bin, in der ich ohne zu überlegen auf die Straße gehen konnte.

Im Herbst 1989 freute ich mich mit den Menschen hier über die in Gang kommende Demokratisierung und die friedliche Art der Veränderung im Land. Diese Demokratisierung brachte mehr Freiheit mit sich, aber ermutigte auch einige Gruppen, vor allem Jugendliche, ihre Ausländerfeindlichkeit zu zeigen. Ich spüre diese Feindlichkeit, wenn ich als „Sauniger“ beschimpft werde oder wenn ich nur noch davonlaufen kann, um keine Schläge zu bekommen. Meine Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt. Als Fußballfan kann ich mir z. B. kein Spiel im Stadion ansehen, auch mit dem Zug fahre ich nur, wenn es nicht anders geht.

Die Auswirkungen der politischen Veränderungen in Ost-Europa reichen auch nach Afrika. In Tansania wurde die Politik viele Jahre durch die Persönlichkeit des Präsidenten J. K. Nyerere geprägt. Jedoch gilt der von ihm proklamierte tansanische Weg zum Sozialismus, mit dem Ziel der Nutzung der Ressourcen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, als gescheitert. Seit 1985 beschreitet sein Nachfolger A. H. Mwinyi den Weg einer liberalen Wirtschaftspolitik. In Tansania bestand von 1965 bis in dieses Jahr ein Einparteiensystem. In diesem Jahr beschloß die Regierung die Einführung eines Mehrparteiensystems.

Ich denke, dieser Gedanke des Mehrparteiensystems kommt aus Europa – vor allem aus den Ländern, die ihre Wirtschaftshilfe von der Einführung dieses Systems abhängig machen. Es existieren in Tansania

momentan mehr als 30 politische Gruppierungen, die z. Zt. vor allem versuchen, die Zahl ihrer Mitglieder zu vergrößern. Die erste Wahl unter dem Mehrparteiensystem ist für 1995 geplant.

Wenn ich nach 1994 Tansania zurückkehre, werde ich meine Arbeit im Nationalen Swahili-Rat fortsetzen.

Ich hoffe, mein in Leipzig erworbenes Wissen in der Arbeit zur Swahili-Standardisierung nutzen zu können.

Jedoch werde ich nicht ohne Traurigkeit nach Hause zu meiner Familie zurückkehren. Ich werde hier einige Freunde zurücklassen; Studenten, Lehrer und deutsche Familien, die mir in schwierigen Situationen geholfen haben.

Noel Karekezi
Leipzig

**Arbeitskreis gegen
Fremdenfeindlichkeit**
c/o R. A. A. e. V.
Schumannstraße 5
O-1040 Berlin
Telefon 030/282 30 79
Telefax 030/238 43 03



Aufgaben und Ziele des Arbeitskreises

Wer die Würde und die Rechte von bei uns fremden Menschen verteidigt, verteidigt seine eigenen Rechte und seine eigene Würde. Dabei zu helfen, hat sich der Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit zur Aufgabe gemacht. Im Arbeitskreis haben sich Ausländerbeauftragte, Vertreter von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen zusammengefunden. Sie wollen sich mit den spezifischen Phänomenen der Fremdenfeindlichkeit in den fünf neuen Ländern befassen und ihnen entgegentreten.

Wir brauchen dringend ernsthafte Debatten über Themen wie Asylverfahren, Einwanderung, Fluchtursachenbekämpfung und mehr.

Wir wollen uns aktiv einbringen, wenn es um Fragen wie Anbindung und Kompetenzen der Ausländerbeauftragten geht, um Entwicklungschancen für Initiativgruppen in den neuen Bundesländern, um Verstöße gegen Menschenrecht und Menschenwürde oder wenn grundsätzliche Debatten zu Asylverfahren, Einwanderung, Fluchtursachenbekämpfung und mehr zu organisieren sind.

Wir wollen aufklären, indem wir informieren. Wir sind dabei, eine Informationsbörse für alle

Interessierten einzurichten. Die Börse soll mit Literatur und anderem bei der Klärung ausländerrechtlicher und ausländerpolitischer Fragen Unterstützung bieten, Beschreibungen und Dokumentationen von Projekten sammeln und sie weitergeben. Sie wird Kontakte und Adressen vermitteln und Hinweise über Finanzierungsmöglichkeiten geben.

Für die so wichtige Arbeit auf der lokalen Ebene leistet der „Arbeitskreis vor Ort“ Hilfestellung. Er wird, auf Anfragen von Ausländerbeauftragten oder anderen Bürgern einer Stadt oder einer Gemeinde bei der Konzipierung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen helfen. Dabei wollen wir es zum Prinzip machen, die in den Kommunen Verantwortung Tragenden mit einzubeziehen.

Besonders wichtig ist es, uns auf das Zusammenleben mit Flüchtlingen und Einwanderern vorzubereiten. Wir wollen Verständnis für fremde Kulturen wecken, anregen, sich für Geschichte und Gegenwart der Länder zu interessieren, aus denen Ausländer kommen. Dadurch sollen Strukturen entstehen und gefördert werden, die ein Zusammenleben mit anderen ermöglichen.

Wir setzen uns für menschenwürdige Lebensbedingungen derjenigen ein, die, gleichgültig aus welchen Gründen, bei uns Zuflucht, menschliche Wärme, vielleicht auch Ruhe nach langer Flucht und ein wenig mehr Zukunftssicherheit suchen. Der Arbeitskreis ist in der Lage, Projekte zu entwickeln und zu begleiten, die dem auf lokaler Ebene dienen. Denn es geht – wie gesagt – darum: Wer die Würde und die Rechte von hier fremden Menschen verteidigt, verteidigt seine eigene Würde. Was wir für andere tun, tun wir auch für uns.

Arbeitskreis „Jugend gegen Gewalt“

Der Arbeitskreis „Jugend gegen Gewalt“ wurde im Dezember 1990 von der Berliner Ausländerbeauftragten Barbara John ins Leben gerufen. Jugendliche und junge Erwachsene unterschiedlicher Nationalität (Ost und West) haben sich zu einem Forum gegen Gewalt zusammengeschlossen, um Gleichaltrigen eine konstruktive Alternative zu Gewalt und Vorurteilen anzubieten.

Sie verstehen sich als ein Instrument zur Aufklärung, Information und Weitergabe von Denkanstößen. Durch kreatives Engagement in ihrer Freizeit wollen sie mit Kampagnen, Gesprächen und Aktionen für Toleranz und gegen Gewalt eigenverantwortlich Zeichen setzen. Sie wollen nicht „wegschauen“ oder alles den Erwachsenen überlassen. Es gilt, neue Perspektiven zu schaffen, um Gleichgültigkeit, Angst und Isolation entgegenzuwirken.

Koordination:
Büro der Ausländerbeauftragten
Frau Roncoroni
Potsdamer Str. 65, 1000 Berlin 30
Telefon: 030/26 04-23 71

WOHNHILFE TAUNUS e.V.

Die OEKUMENISCHE WOHNHILFE TAUNUS e.V. ist ein Zusammenschluß haupt- und ehrenamtlicher kirchlicher Mitarbeiter/innen zur Linderung der Wohnungsnot in den Kreisen Main-Taunus und Hochtaunus.

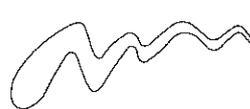
Aus christlichem Antrieb beschaffen, bauen und vermitteln wir Wohnungen für sozial Schwächergestellte und Flüchtlinge.

Christen und alle Menschen guten Willens rufen wir auf zur Unterstützung und Mitarbeit.

Finanziell getragen wird unsere Wohnhilfe aus kirchlichen und öffentlichen Mitteln. In unserem Büro arbeiten ein Wohnungsvermittler und ein Sozialarbeiter. Wir garantieren pünktliche Mietzahlungen sowie ein normales Mietverhältnis.

OEKUMENISCHE WOHNHILFE TAUNUS e.V. - Vorstand -
6236 Eschborn/Ts. 1, Hauptstraße 52 - 56
Katholisches Bezirksamt Main-Taunus
6233 Kelkheim, Am Kirchplatz 6, Telefon 061 95/30 97-99

buntstift e.V.



Föderation
der grün-nahen
Landesstiftungen
& Bildungswerke

Groner-Tor-Straße 31 - 32

3400 Göttingen

Telefon: 05 51/460-70/10/64

Telefax: 05 51/428 58

Der BUNTSTIFT e.V. ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die in ihren Zielen und Grundüberzeugungen den sozialen Bewegungen und den Grünen nahesteht. Der BUNTSTIFT e.V. ist ein Zusammenschluß von Bildungswerken und Landesstiftungen und ist von den GRÜNEN als partei-nahe Stiftung anerkannt. Neben der FrauenAnstiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung ist der BUNTSTIFT e.V. ein Teil des Stiftungsverbandes Regenbogen e.V.

Initiative

ANTIRASSISTISCHE POLITIK

Wieland Händel · Postfach 443 · 9010 Chemnitz

Seit Februar gibt es die o. g. Initiative in Chemnitz. Wir sind noch sehr wenig Leute und stehen mit unserer Arbeit am Anfang.

Als Ziel unserer Arbeit steht, die rechtliche und soziale Gleichstellung von Ausländern durchzusetzen. Dazu ist es erforderlich, daß wir uns mit den konkreten Lebensbedingungen dieser Menschen auseinandersetzen und uns über die davon abzuleitenden Forderungen einigen. Mit diesen Forderungen gehen wir in die Öffentlichkeit, um eine möglichst breite Unterstützung für unsere Forderungen zu bekommen.

Eine der ersten Aktionen soll die Durchsetzung des Ausländerwahlrechts sein.

„grenzenlos“ e.V. – Was ist das?

Wir kommen aus verschiedenen sozialen Gruppen und haben unterschiedliche konfessionelle oder politische Bindungen. Zu unseren Mitgliedern zählen sowohl „AusländerInnen“ wie InländerInnen.

Unsere Aktivitäten sind z. B. die Veranstaltungen der Ausländerwoche in Greifswald, bei denen wir eng mit dem Büro der Ausländerbeauftragten und anderen Institutionen, Initiativen und Organisationen unserer Stadt zusammenarbeiten.

Wir verurteilen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegen unsere ausländischen MitbürgerInnen. Umso mehr suchen wir nach besseren Wegen für ihre gesellschaftliche und politische Integration.

Treffpunkt:

An jedem ersten Montag im Monat um 18.00 Uhr
im Sozio-kulturellen Zentrum
„St. Spiritus“, Lange Straße 49

Kontaktadresse:

grenzenlos e.V.
c/o Christa Göbel
Lange Straße 33
O-2200 Greifswald
Telefon: 89 72 33

Der Freundeskreis Chotanagpur e. V. . . .

ist eine entwicklungspolitische Aktionsgruppe für Dritte-Welt-Handel mit Indien. Er importiert Waren aus ausgesuchten Entwicklungsprojekten und gibt sie an Dritte-Welt-Läden und Aktionsgruppen für eigene Verkaufsaktionen weiter.

Dabei ist uns wichtig:

- Direkter Kontakt zu allen Projektpartnern
- Faire Löhne und Preise für die Partner
- Nur einfach herstellbare Handwerksprodukte
- Produkte ohne große ökologische Belastung
- Keine Waren ohne Informationen

Anschrift des Lagers in Berlin: c/o Dieter Hecker (Gossner Mission)

Fennstraße 31, O-1190 Berlin, Tel./Fax: 030/635 11 98

Öffnungszeiten: Dienstag und Freitag, 15.00 bis 18.00 Uhr

Zur Deutsch-Vietnamesischen Gesellschaft e. V.

Die Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft e.V. (DVG) wurde Anfang 1991 in Düsseldorf gegründet und als gemeinnützig anerkannter Verein amtsgerichtlich eingetragen. Die DVG ist bemüht, die neuen, vielfältigen Möglichkeiten zum Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und Vietnam optimal zu nutzen und dabei den Blick in die Zukunft zu lenken. Sie ist Ausdruck der jüngsten Entwicklungen in beiden Ländern und neuer Ansatz. Besondere Beachtung sollen die wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte finden. Die DVG begreift sich nicht als Ersatz oder Konkurrenz für bislang schon auf diesem Gebiet tätige Organisationen, besonders nicht für solche, die sich bereits über Jahre oft als einzige humanitär in Vietnam engagiert haben. Sie steht allen offen, die aus unterschiedlichen Gründen aktiv zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Vietnam beitragen wollen.

Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft e. V.

Postfach 14 02 41, 4000 Düsseldorf 1, Telefon 02 11/491 14 43

Bischofswort an die Innenministerkonferenz

Die Bischöfe der Evangelischen Kirchen in den östlichen Bundesländern haben die Innenministerkonferenz gebeten, sich für politische und rechtliche Entscheidungen einzusetzen, die den noch in der Bundesrepublik lebenden Vertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern der DDR einen dauerhaften Verbleib sichern. Einige östliche Bundesländer hätten bereits entsprechende parlamentarische Initiativen ergriffen, heißt es in einem Brief an den Vorsitzenden, den saarländischen Innenminister Friedel Läßle. Damit diese Initiativen Erfolg haben können, müßten sie auch von den westlichen Bundesländern unterstützt werden. „Wir bitten insbesondere auch diese Länder, die zwar direkt nicht von der Problematik betroffen sind, jedoch in der gemeinsamen Verantwortung für die Bewältigung der DDR-Vergangenheit stehen, sich für einen dauerhaften Aufenthaltsstatus der Vertragsarbeitnehmer/innen einzusetzen“, schreiben die Bischöfe.

Zur Begründung führen sie an, daß die Heimatländer der Betroffenen zu den ärmsten der Welt gehören. Die Integration großer Zahlen von Rückkehrern nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus anderen Staaten, erscheine dort kaum lösbar. Infolgedessen bleibe den Rückkehrern in aller Regel der Arbeitsmarkt verschlossen, die finanzielle Unterstützung häufig eines ganzen Familienverbandes falle aus, und politische Verfolgung drohe, wenn Rückkehrer über ihre Erfahrungen von Demokratisierung und gesellschaftlichem Umbruch berichten.

Im Einigungsvertrag sei das DDR-Ausländerrecht praktisch fortgeführt worden, heißt es in dem Brief weiter. Nach bundesdeutschem Recht hätten ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die schon längere Zeit in Deutschland leben, einen günstigeren Aufenthaltsstatus erhalten können. Hinzu komme, daß die Betroffenen in der DDR teilweise rechtsstaatswidrig behandelt wurden. So seien Schwangere zeitweise vor die Alternative „Abtreibung oder Rückkehr“ gestellt worden, erinnern die Kirchenvertreter. „Deshalb treten wir dafür ein, daß in Anerkennung des erlittenen Unrechts und der ausweglosen Situation bei einer Rückkehr für die noch hier lebenden Vertragsarbeitnehmer/innen eine abschließende Regelung getroffen wird, die ihnen einen dauerhaften Verbleib in Deutschland ermöglicht. Unser Dank gilt den Politikern und Regierungen, die sich bereits für solche Regelungen eingesetzt haben“, schreiben die Bischöfe.

Der Brief ist unterzeichnet von den Bischöfen Dr. Martin Kruse (Berlin), Dr. Joachim Rogge (Görlitz), Christoph Stier (Schwerin), Eduard Berger (Greifswald), Dr. Christoph Demke (Magedeburg), Dr. Johannes Hempel (Dresden), Roland Hoffmann (Eisenach), Kirchenpräsident Dr. Eberhard Natho (Dessau) und Universitätsdirektor Christian Müller (Herrnhut) von der Evangelischen Brüder-Unität.

Berlin, August 1992

Hinweis für Kinder, Eltern und Mitarbeiter in der Kinderarbeit

Berichte und wissenschaftliche Untersuchungen machen deutlich, wie dringend notwendig es ist, mit Kindern über das Zusammenleben mit Ausländern ins Gespräch zu kommen. Die Bereitschaft, Gewalt auch gegenüber anderen anzuwenden, ist in erschreckender Weise auch bei Kindern gestiegen. Immer wieder erleben wir, daß selbst acht- und neunjährige Kinder auf der Straße Ausländern hinterherrufen oder andere Kinder, die anders aussehen, beschimpfen oder schlagen.

Die Sendereihe mit Kindern aus aller Welt im Familienprogramm unter dem Titel „KARFUNKEL“ möchte Kindern, Eltern und Lehrern Anregungen geben, solche Themen miteinander zu besprechen.

Ich selbst bin von den ersten Filmen dieser Sendereihe, die nun noch einmal wiederholt werden, begeistert. Sie haben mir sehr geholfen, mit Kindern über das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen ein Gespräch zu beginnen.

Die Autoren und ich sind an Ihren Erfahrungen und Gesprächen sehr interessiert und bitten Sie daher, uns Ihre Erfahrungen bzw. Stellungnahmen zu diesen Filmen zuzusenden.

Der verantwortlichen Redakteurin – mit der ich in Kontakt stehe – werde ich dann die entsprechenden Informationen weitergeben.

Ihre Berichte und Stellungnahmen senden Sie bitte an:

Dieter Braun
Ausländerbeauftragter
der Evang.-Luth. Mission
zu Leipzig
Paul-List-Straße 19
O-7010 Leipzig

Hier noch ein Wort zur Serie aus dem ZDF-Press-Special und den Sendeplan für die Filme:

Das Programm

Karfunkel ist eine Sendereihe, die von der Freundschaft zwischen Kindern erzählt, die aus unterschiedlichen

Kulturen kommen. Erstmals war „Karfunkel“ von Dezember 1991 bis Februar 1992 im Programm. Die Reihe wird jetzt mit neuen Schwerpunkten fortgesetzt.

Das Thema

Krieg, Not, politische Unruhen und die Suche nach Arbeit haben immer wieder Menschen auf den Weg in die Welt geschickt. Die an Hunger Leidenden suchen Länder, die reich sind. Kriegsflüchtlinge suchen Länder, in denen Frieden ist. Menschen ohne Arbeit suchen Länder, in denen Arbeit zu finden ist. Politisch Verfolgte suchen Länder, in denen ihr Denken toleriert wird.

Mit ihnen kommen Kinder. Ohne gefragt zu werden, sind sie aus ihrer Heimat, Sprache, dem Freundeskreis und den Familien herausgerissen worden. Für Kinder ist der Neuanfang besonders schwer, da sie gerade erst dabei sind, sich in ihrer vertrauten Umwelt zu orientieren. Zugleich aber bringen sie andere Qualitäten als Erwachsene mit: mehr Flexibilität, Offenheit, Neugierde und Lernbereitschaft. „Karfunkel“ erzählt vom Aufeinandertreffen dieser Migrantenkinder mit Kindern

aus Deutschland. Hiesigen Kindern zeigen die Filme die Bereicherung durch das Fremde, die Chance zu ungewöhnlichen Begegnungen und Freundschaften. Den Kindern aus anderen Kulturen wollen die Filme Mut machen und Strategien vermitteln, wie sie ihre mitgebrachten kulturellen Qualitäten zur Entdeckung der neuen Umgebung nutzen können. Der fast ausschließlich an Konflikten und Problemen orientierten Behandlung dieses Themas setzt „Karfunkel“ eine Sichtweise der Freundschaft, Poesie und Bereicherung entgegen.

Arbeitsweise

Die „Karfunkel“-Geschichten werden von AutorInnen und RegisseurInnen erzählt, die selbst – dem Thema der Reihe entsprechend – als „Ausländer“ in Deutschland leben und arbeiten. So wird nicht über Menschen aus anderen Ländern berichtet, sondern Betroffene berichten von sich und ihren Sichtweisen. Nichtdeutsche Kinder können sich so in ihren Gefühlen verstanden sehen. Die deutschen Kinder haben die Chance, sich einzufühlen, wie es einem „Fremden“ ergeht. Die Filme sprechen die internationale Sprache der Gefühle. Der selbstverständliche Gebrauch unterschiedlicher kultureller Praktiken und Sprachen stellt einen besonderen Anteil an Authentizität dar.

Dieses besondere Arbeitsprinzip löste in der ersten Ausstrahlungsstaffel eine überraschende Wirkung aus und wird fortgesetzt.

Die Form

„Karfunkel“ ist eine Sendereihe. Im Unterschied zu einer Serie heißt das: Jeder der 30minütigen Spielfilme hat eine eigene Geschichte mit eigener Hauptperson. Verbunden wird die Sendereihe durch die Vielfalt der unterschiedlichsten interkulturellen Begegnungen und durch die Serienfiguren.

Die Serienfiguren

Mario ist Mexikaner. Er verkörpert den „Fremden“, der mit offenen Augen und Gefühlen durch die ihm unbekannte Gesellschaft geht. Er wundert sich über vieles, vielem begegnet er aber auch mit der Flexibilität eines Menschen, der zwischen den Kulturen lebt und Fertigkeiten aus seinem Hei-

matland mit Witz in der fremden Gesellschaft einzusetzen weiß.

Der Rentner Schimmelpfennig mit seinem ungezogenen Hund Klopstock repräsentiert den ängstlichen Menschen, der sich vor dem Fremden zurückzieht. Doch da ihn sein anarchischer Hund immer wieder in ungewollte Begegnungen zwingt, kommt er mit dem, was er lieber meidet, in Kontakt. Dadurch gerät sein Weltbild immer wieder ins Schwanken.

Reaktionen

Die erste Ausstrahlungsreihe von Dezember 1991 bis Februar 1992 stieß auf ein lebhaftes, positives Echo. Kinder fühlten sich durch die erlebnisreichen Geschichten mit ihren ungewöhnlichen Begegnungen angesprochen. Bei den Erwachsenen fand der versöhnliche Ansatz große Zustimmung. Es gab eine lebhaftige Nachfrage zur weiteren Verwendung der Filme. (ZDF)

Karfunkel sonntags 14.15 Uhr

Wiederholungen mittwochs 16.30 Uhr, ab 1993 mittwochs 15.30 Uhr

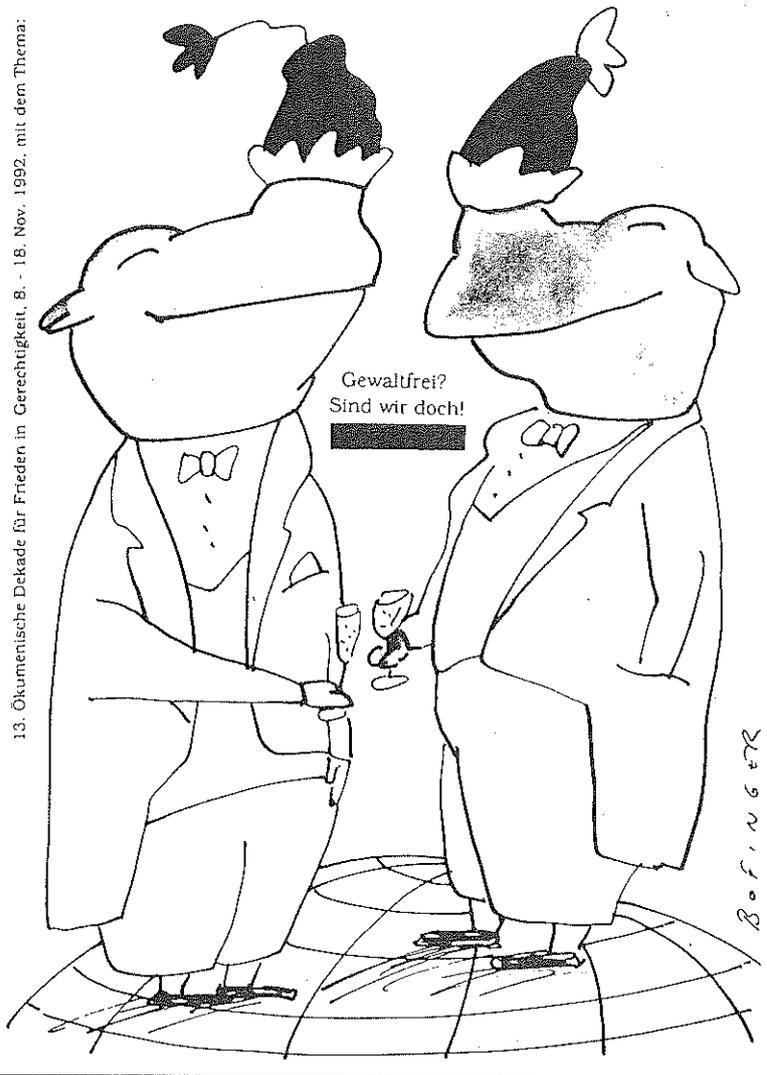
Zweimal Alexander	Sonntag,	29. November	1992
	Mittwoch,	2. Dezember	1992
Clara hat zwei Länder	Sonntag,	6. Dezember	1992
	Mittwoch,	9. Dezember	1992
Ich bin ein Kanake*	Sonntag,	13. Dezember	1992
	Mittwoch,	16. Dezember	1992
Heimliche Weihnacht	Sonntag,	20. Dezember	1992
	Mittwoch,	23. Dezember	1992
Neujahrsfeuer	Sonntag,	27. Dezember	1992
	Mittwoch,	30. Dezember	1992
Mulo – eine Zigeunergeschichte	Sonntag,	3. Januar	1993
	Mittwoch,	6. Januar	1993
Sindbad und der fliegende Teppich*	Sonntag,	10. Januar	1993
	Mittwoch,	13. Januar	1993
Isabellas neue Welt	Sonntag,	17. Januar	1993
	Mittwoch,	20. Januar	1993
Der Vogel mit dem gebrochenen Flügel*	Sonntag,	keine Sendung	
	Mittwoch,	27. Januar	1993
Der Chinese von Schöneberg	Sonntag,	31. Januar	1993
	Mittwoch,	3. Februar	1993
Der bewachte Aufpasser*	Sonntag,	7. Februar	1993
	Mittwoch,	10. Februar	1993
Adriana und Ion	Sonntag,	14. Februar	1993
	Mittwoch,	24. Februar	1993
Einmal Palermo – Berlin und zurück*	Sonntag,	28. Februar	1993
	Mittwoch,	3. März	1993
Wut im Bauch	Sonntag,	7. März	1993
	Mittwoch,	10. März	1993
Virnas Flucht*	Sonntag,	14. März	1993
	Mittwoch,	17. März	1993
Mein Freund, der Wasserbüffel	Sonntag,	21. März	1993
	Mittwoch,	24. März	1993
Wie klaut man einen Elefanten*	Sonntag,	28. März	1993
	Mittwoch,	31. März	1993



*Wiederholungen aus der Erstausstrahlung

"Eine Kultur der Gewaltfreiheit entwickeln: die Alternative für Europa!"

13. Ökumenische Dekade für Frieden in Gerechtigkeit, B. - 18. Nov. 1992, mit dem Thema:



Diese Postkarte und anderes Material ist zu bestellen bei:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste

Medienvertrieb, Hauptstraße 3, W-3308 Beienrode
Postgiroamt Berlin (BLZ 100 100 00), Konto-Nummer 428 282-109

Ehen zwischen Deutschen und AusländerInnen ... und was Sie darüber wissen sollten

IAF Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1a
W-6000 Frankfurt/Main 90
Telefon 069/707 50 87

zu beziehen vom
IAF - Verband bi-nationaler Familien
und Partnerschaften
Interessengemeinschaft der mit
Ausländern verheirateten Frauen e. V.

Flüchtlinge aus Bosnien in Berlin

zu beziehen bei

MITEINANDER LEBEN IN BERLIN

Senatsverwaltung für Soziales
Die Ausländerbeauftragte
Potsdamer Straße 65
1000 Berlin 30
Telefon: 030/26 04 - 23 51

Leitfaden für Flüchtlings-BeraterInnen

Herausgeber:
Mag. Georg Bürstmayr
A-1070 Wien, Seidengasse 28

Die Broschüre soll ein Leitfaden für alle darstellen, die an verschiedenen Stellen Flüchtlinge rechtlich und praktisch unterstützen wollen. Sie bezieht sich auf Recht und Praxis in Österreich.

Siegfried Jäger

Brandsätze Rassismus im Alltag

(DISS-Studien)
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Realschulstraße 51
4100 Duisburg 1
Telefon 02 03/202 49

Interkultureller Kalender 1993

Religiöse Feste von Juden, Christen, Muslimen, Buddhisten, Hinduisten

(Dokumentation)
Herausgegeben von der
Evangelischen Akademie Berlin
Goethestraße 26 - 30
W-1000 Berlin 12
Telefon: 030/31 91-211/264

In der DIN A4-Broschüre mit ca. 60 Seiten werden 30 Feste beschrieben. Dazu gehört ein Kalenderblatt DIN A3, auf dem die verschiedenen Feste farbig hervorgehoben sind.

Interkulturelle Beiträge 4

„Weit bin ich gegangen. Weit. Sinti und Roma“

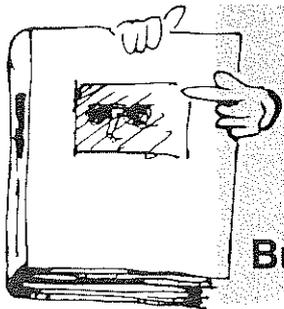
Herausgeber:
Regionale Arbeitsstellen
für Ausländerfragen e. V. (RAA)
Brandenburg und Berlin

Günther Gugel/Horst Furtner

„Gewaltfreie Aktion“

(Materialien 7)
Herausgeber:
Verein für Friedenspädagogik
Tübingen e. V.
Bachgasse 22
W-7400 Tübingen
Telefon: 070 71/213 12

Dem Leser soll die Fülle der gewaltfreien Aktion vorgestellt werden.



Buchtips

IDEEN-Redaktion (Herausgeber) Einwanderungs- land BRD

Die Bundesrepublik Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland. Auch wenn manche das nicht wahrhaben wollen.

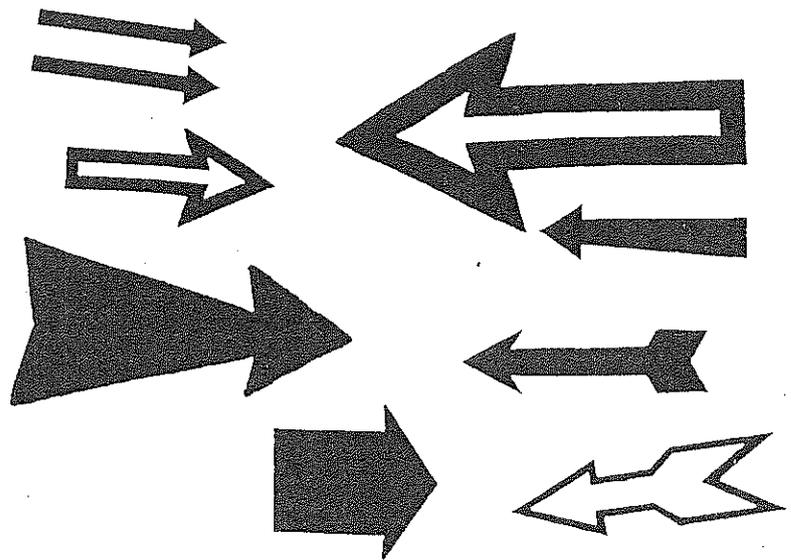
Die drängenden Fragen sind: Wie muß eine aktive Politik für ZuwanderInnen aussehen? Welche gesetzlichen Regelungen sind notwendig? Wie muß unsere Gesellschaft verändert werden? Notwendig sind Alternativen und konkrete Modelle für ein interkulturelles Zusammenleben.

Hier werden die Debatten um ein humanes Asylrecht, ein Einwanderungsgesetz, ein Flüchtlingsgesetz und ein Antidiskriminierungsgesetz dargestellt.

Dazu Überlegungen und Modelle für interkulturelles Zusammenleben in Kindergärten, Schulen, Stadtteilen und Betrieben.

Lamuv-Taschenbuch 125
Originalausgabe
ca. 100 Seiten
9,80 DM
ISBN 3-88977-311-7

Einwanderungs- land BRD



IDEEN
Lamuv

Simon Wiesenthal Segel der Hoffnung Ullstein 1991

Zeitalter der Entdeckungen, wie großartig klingt das für den größten Raubzug der Weltgeschichte! Entdeckt war Amerika schon lange, Wikinger, der keltische Seefahrer Bran, Phönizier vor der Zeitenwende, waren hingefahren und vielleicht bestand schon in der Bronzezeit eine Linie über den Atlantik. Japaner steuerten Südamerika an. Die Spanier und Portugiesen aber zerstörten alles, bevor sie es entdecken konnten.

Die Plünderung Amerikas, die Ausrottung seiner Völker, Kolumbus anzulasten, weist Wiesenthal zurück. Ihn bewegt die Frage, warum der jahrelang um eine scheinbar fixe Idee kämpfte, und er verblüfft mit einer Hypothese, so unglaublich wie naheliegend.

Kolumbus war ein zwangsgetaufter Jude und wollte die Passage nach Indien entdecken, um für seine verfolgten Glaubensbrüder eine neue Heimat zu finden. Er kannte die Schriften, die von den verlorenen zehn Stämmen Israel in Indien sprachen. Was lag näher, als dort mit ihnen Verbindung aufzunehmen?

Kolumbus fuhr am gleichen Tag ab, als das Austreibungsedikt Ferdinands und Isabellas in Kraft trat. Das Tagebuch seiner ersten Reise schickte er nicht an die Könige, sondern an seinen Förderer Santangel, und an Bord hatte er einen Dolmetscher für Hebräisch.

Kolumbus' Fahrten zu schildern überläßt Wiesenthal anderen. Erschütternd zeichnet er die verjagten Juden Spaniens, wie sie, während jeder sich an ihnen bereichert, außer Landes fliehen. Wo immer sie auch hinkamen, trugen die Sepharden bekanntlich zum Auf-

schwung des Gastlandes bei, vor allem in den Niederlanden und im Osmanischen Reich. Spaniens Kultur dagegen verarmte, nachdem es Mauren und Juden verjagt hatte; seine Wirtschaft veraltete, wenn auch kurze Zeit von den Silberflotten aus der Neuen Welt gestützt.

Nicht mit neuen Erkenntnissen wartet Wiesenthal auf. Allzu wenig weiß man über Kolumbus. Wiesenthal legt dem Leser das Wenige hin, stellt den Flüchtling vor und sieht in ihm, wie er etwa, seinen Sohn an der Hand, an eine Klosterpforte klopft, einen Bruder in der Verfolgung.

In seinen Privatbriefen benutzt Kolumbus eine Art jüdische Zinke, um seinen Sohn schon an die gemeinsame Herkunft zu gemahnen; nach außen gab er sich als besonders guter Christ: Das ist der Marrane, der Zwangsbekehrte, immer auf der Hut und nie seine Stellung vergessend, in Furcht, eine unbedachtes Wort könne seinen Makel verraten. Das alles schildert Wiesenthal so wie er immer schreibt, aufgeräumt, nie abgeklärt, und der Strom von Bitterkeit fließt darunter hin. Es ist wohl auch für ihn viel fromme Legende dabei, aber die frommen Legenden der Opfer sind ihm lieber als die grausigen Lügen der Täter.

Dramatische Ballung der Ereignisse, Mai bis August 1492. Wer wird das richtig verfilmen, wer die Szene spielen, als der Großinquisitor Torquemada, auf Abra-

naelas letzten Versuch, die Juden vom König loszukaufen, das Kreuzifix auf den Tisch wirft mit den Worten: „Judas Ischariot hat Christus für dreißig Silberlinge verraten, ihr wollt es für dreißigtausend tun. Hier, verkauft auch das Kreuzifix!“ Die katholische Kirche sah eben schon immer ihre vornehmste Aufgabe darin, das auserwählte Volk des Alten Testaments auszurotten.

Was hätte Yasa wohl dazu gesagt, den sie in Palästina Reb Yeshuah nannten? Auch ein Flüchtling, Überlebender vielleicht, einer der 36 Gerechten, auf denen nach jüdischem Glauben die Welt ruht. Wenn er wirklich nach Kashmir gekommen ist, wo die verlorenen zehn Stämme lebten, und friedlich dort sterben durfte, dann waren seine Martern am Kreuz nicht umsonst. Er erfuhr ja nicht mehr, daß Shaul von Tarsis, der erste aller Torquemadas, aus ihnen die katholische Kirche preßte. Da schließt sich der Kreis, wenn auch Kolumbus weder Indien noch die verlorenen zehn Stämme fand.

Und ein zweiter Kreis öffnet sich. Nach der zweiten Zerstörung des Tempels haben vielleicht jüdische Flüchtlinge über den Atlantik ein friedliches Zion erreicht. In einigen Indianervölkern jedenfalls lebt manches Jüdische fort. Von ihnen können wir heute lernen, und nicht die, sondern der Erde untertan zu machen.

HEL

Bisher bekannte Anschriften von Rechtsberatern in der Aussiedler- und Flüchtlingshilfe im Bereich des Bistums Dresden-Meißen

RA Yvonne Schröder

Zwickauer Straße 118, O-8027 Dresden
Telefon: 47 81 25

RA Dipl.-Jurist Juri Iwanow

Permoserstraße 18, O-8019 Dresden
Telefon: 43 75 91

RA Volker Teitge

Fiedlerstraße 46, O-8019 Dresden
Telefon: 307 90

RA Stefan Kehrer

Hüblerstraße 2, O-8053 Dresden
Telefon: 305 13

RA Klaus Schurig

Stallbaumstraße 5, O-7022 Leipzig
Telefon: 27 17 38

Dipl.-Jurist Minhel Sharifa

W.-Lohmann-Str. 26, O-4500 Dessau

Dr. jur. Thomas Lindorf

Henriettenstraße 11, O-9006 Chemnitz
Telefon: 320 10/725 25 95
Telefax: 31 55 51

RA Ralf Kühne

Lorenzstraße 7, O-7240 Grimma
Telefon: 20 10/41 18
Telefax: (Leipzig) 32 35 68

RA Martin Sträßler

Brückenstraße 12, O-9001 Chemnitz
Telefon: 655 21 15

RA Göran Tranberg

c/o Büro des Ausländer-Beauftragten der Stadt Dresden
Dr.-Külz-Ring 19, O-8010 Dresden
Telefon: 488 23 76

RA Ulrich Schreinert

Henriettenstraße 11, O-9006 Chemnitz
Telefon: 320 10, Telefax: 315 51

DSUF

Deutsche Stiftung für
UNO-Flüchtlingshilfe e.V.
Wielandstraße 4
(Deutsche Ausgleichsbank)
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 83 14 83

UNHCR

Der Hohe Flüchtlingskommissar
der Vereinten Nationen
Rheinallee 6
5300 Bonn 2 (Bad Godesberg)
Telefon: (02 28) 957 09-0
Telefax: (02 28) 36 22 96

Wichtige Adressen

Rechtsanwälte in Thüringen

RA Peter Kollmann

Bergstr. 21, O-5820 Bad Langensalza
Telefon: 69 13

RA Dr. Norbert Fuß

Lutherstraße 19, O-6900 Jena
Telefon: 233 19

RA Michael Hiemann

Hauptstraße 13
O-5211 Rudisleben/Arnstadt
Telefon: 006 18/758 32

RA Eva Gattner

Zinkengasse 4, O-5700 Mühlhausen

RA Peter P. Sumpf

Straße des Friedens 26, O-5020 Erfurt
Telefon: 61/642 23 98

RA Norbert Stark

Fischersand 44, O-5020 Erfurt
Telefon: 64 22 37 77
Telefax: 241 86

RA Gottfried Schumann

Julius-Sturm-Platz 8
O-6514 Bad Köstritz
Telefon: 256

RA Renate Skaper

Trommsdorffstraße 12
O-5020 Erfurt
Telefon: 642 15 57

RA Gerhard Pschinsky

Trommsdorffstraße 12
O-5020 Erfurt
Telefon: 642 15 57

RA Joachim Bäßler

Nettelbeckufer 5
O-5066 Erfurt
Telefon: 66 74 78

RA Monika Koschutzki

Böttchergasse 11, O-6500 Gera
Funktelefon: 01 61/322 99 95



AUSLÄNDER und FREUNDE der AUSLÄNDER Weltweit

Korrespondenz an:
BFB/FFF International e. V.,
(Gemeinnütziger Verein e. V.)
Postfach 47 02 27 · Buchfinkweg 24
1000 Berlin 47 · Telefon: 030/602 34 10



Einladung für 1993: Freundschaftliche Multikulturelle Festivals der Ausländischen Nationalitäten und ihrer Freunde in Deutschland, vom 28. Aug. bis 5. Sept. 1993.

Veranstaltungsort: Eisstadion Neukölln, Oderstraße 5 A, 1000 Berlin 44.

Alle ausländischen Gemeinschaften, Organisationen, die sich für Frieden und friedliches Zusammenleben einsetzen; Religions-Gemeinschaften und Freunde der Ausländer in ganz Deutschland sind nach Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, eingeladen, um an diesen Festivals teilzunehmen.

Der Gewinn dieser Festivals wird zur Finanzierung des **BERLIN-PLAN FÜR AFRIKA** verwendet. Damit tragen wir zur Verwirklichung des **Nord-Süd-Dialogs** bei, der Theorie **Willy Brandts**.

WEISSER RING

**Ehrenamtliche Mitarbeiter des WEISSEN RINGS
helfen schnell und unbürokratisch**

**Informationen zur Zielsetzung,
Aufgabenstellung und praktischen Arbeit
des gemeinnützigen Vereins**

Bundesgeschäftsstelle: Weberstraße 16 · 6500 Mainz 1 · Telefon 0 61 31/8 30 30

„Weißer Ring“ hilft Opfern von Gewalttaten

Der „Weiße Ring“, ein gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoffern, kümmert sich finanziell, materiell und sozial um Opfer von Gewalt (auch Ausländer). An den „Weißen Ring“ können sich folgende Personen wenden:

- Opfer
- Angehörige des Opfers oder
- eine Person des Vertrauens.

Mitarbeiter der Flüchtlingsberatung des Diakonischen Werkes des Evangelischen Kirchenkreises in Fürstenwalde schrieben uns dazu: „... Es wurden drei Inder in der S-Bahn überfallen und ausgeraubt. Die Männer hatten gerade zu diesem Zeitpunkt ihr gesamtes Ersparnis mit, um es in Berlin nach Indien zu ihren Verwandten zu schicken... Wir setzten uns sofort mit dem ‚Weißen Ring‘ in Berlin in Verbindung. Die Geschädigten bekamen ohne große Bürokratie eine finanzielle Soforthilfe.

Zur Zeit laufen noch weitere fünf Anträge auf Opferhilfe, auch ohne größere Hürden... Für die Betroffenen war es auch ein gutes Gefühl, nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch moralische Unterstützung zu bekommen. Wir können andere nur ermutigen, sich mit dem ‚Weißen Ring‘ in solchen Fällen in Verbindung zu setzen.“

Das Regionalbüro in Berlin befindet sich am Augustaplatz 7, Haus 14, in W-1000 Berlin 45 (Tel. 833 70 60 und 833 29 34); Sprechzeit ist von Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr. Weitere Kontaktadressen in den neuen Bundesländern sind: für Sachsen-Anhalt Irene Ay, Mannsfelder Straße 58 in O-4010 Halle, Tel. und Fax. 373 71, in Mecklenburg-Vorpommern Büro in der Schwedenstraße, 11 in O-2000 Neubrandenburg, Tel. und Fax 66 62 37, In

Sachsen Frau Heering in der Bernsdorfer Straße 88 in O-9022 Chemnitz, Tel. und Fax 547 20.

Weitere Kontaktadressen sind zu erfragen in der Bundesgeschäftsstelle des „Weißen Rings“ in der Weberstraße 16, Postfach 26 13 55 in W-6500 Mainz 1, Tel. 830 30, Fax 83 03 45.

Mediathek der RAA

Seit 1991 im Aufbau befindlich, stehen zur Zeit ca. 1.500 Titel zur Verfügung.

Inhaltliche Schwerpunkte bilden die Sachgebiete Pädagogik (incl. sprachliche Integration), Ausländerrecht, Situation der Ausländer, Gewalt und Gegengewaltstrategien, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit, Literatur von und über Sinti und Roma, Titel aus dem und über das Judentum, Zweidrittelwelt, Migration und ihre Ursachen. Hinzu kommt Belletristik ausländischer Autoren für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Durch die räumliche Nähe zur Infobörse des Arbeitskreises gegen Fremdenfeindlichkeit ist auch deren Fundus

nutzbar. Es sind Infos zu ausländerpolitischen Tagesthemen, zu aktuellen Rechtsfragen dieses Bereiches sowie zu laufenden und bereits abgeschlossenen Projekten abrufbar.

Darüber hinaus stehen über den eigenen Bestand hinausgehende Bibliographien, Verlagskataloge und Verzeichnisse anderer Medien zur Einsicht zur Verfügung.

Wie und für wen sind die Angebote nutzbar?

Die Mediathek wendet sich an PädagogInnen, ErzieherInnen, MitarbeiterInnen in Initiativen und Organisationen sowie an Ausländerbeauftragte, steht aber auch allen anderen InteressentInnen zur Verfügung.

Bis auf wenige Ausnahmen ist die Ausleihe oder Einsicht werktags von 8 bis 15.30 Uhr möglich. Unsere Bibliothekarin, Frau Rose Braun, berät Sie gern bei Ihrer Auswahl.



Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V. Brandenburg und Berlin

**Schumannstraße 5
O-1040 Berlin
Telefon 282 3079/282 96 27**

Für arbeitslose in- und ausländische Mädchen und Frauen werden Selbsthilfekurse in Nähen, Schneidern, Sticken und Häkeln angeboten. Anmeldung 9.00 – 16.00 Uhr bei:

**Selbsthilfeförderung
Ausländische Bürger e. V.
– SFAB –
Gehrenseestraße 6
Haus D, Raum 500
O-1092 Berlin**

SODI kann die in Vietnam angefangenen Selbsthilfeprojekte wieder unterstützen. Durch die siebenmonatige Sperrung der Konten waren alle Vorhaben ins Wanken gekommen. Nun wurde ein gerichtlicher Vergleich mit der Treuhand festgelegt und die Arbeit wieder aufgenommen. Ein Schuldenberg und halbfertige Projekte müssen abgearbeitet werden.

SODI unterstützt folgende Projekte in Vietnam: Ein Zentrum für Orthopädie und Rehabilitation in Vinh, ein Krankenhaus in Quynh Lun, ein Trinkwasserprojekt für Vinh und ein Bewässerungsprojekt in Trung Hung.

In der Landeshauptstadt Schwerin haben sich vietnamesische Bürger zu einer Initiative zusammengeschlossen, die das Bleiberecht für die ehemaligen Vertragsarbeitnehmer fordert

Dazu hat am Mittwoch, dem 30. 9. 1992, um 9,30 Uhr eine Delegation dieser Initiative ein Gespräch mit dem Präsidenten des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern Rainer Prachtl geführt.

Eine Sammlung von bisher über 100 Unterschriften bekräftigt diese Aktion. Rostocker, Greifswalder und Vietnamesen schließen sich der Initiative an.

**Pham van Bang
Friedrich-Engels-Straße 51
O-2792 Schwerin**

Die Interkulturelle Woche 1992 Ein Zeichen setzen gegen die Gewalt

Die Gewalt war schon vorher allgegenwärtig. Angriffe gegen Ausländer und gegen Flüchtlingswohnheime vor und während der Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger (WAM) – wie bereits seit vielen Monaten. Der makabere und symbolträchtige Brandanschlag gegen die jüdische Baracke im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen. Morddrohungen, anonyme Anrufe bei Veranstaltern der WAM in einigen Städten. Gerüchte über geplante massive Störaktionen der Rechtsradikalen. Kommunalpolitiker, die aus Sicherheitsgründen zum Verzicht auf bestimmte Veranstaltungen drängen. Deutschland im Herbst 1992.

Und dennoch: Die Gewalt hat nicht gesiegt. Mehrere tausend Veranstaltungen in Hunderten von Städten aller Bundesländer haben – in der Regel ungestört – stattgefunden und mehrere hunderttausend Teilnehmer haben ein Zeichen gesetzt gegen die Gewalt.

Zwar war die ausländerfeindliche Gewalt selbst in vielen Veranstaltungen Thema, zwar haben sich Kirchen, Gewerkschaften, Ausländerbeauftragte, Initiativgruppen als Veranstalter der Woche in öffentlichen Erklärungen mit ihr auseinandersetzen müssen. Aber

die meisten Teilnehmer an Veranstaltungen im Rahmen der Woche haben es sich auch nicht nehmen lassen, mit Ausländern zu feiern, zu tanzen, zu essen oder über die Probleme des Alltags zu reden.

So sehr es mich bedrückt, daß mit dem Motto der friedlichen Revolution „Keine Gewalt!“ ein zivilisatorisches Minimum eingefordert werden muß: Ich habe den Eindruck, daß es sich bei den vielen Veranstaltungen im Rahmen der Woche gezeigt hat, daß es ein anderes Deutschland gibt, dessen Bewohner den Willen, friedlich zusammenzuleben, nicht nur haben, sondern auch bekunden wollen, wenn es darauf ankommt. Thema in vielen Presseberichten zur diesjährigen WAM sind die im Vergleich zum Vorjahr in vielen

Orten gestiegenen Teilnehmerzahlen. Hier deutete sich möglicherweise an, was die beiden Großdemonstrationen in Berlin und Bonn im November schließlich deutlich gemacht haben: Daß die zunehmende rechte Gewalt, aber auch die Stigmatisierung nicht nur von Flüchtlingen durch die verantwortungslos geführte Debatte über den Artikel 16 GG eine Gegenbewegung hervorgerufen hat, die sich ihrer Stärke wohl noch bewußt werden muß.

Einige Bemerkungen sozusagen aus der Büroperspektive der Geschäftsstelle des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses. Bereits anhand einer Auswertung der bei uns eingegangenen Materialbestellungen zur WAM und zum Tag des Flüchtlings:

- Die Lokomotiven der WAM in den östlichen Bundesländern sind in viel größerem Maße als im Westen kommunale Stellen, in der Regel die Ausländerbeauftragten. Viele Ausländerbeauftragte stammen aus dem christlich orientierten Teil der Bürgerbewegungen, so daß es viele Querverbindungen zwischen Kirche und kommunalen Ausländerbeauftragten gibt. Bei einem Blick auf die Landkarte der Bestellungen wird jedoch deutlich, daß die Ausländerbeauftragten mit ihrer kommunalen Begrenzung nicht so in die Fläche wirken können, wie es aktive Landeskirchen bis hinunter in ihre Pfarregemeinden könnten.

- Ein weiterer Blick auf die Landkarte: Es gibt weite zusammenhängende Landstriche, in denen keine Materialien bestellt wurden und nach den uns vorliegenden Auswertungen der Lokalpresse auch keine Veranstaltungen stattgefunden haben. Solche Gebiete sind zum Beispiel Nord-Thüringen, ganz Sachsen-Anhalt außerhalb der Zentren Magdeburg und Halle, Vogtland und Erzgebirge, das südliche Mecklenburg-Vorpommern.

- Die Zahl der Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche weist aus: In den neuen Bundesländern fanden proportional zur Bevölkerungszahl genauso viele Veranstaltungen statt wie in den Altbundesländern.

- Während in den alten Bundesländern manche der Großstädte mit den höchsten Ausländeranteilen keine oder wenige Veranstaltungen im Rahmen der Woche durchführen, scheinen die Großstädte Ostdeutschlands fast komplett vertreten zu sein.

- Für uns überraschenden Erfolg in den östlichen Bundesländern hatte das vom DGB und vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuß gemeinsam herausgegebene Faltblatt „Viele Kulturen – eine Zukunft“. Die erste Auflage war binnen kurzem vergriffen.

Bernd Mesovic
Referent beim Ökumenischen
Vorbereitungsausschuß zur WAM
in Frankfurt

säubern und in der auch hierzulande Menschen anderer Nationalität oder Hautfarbe, beispielsweise Asylsuchende, aus Stadtteilen vertrieben werden und etablierte Politiker daraus noch politisches Kapital schlagen – und daß in einer solchen Zeit „interkulturelle Wochen“ mit schön klingenden Mottos, wie „Viele Kulturen – eine Zukunft“ oder „Leben in der bunten Republik“, in Szene gesetzt werden.

Mir kommt das manchmal so vor, als würde da einerseits das Haus, in dem wir wohnen, gerade an einigen Ecken kräftig demoliert, während gleichzeitig, sozusagen als Antwort darauf, grundlegende Gestaltungselemente, die dem Haus bisher das Gepräge gaben, demontiert werden, und andererseits versuchen einige (Aufrechte), durch „interkulturelle Pflege“ des Vorgartens (mit einigen exotischen und tropischen Pflanzen) den Gesamteindruck des Grundstücks trotz allem noch zu erhalten. Fast einhellig wird dann schließlich festgestellt, daß es noch immer nicht wohnlicher geworden ist in diesem Haus.

Wir wissen, Vergleiche hinken, die Frage aber bleibt, was wir denn eigentlich hier tun, wenn wir in einer interkulturellen Woche über 30 Veranstaltungen anbieten, oder konkreter gefragt: was wollen wir künftig erreichen in der Gesellschaft, und wohin steuern wir künftig in diesem Land? Fragen, die beim kurzfristigen und hastigen Agieren oder Taktieren schnell vergessen sind, die rasch untergehen bei notwendigen Rück- und Vorsichten oder in

Viele Kulturen – (k)eine Zukunft?

Selbstkritische Eröffnung der Interkulturellen Woche (Woche der ausländischen Mitbürger) in Chemnitz 1992

„So viel Ende war nie.“ Mit diesen schlichten, aber treffenden Worten beginnt Robert Kurz sein Buch „Der Kollaps der Modernisierung“. Ich erlaube mir, hinzuzusetzen „und so viel Ratlosigkeit war nie“. Das jedenfalls dokumentiert sich mir fast täglich in nahezu allen Bereichen der Gesellschaft: in den Parlamenten, bei den Gewerkschaften, in den Verwaltungen, aber auch unter Christen in den Kirchen. Allerdings die meisten sagen es nur hinter vorgehaltener Hand oder mit der heute üblichen Absicherungsformel „wenn Sie mich persönlich fragen“. Mut zur Lücke, zur Ratlosigkeit? Ja, aber nur zu der des jeweiligen politischen Gegeners oder nur ganz leise.

Eine Generalinventur findet also nicht statt, denn was auch passiert, die Gesamt- die Megamaschine läuft wei-

ter; da hat (fast) jeder seinen Platz: diejenigen, die für etwas sind, und auch diejenigen, die das strikt ablehnen; man hat die einem im System zugedachte Aufgabe zu erfüllen. Motivationen und Ziele mögen durchaus verschieden sein.

Nur so kann es eigentlich passieren, daß in einer Zeit, in der Völker sich gegenseitig abschachten und Gebiete ethnisch



dem Berg von ABM, Zuschuß- bzw. Förderanträgen. Die Megamaschine muß weiterlaufen!

Selbst ernsthafte Gefahren für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, scheinen in der allgemeinen Geschäftigkeit kaum oder nicht mehr wahrgenommen zu werden.

Es sollte uns also gelingen, über die menschlichen Begegnungen in dieser Woche neue Kontakte zu knüpfen in dieser Stadt und in Gruppen oder Initiativen die Probleme zu thematisieren, auch die, die bewußt oder unbewußt in den Unterhaltungsmedien unter den Tisch fallen, aber doch eigentlich klar auf der Hand liegen:

– In welchen Ländern beispielsweise unterstützt Deutschland durch Geschäfts- oder Bündnisrücksichten Menschenrechtsverletzungen und „produziert“ damit Flüchtlinge,

– ist die Asylhysterie eigentlich verhältnismäßig im Vergleich zu anderen Problemen im Land (Deindustrialisierung, jahrelang fehlender Wohnungsbau oder die Leichenberge von zehnbis zwölftausend Verkehrstoten in Deutschland pro Jahr, die wir hinnehmen, ohne von Verkehrsmißbrauch oder Blutströmen zu reden),

– welche Randgruppen sind die nächsten Opfer rechtsradikaler Gewalt und kleinbürgerlicher Verachtung,

– tausend Roma aus Rumänien oder Jugoslawien müßte Deutschland eigentlich aufnehmen, um die Vernichtung an diesem Volk im III. Reich wieder gutzumachen,

– wie ist die verhängnisvolle Allmacht der Medien wirksam einzugrenzen, ohne in politische Zensur zu verfallen? (Die „Welt am Sonntag“ eröffnete heute auf ihre Weise die Interkulturelle Woche mit der Titelüberschrift „Jede dritte Straftat wird von Ausländern begangen“.)

Diesen und anderen Fragen müssen wir uns stellen. Dazu brauchen wir neue Formen der Kommunikation zwischen mündigen Bürgern, nicht nur beschränkt auf eine Woche im Jahr und nicht indoktriniert von den Schlagzeilen der Medien.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Begrüßung und Eröffnung der „Woche der ausländischen Mitbürger“ in Chemnitz am 27. 9. 1992 im Schauspielhaus;
Andreas Ehrlich)

Nachbemerkung: In dem gemeinsamen Wort zur „Woche der ausländischen Mitbürger“ 1992 haben die drei Kirchenvertreter nachdrücklich gefragt: „Was haben wir falsch gemacht?“ Dieser Frage können wir bei der Vorbereitung einer solchen Woche für das kommende Jahr nicht aus dem Wege gehen.

Cabana Suhl

Vor einigen Monaten kam in die Suhler „Cabana“ ein Schüler des Gymnasiums und erzählte von seiner eben gemachten Erfahrung. Er war von Jugendlichen in der Suhler Fußgängerzone hart angegangen worden, weil er dunkle lockige Haare und einen dunklen Teint hat: „Türken raus!“ Er tat daraufhin etwas sehr Richtiges: er kam in die „Cabana“, und wir konnten gemeinsam darüber reden.

Dabei erfuhren wir auch von ihm, daß viele seiner Mitschüler/innen eine ablehnende und rechtsorientierte Haltung gegenüber Ausländern und Flüchtlingen hätten – und daß selbst die Lehrer kaum Mut hätten, über dieses Thema mit Schülern zu sprechen.

Das nahmen wir zum Anlaß, uns während der „Woche des ausländischen Mitbürgers“ auf den Weg ins Gymnasium zu machen. Eine ungarische

Lehrerin (Mitglied des Suhler Ausländerbeirates) half uns, die ersten Kontakte zum Direktor und zum Lehrerkollegium zu knüpfen.

Als Angebot hatten wir eine Lesung aus: „Es war, als hätten sie den Westwald mit Olivenbäumen bepflanzt“, von Prof. Christoph Nix aus Gießen. Dr. Nix ist Rechtsanwalt und im Ausländerrecht zu Hause. Er steht in der praktischen Ausländer- und Flüchtlingsarbeit, arbeitet mit jungen Leuten zusammen in einer Laienspielgruppe.

Unser Angebot wurde regelrecht begeistert aufgenommen und auch sofort konkretisiert. Es würden an jenem Vormittag die Stunden für Deutsch, Geschichte und Sozialkunde zur Verfügung stehen. Ein Lehrer würde abgestellt für die Begleitung durch den Tag, und wir würden mit zwei 11. Klassen arbeiten können. Bereits im Vorfeld hörten wir dann von Schülern anderer

Klassen, wie gern auch sie über dieses Thema diskutiert hätten, und wir versprachen, weiter dran zu bleiben.

Tiefen Eindruck bei den Schülern hinterließ die bloße Tatsache, daß Prof. Nix um 3.00 Uhr nachts von Berlin losfuhr, um früh um 8.00 bei ihnen in der ersten Unterrichtsstunde zu sein. Da hatte ein für sie noch fremder Mensch ein echtes Opfer gebracht, um mit ihnen sprechen zu können. Ein bessere Einstieg wäre kaum denkbar gewesen.

Aufmerksam und andächtig lauschten sie der Geschichte von einem türkischen Mädchen in einer westdeutschen Kleinstadt und erkannten schnell, wie sehr die Probleme und Träume türkischer junger Leute auch ihre eigenen sind. Noch schneller waren wir mitten in der Diskussion über Ausländer und Flüchtlinge, über Gewalt und Rassismus, über Neofaschismus, Vorurteile, Politik, Jugendprobleme etc., etc.

Es wurde kontrovers diskutiert, aber erfrischend und für uns aufschlußreich. Die Schüler und Lehrer erlebten in Christoph Nix einen Mann, der niemanden wertet, aber eine eigene engagierte Haltung zu Ausländern überhaupt und eine kritische zur gegenwärtigen Asylpolitik hat. Es entfaltete sich so ein kleines Übungsfeld für faires Aushalten unterschiedlicher Meinungen. Und die Schüler lernten, damit umzugehen, und fühlten sich ernstgenommen.

Die anwesenden Lehrer konnten die spontane Motivation ihrer Schüler kaum fassen. Und sie staunten noch mehr, als die Bitten laut geäußert wurden, die Pausen durchzudiskutieren, einen Fototermin zu streichen und die Klassenräume zu wechseln, damit die Anwesenheit von Christoph Nix bis zur letzten Minute ausgenutzt werden konnte. So blieb auch noch Raum für Kurzspiele und Übungen in Körpersprache (wie. z. B. Abwehr, Angst, Ablehnung, Zuwendung, Verachtung).

Fazit: Schüler und Lehrer wollen Begegnungen dieser Art fortsetzen. Es ist gelungen, eine Tür zu öffnen zu mehr Verständnis und Toleranz.

Wichtige Informationen konnten von uns weitergegeben werden. Und es ist Lust geweckt worden, die Angebote von „Cabana“ aufmerksamer ins Auge zu fassen.

Alles in allem eine ermutigende Erfahrung, die ich weitergeben wollte.

Christina Vater

Ein Petersburger Kinder- und Jugendchor zu Gast in Berlin-Brandenburg

Ein Mann spielt vor der Marienkirche in Berlin auf einer kleinen Plastikflöte. Es klingt nicht sehr professionell, da er diese erst vor kurzem erworben und sich das Flöten selbst beigebracht hat. Mitarbeiterinnen der Marienkirche werden auf ihn aufmerksam, kommen ins Gespräch mit ihm. Sie versuchen, das Anliegen des Mannes zu verstehen. Ein Anruf bei uns, und am nächsten Tag, dem vorletzten seines Berlin-Aufenthaltes, sitzt er in unserem Büro in der Georgenkirchstraße. Wir erfahren, daß Herr Igor Seliwanow den Kinder- und Jugendchor „Wdochnowenie“ (Begeisterung) eines Kulturpalastes in St. Petersburg leitet, der geistliche Lieder und größere Werke wie das Stabat mater von Pergolesi in lateinischer Sprache singt und damit in deutschen Kirchen Konzerte geben möchte, da in seiner Heimat diese Möglichkeiten noch sehr begrenzt sind. Seine Versuche, hier selbst eine Tournee zu organisieren, sind nicht sehr erfolgreich gewesen. Wir verabschieden uns von ihm mit der Verabredung, daß wir uns um die Vermittlung solcher Konzerte in Kirchengemeinden bemühen werden, da wir uns als Ausländerreferat des Berliner Missionswerkes auch für die Kontakte mit Osteuropa engagieren möchten.

Die Gastbereitschaft der Gemeinden, die wir daraufhin anschreiben, ist trotz der Kurzfristigkeit der Konzertreise zu unserer Freude und Überraschung so groß, daß wir sogar einige auf eine spätere Tournee vertrösten müssen. Geplant ist die Reise für die Woche des ausländischen Mitbürgers Ende September/Anfang Oktober dieses Jahres. Es folgt eine lange Vorbereitungsphase mit vielen bürokratischen Irrwegen, bis die richtigen Modalitäten gefunden sind. Zwischendurch sieht es immer wieder so aus, als würde doch noch alles ins Wasser fallen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, schließen noch buchstäblich in letzter Minute eine Krankenversicherung für den Notfall ab und warten, daß das letzte, entscheidende Fax nach Moskau durchkommt. Es klappt, und die Hoffnungen sind groß. Auch Herr Seliwanow ist nicht untätig, organisiert einen Bus und Sponsoren für die Reise.

Am ersten Wochenende der Tournee – banges Warten in der Gemeinde der thüringischen Stadt Gotha, die den Anfang machen will. Doch in Brest steht ein Bus auf der Wartespur und wird nicht abgefertigt. Die Grenzbeamten wollen ihn eine Woche dort stehen lassen. Herr Seliwanow appelliert an das Mitgefühl eines Beamten mit den Kindern und hat schließlich Erfolg, bekommt den nötigen Stempel. So gelingt es wenigstens, die zweite Station der Reise anzusteuern, die Gemeinde in Guben. Große Begeisterung auf allen Seiten, der Chor wird in ein Kinderfest integriert und kann anschließend sein Konzert geben. Die nächsten Stationen verlaufen wie geplant: Forst, Cottbus, Berlin, Angermünde, Greiffenberg, Schwedt, Calau, wieder Berlin. Jeden Tag ein anderer Ort, andere Leute, andere Quartiere. Die Gemeinden haben sich gut vorbereitet, kleine Programme und Begegnungen (zum Beispiel in der Greiffenberger Schule) organisiert, Leute mobilisiert, die russisch können. Der Chor besucht auf eigenen Wunsch ein Aussiedlerheim in Flemsdorf. Leider ist die Zeit für intensivere Kontakte zu kurz.

Immer heißt es, Abschied nehmen, in den Bus steigen, neue Leute, Kirchen, Orte kennenlernen. Bei der ersten Berlin-Station wird dann etwas Unbehagen deutlich: Die mitreisenden Sponsoren fordern ihren Anteil am „Gewinn“ des Chores, setzen sich aber auch zeitweise von ihm ab. Einige Gastgeber sind enttäuscht. Herr Seliwanow gelingt es mit unserer Hilfe, sich der Attacken der Sponsoren zu erwehren und die Reise wie geplant weiter durchzuführen. Ein ständige Begleitung des Chores könnte diese Vorfälle vielleicht verhindern, ist aber nicht möglich. Herr Seliwanow gelingt es, auch mit Hilfe der ihn unterstützenden Busfahrer, die Reise erfolgreich mit einem Konzert in der Klosterkirche von Lehnin abzuschließen.

Inspiziert durch die Eindrücke dieser Reise bereitet sich der Chor „Wdochnowenie“ auf eine zweite Konzertreise nach Deutschland vor, in erster Linie mit Werken deutscher Meister. Wir hoffen sehr, daß diese im kommenden Jahr (vielleicht Ostern) stattfinden kann und bitten auch um Ihre Unterstützung.

Uta Amme



Der Petersburger Mädchenchor gastierte zu einem Konzert in der Marienkirche von Angermünde. Gäste waren auch mehrere Schulklassen. Der Chor besuchte ebenfalls die Schule in Greiffenberg und das Aussiedlerheim in Flemsdorf

Foto: Märkische Oderzeitung

Predigt zur Woche der ausländischen Mitbürger

28. September 1992, 17.00 Uhr Nikolaikirche Leipzig

Sacharja 7, 9 – 10: Ein jeder erweise seinem Bruder Güte und Barmherzigkeit und tue nicht Unrecht den Witwen, Waisen, Fremdlingen und Armen und denke keiner gegen seinen Bruder etwas Arges in seinem Herzen.

Liebe Besucher
dieses Gottesdienstes!

Die Frage nach dem Zusammenleben mit Fremden, das heißt mit Menschen, die nicht aus dem gleichen Umfeld kommen, ist so alt wie die menschliche Gesellschaft selbst. Der Fremde: das ist der Mitbürger, der seine eigene Herkunft, seine eigene Geschichte, seine eigene Sprache und seine eigene Lebensart hat. An dieser Erklärung merken wir schon: diese Erklärung trifft nicht nur für den Fremden aus der Ferne zu. Sie trifft auf alle Menschen zu!

Auch die Bibel kennt das Problem des Fremden. Die Aussagen dazu sind sehr unterschiedlich. Sie müssen immer kritisch behandelt werden.

Eins aber steht fest: Die Bibel läßt keinen Zweifel daran, daß der Fremde, neben den Witwen, den Waisen und den Armen den besonderen Schutz Gottes genießt. Das wird an dem Text aus dem Propheten Sacharja ganz deutlich. Man darf sagen: Gott ergreift Partei für die Schwachen. Gott ergreift Partei für die Minderheiten, für die Fremden. Ja, Gott verpflichtet den Stärkeren, daß er den Schwachen und den, der in der Minderheit ist, den Fremden, nicht hängen läßt. Der Text geht sogar so weit, daß er die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Volkes, an das er sich wendet, als das Ergebnis des Umgangs mit dem Schwachen und mit dem Fremden darstellt!

Im Text stehen die Worte: Darum habe ich sie zerstreut unter alle Heiden und das Land blieb verwüstet hinter ihnen liegen...

Dieses Wort ist erschreckend. Aber es zeigt eine nüchterne Konsequenz. Wer Gottes Gebot nicht hält, muß die Folgen tragen.

Unter uns leben Ausländer. Sie sind bei uns, weil sie zu uns Vertrauen haben. Studenten, Männer und Frauen

der Wirtschaft, aber auch solche, die der frühere Staat zu uns eingeladen hat. Und neuerdings Arme, die Hilfe suchen. Verfolgte, Frauen, Kinder und alte Menschen aus Kriegsgebieten.

Unter uns gibt es Ausländerhaß. Er äußert sich in brutalen Gewalttaten. Wieder werden Menschen gejagt, geschlagen, getreten, getötet. Ihre einfachen Behausungen werden angegriffen, Fenster zerschlagen, Brandsätze

geworfen. Man könnte diesen Ausbruch an Gewalttaten als bodenlose Dummheit abtun. Aber es ist mehr. Viel mehr! Es ist das, wovor Bertoldt Brecht schon vor Jahrzehnten warnte:

Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch!

Auf jüdischen Friedhöfen werden regelmäßig Grabsteine geschändet. In Berlin mußte ein Mahnmal zur Erinnerung an die Judentransporte dran glauben. In Sachsenhausen ist die Baracke der jüdischen Häftlinge angezündet worden. Das alles können und dürfen wir nicht hinnehmen. Dazu wollen und



Antirassistische Demo in Rostock am 29. 8. 1992

Fotos: Insa Kolschen

dürfen wir nicht schweigen. Wir können uns auch nicht damit abfinden, daß unser Rechtssystem offenbar solche Delikte immer noch als Bagatellen abtut!

Wir können und dürfen auch nicht darauf verweisen, daß andere Völker auch ihre Probleme mit der Fremdenfrage haben! Es sind zwei Gründe, die es uns verbieten, den Fremdenhaß und den neuen Rassismus hinzunehmen:

Der erste Grund ergibt sich aus der Bibel. Sie sagt: Es ist Schuld. Es ist Auflehnung gegen Gottes Wort und Gottes Willen, dem Fremden Unrecht zu tun. Genau so, wie es Unrecht und Sünde ist, die Schwachen aus dem eigenen Volk zu verachten und zu unterdrücken.

Sicherlich hat der Ausbruch von Haß auch seine Wurzeln. Oft liegen sie in der eigenen Minderwertigkeitserfahrung. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß Gottes Wort sagt, wer Unrecht tut, der muß mit Konsequenzen rechnen. Weil ihr nicht auf mein Wort hört, weil ihr das Unrecht liebt und das Recht verachtet, wenn ihr die Witwen und Waisen, die Fremden und die Armen ums Recht bringt und ihnen Gewalt antut, deshalb seid ihr zerstreut, ist euer Land verwüstet hinter euch. Deshalb habt ihr selbst keinen Halt!

Uns Älteren müßte eigentlich die schreckliche Wahrheit dieses Wortes im Blick auf unsere eigene Geschichte immer wieder neu bewußt werden!

Damit bin ich schon beim zweiten Grund, weshalb Fremdenhaß und Rassismus von uns nicht hingenommen werden dürfen. Wir wissen zu gut: Schon einmal klirrten in Deutschland die Scheiben, brannten die jüdischen Gotteshäuser und Kaufstätten. Schon einmal wurden ausländische Mitbürger verprügelt, wenn man ihrer habhaft wurde. Schon einmal wurden sie, unsere jüdischen Mitbürger, zusammengetrieben wie Vieh und zu hunderttausenden in den KZs vergast, wie man Ungeziefer vergast. Das Ende waren: zerstörte Städte, Millionen von Flüchtlingen, Not und Elend in fast jeder Familie unseres Volkes!

Es ist mir darum völlig unverständlich und erschreckt mich zutiefst, daß Mitbürger hinter ihren Gardinen hervor und auf den Fußsteigen stehend, die Gewalttäter noch anfeuern und ermutigen! Wenn dann die Auswirkungen sichtbar werden, kann niemand ernsthaft behaupten, er habe das nicht bedacht und nicht gewollt! Wir haben Verantwortung, von der uns niemand befreit! Und wir müssen es wissen: Ein Volk löst seine eigenen Probleme nicht dadurch, indem es die Ausländer dafür verantwortlich macht!

Wir werden nicht stärker, wenn wir Afrikaner oder Vietnamesen herumtreiben. Wir werden nicht reicher, wenn wir Asylsuchende davonjagen, ohne ihre Gründe gehört zu haben. Wir werden höchstens wieder die Angst unter den Völkern schüren. Und vor allem: wir haben Gottes Ordnung gegen uns. Wer Gewalt gegen Schwache übt, der ist kein Held sondern ein Verbrecher. Wer den Fremden nicht annimmt, der macht sich zuletzt selbst zum Feind. Wer Gewalttaten verübt, der muß mit der Härte des Gesetzes rechnen.

Wer sich am Schwachen und Wehrlosen und an dem vergreift, der in der Minderheit ist, der vergreift sich an seiner Menschenwürde und der setzt seine eigene Menschenwürde aufs Spiel.

Die Bibel sagt uns: Die Frage nach dem ausländischen Mitbürger, die Frage nach dem Fremden, ist keine Sache für sich. Sie ist eng verwoben mit unserem eigenen Miteinander. An ihr entscheidet sich, ob wir untereinander zum Zusammenleben fähig sind, oder nicht! Eine Gesellschaft, in der der Fremde nicht mit Würde leben kann, geht nicht kaputt, sie ist kaputt!

Ein jeder erweise seinem Bruder Güte und Barmherzigkeit und : Tut nicht Unrecht den Witwen, Waisen, Fremden und Armen und denke keiner gegen seinen Bruder etwas Arges in seinem Herzen.

Amen

Johannes Richter
Leipzig

ASYL

Ich schreie laut
nach Brot und Liebe.
Ich suche Schutz,
ein Dach, einen Hort.
Daß ich ins Land
der Hoffnung fliehe,
gib mir die Hand
gib mir Dein Wort.

Statt dessen gibt es
Haß und Hiebe.
Du schiebst mich
immer wieder fort.
Du glaubst Dich frei
durch das Geschiebe
und machst aus Deinem
Haus ein Fort.

Du bangst um Dein
reiches Leben,
weil ich so reich
an Armut bin,
Du kannst nicht teilen
kannst nicht geben,
hast nur Besitz
und Angst im Sinn.

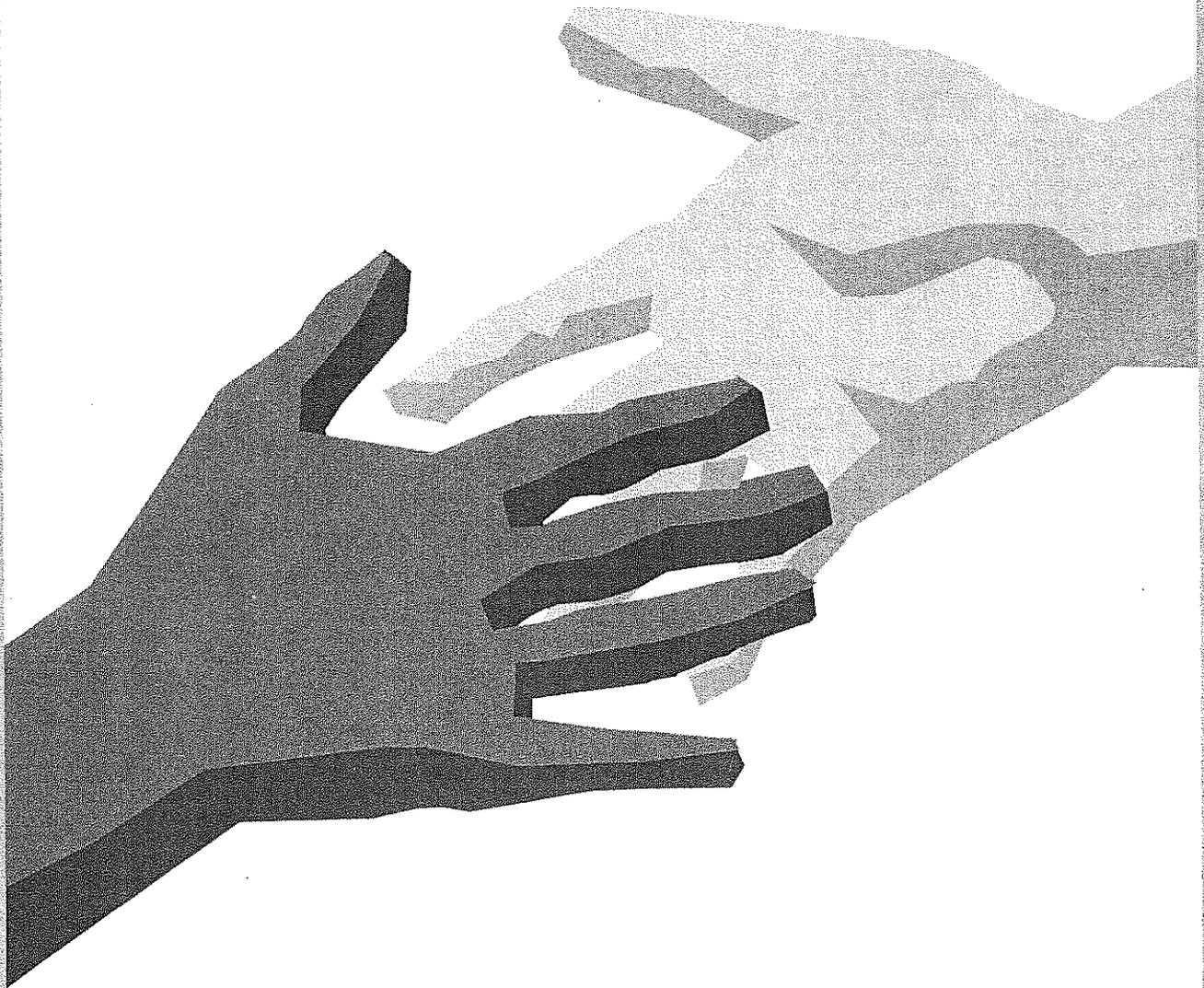
Du nutzt die Stärke
nutzt die Lüge
um das zu halten
was Du hast.
Du denkst, Du machst
die besten Züge,
wenn Du mich schiebst
wie schwere Last.

Ich bin die Stimme
des Gewissens
die Dich verfolgt,
wenn Du mich haßt.
Du handelst so
trotz Deines Wissens,
Du sägst an Deinem
eigenen Ast.

Ich hoffe, daß
Du lernst zu teilen.
Ich wünsche Du
beginnst zu lieben,
daß unsere offenen
Wunden heilen,
daß Freundschaft,
Toleranz noch siegen.

27. September 1991
Manuel Campos

Mehr Mut wäre gut.



Eine gemeinsame Initiative von Organisationen

und Institutionen aus Berlin und Brandenburg.

Ministerpräsident Manfred Stolpe

Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen

Die Ausländerbeauftragten der beiden Länder

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Caritasverband / Katholische Kirche

Diakonisches Werk / Evangelische Kirche

Deutscher Gewerkschaftsbund

Arbeiterwohlfahrt

Deutsches Rotes Kreuz

Flüchtlingsrat

Jüdische Gemeinde

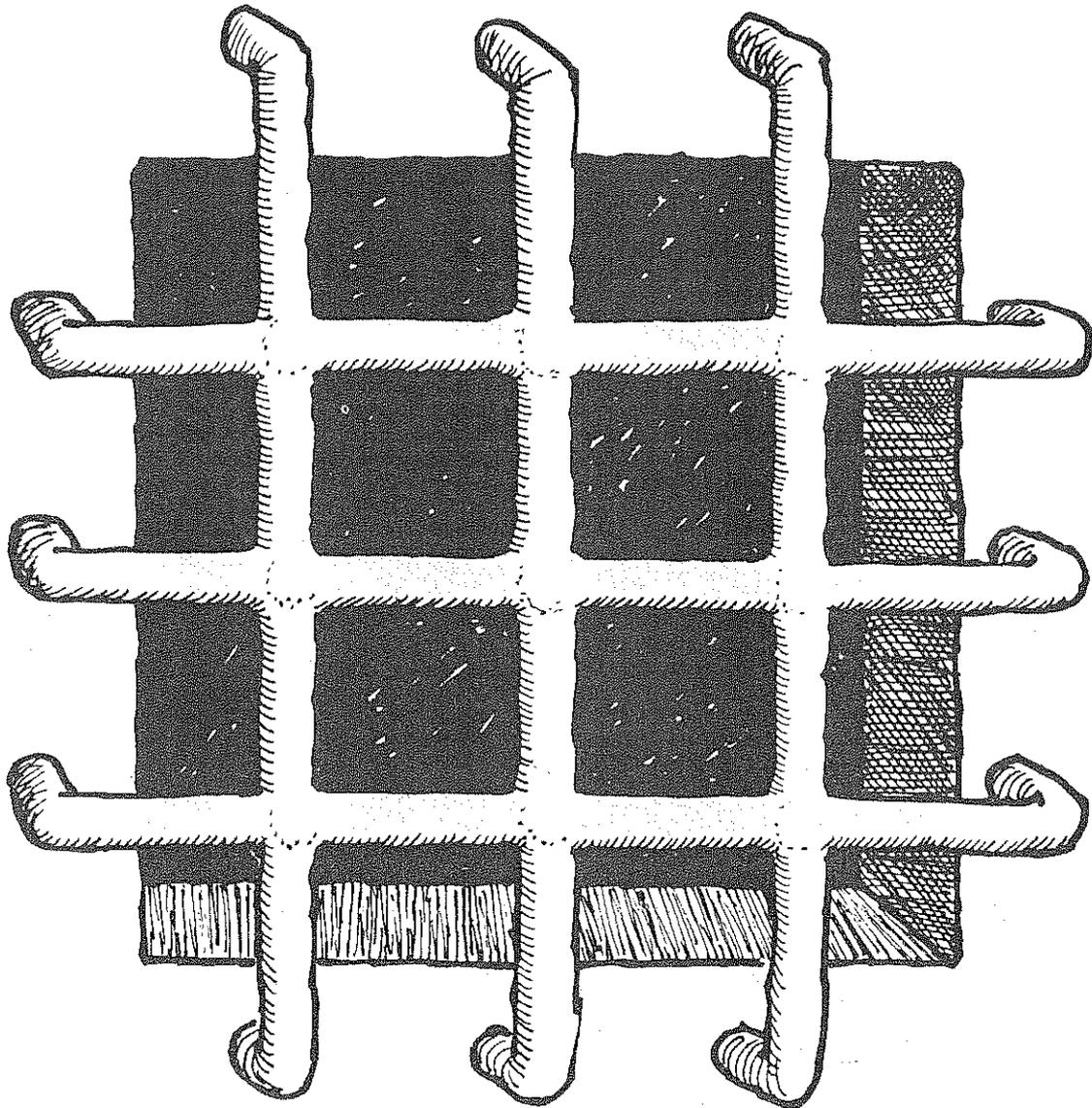
Vereinigung der Unternehmensverbände

Landessportbund

Deutsche Angestellten Gewerkschaft

**GEMEINSAM
FÜR
AUSLÄNDER**

Ausländer raus !



Nazis rein !

INTEGRIERT AUSLÄNDER – ISOLIERT NAZIS!